



Socialist Group in the
European Parliament

Mai 2009
OR. EN

EINE ERFOLGSBILANZ

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament 2004-2009

EINE ERFOLGSBILANZ

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament 2004-2009

In dieser Veröffentlichung legt die Sozialdemokratische Fraktion mit berechtigtem Stolz dar, wie positiv sich ihr Wirken auf die Lebensqualität von Millionen Bürgern der Europäischen Union ausgewirkt hat.

Wir zeichnen unser Zukunftsbild von einer EU, in der 27 Staaten zusammenarbeiten, um gemeinsam für Wohlstand zu sorgen und mehr und bessere Arbeitsplätze im Sinne des „neuen sozialen Europas“ zu schaffen. Unsere Anstrengungen sind darauf gerichtet, diese Zielvorstellungen im Alltag der Menschen Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Fragen, mit denen wir uns befassen, sind vielfältiger Natur. Wie können wir am besten den Klimawandel bewältigen? Was muss geschehen, um unsere Familien vor Terrorismus zu schützen? Wie können wir die Versorgung der Haushalte mit Gas und Strom sicherstellen? Wie lassen sich Menschenhandel, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen ausmerzen? Wie gehen wir am besten mit der – legalen wie illegalen – Zuwanderung um, und wie können wir am besten die Integration der Neuankömmlinge in unsere Gesellschaft fördern?

Sozialdemokratische MdEP spielten bei den in letzter Zeit vom Europäischen Parlament verabschiedeten Rechtsvorschriften eine maßgebliche Rolle. Durch strenge neue Regelungen, die von der Sozialdemokratischen Fraktion durch das Europäische Parlament geschleust wurden, sind beispielsweise unsere Kinder künftig vor einigen der gefährlichsten Chemikalien geschützt, die es in der Welt gibt. Die Preise für Dienstleistungen, auf die wir alle angewiesen sind, werden nach unten gehen, weil der von der Sozialdemokratischen Fraktion verfolgte Ansatz, den Wettbewerb mit dem Schutz der Beschäftigten in Einklang zu bringen, im Parlament parteienübergreifend auf Zustimmung stieß.

Die weltweite Finanzkrise, die Ende 2007 ausbrach, ist nach wie vor ein Albtraum für Sparer und Rentner. Aber die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament setzten sich angesichts der Krise an die Spitze derer, die Neuregelungen forderten. Wir sprachen uns für mehr Transparenz bei Hedge-Fonds und anderen Finanzgeschäften aus. Auch für schärfere Kontrollen. Und während wir darauf hinwirken, die Renten und Ersparnisse der Bürger langfristig zu sichern, hüllen sich die europäischen Liberalen und die Christdemokraten/Konservativen in tiefes Schweigen.

Beim lebensbegleitenden Lernen haben wir Nägel mit Köpfen gemacht. Bis 2013 fließt alljährlich eine Milliarde Euro in dieses Programm. Damit können über 220.000 Studenten im Rahmen des Erasmus-Programms ein Auslandsstudium absolvieren. Weitere 70 000 junge Europäer kommen in den Genuss einer Berufsausbildung, und 1400 Lehrkräfte für Erwachsenenbildung nehmen an Mobilitätsmaßnahmen teil.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament stellten die Weichen, als es um die Senkung der Tarife für die Nutzung von Mobilfunktelefonen im Ausland ging, und jetzt arbeiten wir daran, die Kosten für den Mobilfunkzugang zum Internet im Ausland nach unten zu drücken.

Wir fördern Technologien zur Verbesserung der Lebensqualität. Die Sozialdemokraten werden durch ihre Vorreiterrolle im Parlament dafür sorgen, dass die EU 2013 über ein Satelliten-Navigationssystem verfügt, das eine breite Palette von Dienstleistungen anbietet, die sich nicht auf das Verkehrswesen beschränken, sondern auch Kommunikation und Erdbeobachtung einschließen. Es handelt sich hier um das erste industrielle Großprojekt der EU, das zahlreiche technische Neuerungen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten für die gesamte Union mit sich bringt.

Zudem wollen wir ein Europa, das den Blick über die eigenen Grenzen hinaus richtet. Zu den vielen drängenden Fragen der internationalen Politik gehört es, dass wir einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in unserer Nachbarschaft leisten, und gute Beziehungen zur muslimischen Welt haben dabei Priorität. So haben beispielsweise unsere Konferenzen zur Nahostfrage Kontakte zwischen hochrangigen Akteuren ermöglicht bzw. gefördert, um die Suche nach einer friedlichen Beilegung des Konflikts zu erleichtern.

Wir sind ein zuverlässiger Verbündeter der ärmsten Länder dieser Welt, die unter starkem Druck stehen, ihre Märkte der zerstörerischen Macht unserer hochentwickelten internationalen Konzerne auszusetzen, und wir werden uns weiter für sie starkmachen.

Die Sozialdemokratische Fraktion möchte ein Europa mit einem globalen Zukunftskonzept, ein Europa, das vorangeht, aber auch Verantwortung übernimmt. Die wichtigste Motivation der Sozialdemokratischen Fraktion ist unsere Entschlossenheit, in Europa für bessere Verhältnisse zu sorgen - und der übrigen Welt ein Beispiel zu geben.

In dieser Publikation finden Sie die Antwort darauf, wie wir im Einzelnen diesem Anspruch gerecht geworden sind.

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----|
| <i>EINE EU MIT OFFENEM OHR FÜR DIE ANLIEGEN DER BÜRGER</i> | |
| • Verbraucherschutz steht obenan | 6 |
| • Sichere Lebensmittel: klare Vorschriften im Interesse der Verbraucher | 8 |
| • Billigere Auslandstelefonate mit dem Handy | 10 |
| • Neue Regelungen für gefährliche Chemikalien | 11 |
| • Strom und Gas zu erschwinglichen Preisen | 13 |
| • Freizügigkeit: mehr Sicherheit und Rechte | 15 |
| • Engagement für die Regionen | 18 |
| • Sorgsamer Umgang mit Steuergeldern | 21 |
| • Investitionen in die Zukunft – eine effektive Ausgabenpolitik | 23 |
| • Für Vielfalt und soziale Verantwortung in den Medien | 27 |
| • Herausforderung Klimawandel | 29 |
| • Reform der Agrarpolitik | 33 |
| • Mehr Offenheit, Demokratie und Effizienz in der EU | 36 |
| • Gleichberechtigung im Entscheidungsprozess: von der Quote zur Parität | 39 |
| • Nulltoleranz bei Gewalt gegen Frauen | 41 |
| • Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit | 43 |
| <i>EIN EUROPÄISCHES SOZIALMODELL FÜR ALLE</i> | |
| • Schluss mit überlangen Arbeitszeiten | 45 |
| • Modernes Arbeitsrecht für das 21. Jahrhundert | 47 |
| • Gegen 86-Stunden-Wochen für selbständige Kraftfahrer/innen | 49 |
| • Neue Rechte für Leiharbeiter | 50 |
| • Grundlegende arbeitsrechtliche Vorschriften in der Auftragsvergabekette | 51 |
| • Ermäßigte Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleistungen | 53 |
| • Schutz der Arbeitnehmer/innen bei Auslandsaktivitäten von Unternehmen | 55 |
| • Schluss mit jeder Art von Diskriminierung | 58 |
| • Qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen für alle | 61 |
| • Eine soziale Dimension für den Dienstleistungsbinnenmarkt | 63 |
| • Mehr interkulturelle Kontakte | 65 |
| • Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf | 66 |
| • Abbau des Lohngefälles | 68 |
| • Eine bessere Sozialpolitik für alle | 70 |
| • Die erneuerte Sozialagenda: zu wenig, zu spät | 71 |
| <i>DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT EU FAIRER UND EFFEKTIVER GESTALTEN</i> | |
| • Finanzmärkte im Dienste der Bürger | 73 |
| • Arbeit für eine schnelle wirtschaftliche Erholung | 75 |
| • Stärkung von Wachstum und Investitionen | 79 |
| • Für eine Wissensgesellschaft mit hohem Technologiestandard und niedrigem Energieverbrauch | 81 |
| • Eine neue Stimme für Arbeitnehmer/innen - Europäische Betriebsräte | 83 |
| • Mittel für Umschulungen, Hilfe bei der Arbeitssuche | 85 |
| • Investitionen in das EU-Wissensdreieck | 86 |
| <i>DIE ROLLE DER EU IN DER WELT</i> | |
| • Eine sicherere Welt | 89 |
| • Für die Achtung der Menschenrechte in der Welt | 91 |
| • Die EU und die Entwicklungsländer | 93 |
| • Für ein einforderbares Recht auf Nahrung | 99 |

| | |
|---|-----|
| • Für fairen Handel und Global Governance für Wirtschaft und Finanzen | 100 |
| • EU-Erweiterung – Glaubwürdigkeit und Einhaltung von Zusagen | 103 |
| • Bedeutung der geopolitischen Rolle der Schwarzmeerregion | 106 |
| • Aufbau konstruktiver und vertrauensvoller Beziehungen mit Russland | 108 |
| • Friedensförderung im Nahen Osten | 109 |
| • Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum | 111 |

EINE EU MIT OFFENEM OHR FÜR DIE ANLIEGEN DER BÜRGER

VERBRAUCHERSCHUTZ STEHT OBENAN

Unsere Erfolge

Ohne Verbraucherschutz kann der Binnenmarkt nicht richtig funktionieren. Deshalb hat die Sozialdemokratische Fraktion bei allen Binnenmarktmaßnahmen in den Bereichen Dienstleistungen, freier Warenverkehr, Freizügigkeit von Berufsgruppen, Telekommunikation und Energie den Akzent auf die Belange der Verbraucher gelegt.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

➤ **Stärkung der Rechte der europäischen Verbraucher**

Ein hohes Niveau des Verbraucherschutzes setzt die Anerkennung der Verbraucherrechte auf EU-Ebene voraus. Deshalb bemühte sich die Sozialdemokratische Fraktion bei der **Verbrauchercredit-Richtlinie von 2007, der Timesharing-Richtlinie, der Spielzeug-Richtlinie, dem Telekom-Paket und dem Energie-Paket** um die Stärkung der Verbraucherrechte durch:

- besser durchschaubare Verträge
- ein Mehr an Informationen, um Vergleiche zu erleichtern
- ausreichende Fristen für den Rücktritt von einem Vertrag
- das Verbot gefährlicher Chemikalien und allergener Stoffe in Spielzeug
- die Möglichkeit, ohne Zusatzkosten den Anbieter zu wechseln, insbesondere in den Bereichen Telekommunikation und Energie

➤ **Bessere Aufklärung der Verbraucher**

Um die Rechte der Verbraucher durchsetzen zu können, ist eine bessere Aufklärung von zentraler Bedeutung. Dies heißt:

mehr Haushaltsmittel für Projekte zur Unterrichtung der Verbraucher

größere, besser lesbare Warnhinweise und Informationsbroschüren in der jeweiligen Sprache der Verbraucher

zentrale Anlaufstellen in sämtlichen Ländern, bei denen sich Verbraucher über ihre Rechte informieren können

eine europäische Charta der Rechte der Energieverbraucher

➤ **Besondere Rücksichtnahme auf schutzbedürftige Verbraucher**

In sämtlichen seit 2004 verabschiedeten Rechtsvorschriften sorgte die Sozialdemokratische Fraktion für die besondere Berücksichtigung von schutzbedürftigen Verbrauchern wie älteren Menschen, Behinderten und Kindern. Dazu zählen die 2005 angenommene **Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken** und die **Verbrauchercredit-Richtlinie**, die Bestimmungen zur Überschuldung enthält. Die **Spielzeug-Richtlinie** schützt die jüngsten Verbraucher, denn sie verbietet das Inverkehrbringen von kleinem Spielzeug, das verschluckt werden könnte, sowie von Spielzeug, das möglicherweise gefährliche Chemikalien und Duftstoffe enthält. Wir haben dies zu einem Schwerpunkt der verbraucherpolitischen Strategie für den Zeitraum 2007-2013 gemacht.

Im Falle der **Waffenrichtlinie** und der Kategorisierung von Schusswaffen setzten die Sozialdemokraten eine Klausel durch, wonach Personen unter 18 Jahren keine Schusswaffen erwerben oder besitzen dürfen, es sei denn zur Ausübung des Schießsports oder der Jagd. Dazu

benötigen sie eine Erlaubnis der Eltern oder müssen unter elterlicher Anleitung bzw. Anleitung eines Erwachsenen mit einem gültigen Waffen- oder Jagdschein stehen.

➤ **Hohe Sicherheitsanforderungen an Waren und Dienstleistungen**

Für die Sozialdemokraten besteht das oberste Ziel des Binnenmarktes darin zu gewährleisten, dass Waren und Dienstleistungen strengen Sicherheitsanforderungen genügen. Wir erreichten 2007 eine verschärfte Marktüberwachung und drängten auf **strengere Regelungen für die Verwendung des CE-Zeichens**, doch stehen die Vorschläge der Kommission dazu noch aus.

Wir bemühen uns auch um eine Verbesserung der Spielzeugsicherheit. Die Fraktion hat mehrere Entschlüsse eingebracht, in denen mehr Sicherheit im Dienstleistungsbereich gefordert wird und mit denen sich jetzt die Kommission befasst. Wir haben die Vorschriften für die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von Waffen und Munition verschärft, ebenso die verschärfte Kontrolle des Verkaufs von Schusswaffen über das Internet, und wir haben eine EDV-gestützte zentrale Registrierung und die Verlängerung der Mindestaufbewahrungszeit der Informationen über Waffen und Munition auf 20 Jahre durchgesetzt, um illegalen Handlungen einen Riegel vorzuschieben.

➤ **Weichenstellung für kollektiven Rechtsschutz auf EU-Ebene**

Während der gesamten Wahlperiode setzte sich die Fraktion für die Schaffung eines Mechanismus für den kollektiven Rechtsschutz in der EU ein. Nach vielen Diskussionen errangen wir schließlich im Mai 2008 eine Mehrheit und konnten uns gegen das rechte Lager durchsetzen. Mit Vorschlägen der Kommission ist demnächst zu rechnen.

Unsere künftigen politischen Ziele

Wir werden auch künftig dafür eintreten, dass die Verbraucherrechte auf dem gesamten Binnenmarkt weiter ausgebaut und in allen Güter- und Dienstleistungsmärkten der EU fest verankert werden.

SICHERE LEBENSMITTEL: KLARE VORSCHRIFTEN IM INTERESSE DER VERBRAUCHER

Im Jahre 2006 schlug die Europäische Kommission vor, die Vorschriften für Lebensmittelzusatzstoffe und Aromastoffe zu aktualisieren und erstmalig die in der EU geltenden Vorschriften für Lebensmittelenzyme zu harmonisieren. Damals gab es etwa ein Dutzend unterschiedliche EU-Vorschriften zu Lebensmittelzusatzstoffen und Aromastoffen. Diese sollten präzisiert und auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht werden.

Lebensmittelenzyme, die als Verarbeitungshilfsstoffe zum Einsatz kommen, sind nicht im EU-Recht geregelt, und die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind von Land zu Land sehr unterschiedlich. Die neuen, harmonisierten EU-Vorschriften erstrecken sich auf die Bewertung, Zulassung und Kontrolle von Enzymen, die zur Verwendung in Lebensmitteln bestimmt sind, und schreiben ein einheitliches Zulassungsverfahren für Zusatzstoffe, Aromen und Enzyme vor.

Das Europäische Parlament und der Rat als gemeinsame Gesetzgeber einigten sich auf Verbesserungen am ursprünglichen Vorschlag. Die neuen Regelungen sorgen für einen besseren Gesundheits- und Verbraucherschutz und erleichtern den freien Warenverkehr mit Lebensmittelerzeugnissen in der EU.

Die erste Verordnung betrifft ein vereinfachtes einheitliches EU-Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -aromen und -enzyme. Weitere Vorschläge enthalten detaillierte Regelungen zu den verschiedenen Kategorien. Diese sehen die Erstellung von Listen zugelassener Produkte vor. Es werden die Bedingungen für die Verwendung und Regeln für die Kennzeichnung festgelegt, ebenso Höchstwerte für bestimmte unerwünschte Stoffe. Die Europäische Kommission entscheidet über die Aufnahme in die Liste zugelassener Produkte anhand von Risikobewertungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA).

Alle bereits auf dem Markt befindlichen Stoffe – etwa 300 Zusatzstoffe und 2600 Aromen – werden Zug um Zug einer Neubewertung unterzogen. Zusatzstoffe, Aromen und Enzyme, die derzeit zugelassen sind, können weiterhin verkauft werden, doch nach erfolgter Aktualisierung werden alle nicht in die Liste aufgenommenen Stoffe verboten.

Unser Erfolg

Ein einheitliches EU-weites Zulassungsverfahren als Garant für ein hohes Verbraucherschutzniveau.

Erreichte Verbesserungen:

- mehr Transparenz im Zulassungsverfahren
- hohes Niveau des Gesundheits- und Verbraucherschutzes als Kernstück der neuen Regelung
- ausreichend Zeit für eine gründliche wissenschaftliche Bewertung der Stoffe

Unser Erfolg

Lebensmittelzusatzstoffe müssen sicher sein und den Verbrauchern einen Nutzen bringen.

In den Rechtsvorschriften heißt es, dass Lebensmittelzusatzstoffe (d. h. Süßungsmittel, Farbstoffe, Konservierungsmittel, Antioxidationsmittel, Emulgatoren, Geliermittel und Packgase) nur zugelassen werden dürfen, wenn sie sicher in der Anwendung sind, wenn es einen technologischen Bedarf für ihren Einsatz gibt, wenn ihr Gebrauch den Verbraucher nicht in die Irre führt und ihm einen Nutzen bringt. Zusatzstoffe in nicht verarbeiteten Lebensmitteln werden untersagt, ebenso Süßungsmittel und Farbstoffe in Kleinkind- und Säuglingsnahrung, sofern sie nicht ausdrücklich in die EU-Liste aufgenommen wurden. Die Mitgliedstaaten können weiterhin die Verwendung bestimmter Lebensmittelzusatzstoffe in traditionellen Nahrungsmitteln, die auf ihrem Hoheitsgebiet hergestellt werden, verbieten.

Erreichte Verbesserungen:

- Lebensmittel, die bestimmte Farbstoffe („Azofarbstoffe“) enthalten, von denen Gefahren für die Gesundheit von Kindern ausgehen, sind besonders zu kennzeichnen.
- Die Zulassung von Zusatzstoffen erfolgt nach dem Vorsorgeprinzip.
- Besonderes Augenmerk gilt Personen, die unter Allergien leiden, und anderen gefährdeten Personengruppen.
- Es sind Umweltaspekte zu berücksichtigen.
- Eine neue Zulassung und eine neue Sicherheitsbewertung werden erforderlich, wenn es aufgrund des Einsatzes der Nanotechnologie zu Veränderungen im Herstellungsprozess, im Ausgangsstoff oder in der Partikelgröße der Zusatzstoffe kommt.

Aromastoffe

Die Lebensmittelhersteller dürfen zahlreiche natürliche und künstliche Aromastoffe verwenden, von denen derzeit 2600 registriert sind.

Unser Erfolg

Die Sozialdemokraten haben sich für einen verschärften Gesundheits- und Verbraucherschutz eingesetzt und eine Irreführung der Verbraucher verhindert.

Erreichte Verbesserungen:

- gebührende Beachtung der Auswirkungen von Aromastoffen auf gefährdete Personengruppen
- eindeutigerer Regelung der Höchstwerte für „unerwünschte Stoffe“, die in Aromen vorkommen können, weil sie natürlicher Bestandteil von Kräutern und Gewürzen sind
- Ausnahmen für eine sehr kleine Zahl von Stoffen unter bestimmten Voraussetzungen, z. B. wenn nur frische, getrocknete oder gefrorene Kräuter und Gewürze verwendet werden, wie dies bei bestimmten traditionellen Lebensmitteln der Fall ist
- strengere Vorgaben für die Verwendung des Begriffs „natürlich“ bei der Beschreibung von Aromastoffen.

Enzyme

Lebensmittelenzyme werden seit Hunderten von Jahren verwendet, z.B. zum Backen, zur Käseherstellung und zum Brauen. Sie spielen in der Lebensmittelproduktion eine immer größere Rolle und können an Stelle von Chemikalien zum Einsatz kommen. Zum ersten Mal liegt jetzt eine EU-einheitliche Regelung für Enzyme vor.

Wie Zusatzstoffe werden Enzyme nach der neuen Regelung nur zugelassen, wenn damit nicht der Verbraucher in die Irre geführt wird. Der gefundene Kompromiss besagt, dass sich die Irreführung auf den Frischegrad, die Art und Qualität der verwendeten Zutaten sowie die Naturbelassenheit und den Nährwert des Produkts bezieht.

Unser Erfolg

Im Verlauf der Verhandlungen mit dem Rat konnten wir alle Akteure davon überzeugen, den Verbraucherschutz zu intensivieren, für mehr Transparenz zu sorgen, damit die Verbraucher wohlüberlegte Entscheidungen treffen können, und Bestimmungen aufzunehmen, um die Belange gefährdeter Personengruppen zu berücksichtigen.

BILLIGERE AUSLANDSTELEFONATE MIT DEM HANDY

Roaming-Verordnung I und II

Unser Erfolg

Durchsetzung einer sehr verbraucherfreundlichen Regelung gegen den Widerstand der Branche und des rechten Lagers im Europäischen Parlament. Die Roaming-Verordnung, die am 30. Juni 2007 in Kraft trat, läutete eine neue Ära der Mobilkommunikation ein. Künftig können Handy-Nutzer bei Reisen innerhalb der EU grenzüberschreitende Telefongespräche zu erschwinglichen und transparenten Preise führen. Die Entgelte für Mobiltelefonate bei Reisen innerhalb der EU werden durch den sogenannten Eurotarif nach oben begrenzt, sofern sich der Kunde nicht für ein anderes Angebot eines Netzbetreibers entscheidet. Damit sind die Roaming-Gebühren spürbar zurückgegangen und betragen nur noch ein Drittel oder Viertel des ursprünglich verlangten Entgelts.

Im April 2009 beschlossen die europäischen Gesetzgeber, den Anwendungsbereich der Richtlinie auszuweiten. Die abgeänderte Richtlinie reduziert die Roaming-Gebühren für Anrufe, SMS und Internet Surfing auf dem Handy.

Die Preise, die sich die Netzbetreiber (als Großkunden) gegenseitig für Anrufe, SMS und Datenabruf über mobile Geräte berechnen, werden in den nächsten drei Jahren ebenfalls begrenzt. Damit werden alle Netzbetreiber in die Lage versetzt, die Tarife für die Endkunden zu senken.

Als Folge der Maßnahmen und zusätzlich zu früheren Preissenkungen über den Zeitraum von 2007-2009, werden die Tarife für Roaming Anrufe in den kommenden drei Jahren weiter zurückgehen...

- 2009: abgehender Anruf 0,43 EUR; eingehender Anruf 0,19 EUR
- 2010: abgehender Anruf 0,39 EUR; eingehender Anruf 0,15 EUR
- 2011: abgehender Anruf 0,35 EUR; eingehender Anruf 0,11 EUR.

Ab Juli 2009 werden SMS aus dem Ausland höchstens 11 Cent kosten; wodurch die Kosten im Durchschnitt um ein Drittel sinken. Die Kosten anderer Daten-Roaming-Dienste wie E-Mails und Internetrecherchen werden voraussichtlich ebenfalls sinken, da die Gesetzgeber Höchstgrenzen eingeführt haben.

Die Transparenz von Roaming-Kosten ist für Konsumenten ebenfalls verbessert worden. Seit 2007 erhalten Kunden, wenn sie Roaming nutzen, eine SMS über die zu erwartenden Kosten für eingehende und ausgehende Anrufe. Über Anruf oder SMS können sie detailliertere Informationen abfragen. Die neue Richtlinie wird ein System für Transparenz beim Daten-Roaming einführen. So werden beispielsweise Kunden, die sich beim Netzbetreiber nicht für eine bestimmte Standardgrenze eingetragen haben, unter einer Abschaltgrenze von 50 EUR geführt, um unangenehme Überraschungen bei der späteren Rechnung zu vermeiden.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Sozialdemokratische Fraktion trug entscheidend zu diesem Sieg für die Konsumenten bei und beugte sich nicht dem Druck der Branche und der Mitgliedstaaten, die gegen die Verordnung Front machten. Der Fraktion ging es in erster Linie um Preissenkungen und um mehr Transparenz.

Unsere künftigen politischen Ziele

Die SPE Fraktion auch wird zukünftig aufmerksam den Einzelhandelspreis von Internetdiensten beobachten, die nicht Gegenstand der Verordnung sind. Entscheidend ist weiterhin die Transparenz der Roaming-Gebühren.

NEUE REGELUNGEN FÜR GEFÄHRLICHE CHEMIKALIEN

Die Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH-Verordnung) ist eine wichtige Gesetzgebungsinitiative – sowohl in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht als auch unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, den Arbeitsschutz und die Umwelt.

In den 70er Jahren erarbeitete die Europäische Union eine Rahmenrichtlinie, um die in den Mitgliedstaaten bestehenden Beschränkungen für den Verkauf und die Anwendung bestimmter gefährlicher Stoffe miteinander in Einklang zu bringen. Im Verlauf von ca. 30 Jahren wurde diese Richtlinie immer wieder geändert, um neue Chemikalien zu berücksichtigen, die als gefährlich für die Verbraucher und die Umwelt galten. Seit 1981 müssen die Hersteller neue Chemikalien, die sie produzieren oder zum Vertrieb in der EU importieren, prüfen und registrieren lassen. Im Jahre 1998 forderten die EU-Umweltminister die Kommission auf, die Richtlinie im Sinne eines verbesserten Verbraucher- und Umweltschutzes grundlegend zu überarbeiten. Nach dreijährigen schwierigen Verhandlungen wurde schließlich 2006 die REACH-Verordnung angenommen, die ein neues Chemikalienrecht für die Europäische Union begründete. Sie trat am 1. Juni 2007 in Kraft.

KERNPUNKTE

Man ist sich weithin darin einig, dass das bisherige Prüfsystem ineffektiv war und keinen hohen Ansprüchen genügte. Bei REACH geht die Beweislast auf die Hersteller und Importeure über. Sie müssen ihrer sozialen und umweltpolitischen Verantwortung gerecht werden, indem sie ihre Erzeugnisse unter der Aufsicht einer europäischen Agentur registrieren lassen.

Die Verordnung soll die Bürger über die Gefahren informieren, die von chemischen Stoffen für ihre Gesundheit oder das ökologische Gleichgewicht der Erde ausgehen. Sie erfasst ca. 30 000 gebräuchliche Chemikalien, obwohl insgesamt über 100 000 Produkte zu verzeichnen sind.

REACH sieht folgende Maßnahmen vor:

Die **Registrierung** von chemischen Stoffen, die in Mengen von einer Tonne oder mehr pro Jahr hergestellt oder eingeführt werden. Der Umfang der erforderlichen Angaben richtet sich danach, wie gefährlich der Stoff ist, in welcher Menge er hergestellt oder eingeführt wird, und wie hoch der Expositionsgrad ist, wobei die gefährlichsten Stoffe und die höchsten Produktionsvolumen den strengsten Anforderungen genügen müssen.

Gemeinsame Nutzung von Daten. Dieser Grundsatz hat Eingang in die Verordnung gefunden, wobei Ausnahmen gewährt werden können, wenn dies der Schutz von Betriebsgeheimnissen erfordert, die Kosten unverhältnismäßig hoch sind oder sich Unternehmen nicht auf die gemeinsam zu nutzenden Daten einigen können.

Wissenschaftliche Bewertung der Auswirkungen dieser Stoffe auf die Gesundheit und die Umwelt; Bewertung der von den Unternehmen vorgeschlagenen Prüfprogramme.

Verschärftes Zulassungsverfahren für die gefährlichsten Erzeugnisse. Die Hersteller müssen nachweisen, dass die Risiken beherrschbar sind, was für sie ein Anreiz sein sollte, weniger schädliche Alternativprodukte einzusetzen.

Sorgfaltspflicht. Die Herstellung, die Einfuhr und der Vertrieb von Chemikalien sind so zu gestalten, dass weder die menschliche Gesundheit noch die Umwelt Schaden nehmen.

Tierschutz. Um die Mehrfachdurchführung von Tierversuchen zu vermeiden, sind Anträge 45 Tage vor einem Projekt Interessengruppen zur Prüfung offenzulegen. Informationen

über die Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen sind möglichst nicht durch Wirbeltierversuche, sondern durch Alternativen zu In-vivo-Versuchen zu erlangen.

Die Einrichtung einer europäischen Agentur, die ab 1. Juni 2008 diese Stoffe überwacht und registriert.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Das REACH-Verfahren ist ein Beleg dafür, dass die Sozialdemokratische Fraktion besonderen Wert darauf legt, die Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung der Wirtschaft mit dem Verbraucherschutz in Einklang zu bringen.

Von der Abstimmung bei der ersten Lesung an unterstützte die Fraktion den Grundsatz, dass die Unternehmen für die von ihnen vertriebenen Produkte verantwortlich sind, d. h. die Umkehr der Beweislast und das Substitutionsprinzip, womit die EU jetzt über ein in der Welt einzigartiges Chemikalienrecht verfügt, das die Interessen Europas im Großen und Ganzen absichert.

Der am 30. November 2006 mit dem Rat erzielte Kompromiss wurde vom EP mit 529 zu 98 Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen. Die Sozialdemokratische Fraktion stimmte ausnahmslos für die Vorlage.

Künftige politische Ziele

Die Sozialdemokratische Fraktion wird anhand der regelmäßigen Berichte der Europäischen Kommission die Umsetzung dieses wichtigen Regelwerks in den Mitgliedstaaten verfolgen.

STROM UND GAS ZU ERSCHWINGLICHEN PREISEN

Unser Erfolg

Es gehört zu den herausragenden Ergebnissen der Sozialdemokratischen Fraktion in den letzten Jahren, dass wieder die Verbraucher im Mittelpunkt der Reformen des Energiebinnenmarktes stehen und dass die Frage der Energiearmut angepackt wird.

Das EU 'Energie Paket', das vom Europäischen Parlament im April 2009 angenommen und ab 2011 vollständig in Kraft treten wird, beinhaltet die wichtigsten Schwerpunkte der Sozialdemokratischen Fraktion: Verbraucherrechte und Energiearmut.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Durch die sozialdemokratischen Änderungsanträge rückten die Belange der Verbraucher und die Definition der Energiearmut stärker in den Vordergrund. Die Rechte der Verbraucher, ihr Zugang zu Informationen und die Transparenz wurden gestärkt, zumal künftig Möglichkeiten zur Beschwerde bestehen. Dazu sind in den einzelnen Mitgliedstaaten zentrale Anlaufstellen einzurichten. Die Konsumenten werden klare und verständliche Informationen bezüglich ihrer Rechte im Energiebereich erhalten. Die Kommission sollte eine klare und kompakte 'Energie-Kunden-Checkliste' vorlegen; eine Liste, zu der jeder Zugang hat, die Anwender-freundlich ist und die Rechte der Energie-Kunden aufführt.

Ein unabhängiger Ombudsmann beziehungsweise eine Konsumenten-Beschwerdestelle soll in jedem Mitgliedsland eingerichtet werden, um einen unabhängigen Mechanismus für die effiziente Bearbeitung von Beschwerden zu schaffen und außergerichtliche Schlichtungen zu ermöglichen.

Das Konzept der "Energie-Armut" wird in der Richtlinie anerkannt. Die Mitgliedsländer sollten 'angemessene Maßnahmen' wie nationale Aktionspläne für Energie oder Beihilfen in den sozialen Sicherheitssystemen vorsehen, um zu sichern, dass die Zahl der Bürger, die an Energiearmut leiden real zu senken.

Im Rahmen des Maßnahmenpakets zur Bekämpfung der Energiearmut und um die Energieeffizienz zu stärken, sollten Mitgliedsländer oder die Regulierungsbehörden die Möglichkeit eröffnen, die Elektrizitätsunternehmen zu beauftragen, Preissetzungsformeln einzuführen, die höhere Preise bei höherem Verbrauchsniveau vorsehen und Energiemanagement-Ämter zur Verfügung stellen, intelligente Zählersysteme sowie intelligente Versorgungsnetze einführen.

Die neue EU Gesetzgebung wird sicherstellen, dass jeder Haushalt in der EU bis 2022 mit einem sogenannten 'Intelligenten Zähler' ausgestattet ist. Intelligente Zähler stellen sicher, dass Kunden ihren Energieverbrauch besser kontrollieren und Energiekosten senken können.

Der Wechsel des Energieversorgers wird erleichtert, indem konkrete Fristen einzuhalten sind. Konsumenten erhalten das Recht, innerhalb von drei Wochen kostenlos den Anbieter wechseln zu können, ihre Abschlussrechnung spätestens sechs Wochen nach Wechsel des Anbieters zu erhalten, alle relevanten Verbrauchsdaten zu erhalten, Entschädigung zu beanspruchen, wenn das Qualitätsniveau der Dienstleistung nicht eingehalten wurde sowie Informationen über ihre Rechte zu erhalten mittels Rechnungen und Websites der Unternehmen. Alle Verbraucherrechte sollen durch die nationalen Regulierungsbehörden durchgesetzt werden. Diese verfügen auch über ein neues Instrument, um Standards für die Dienstleistungs- und Versorgungsqualität festzulegen und deren Einhaltung zu kontrollieren.

Des Weiteren sorgten die Sozialdemokraten für die Einführung von Maßnahmen, die verhindern, dass sozial schwache Kunden in kritischen Zeiten die Energiezufuhr abgestellt wird. In diesem Zusammenhang sollen Mitgliedsländer eine Definition für 'sozial schwache Kunden' erarbeiten, die die Definition der Energiearmut zur Grundlage nehmen kann und sie müssen „dafür sorgen, dass

die auf diese Verbrauchergruppe anwendbaren Rechte und Pflichten tatsächlich umgesetzt werden“.

Energieversorgung für alle sicherstellen

Die neue Gesetzgebung würde die Mitgliedsländer verpflichten, die Energieversorgung aller Haushalte zu sichern und, falls erforderlich, auch aller Kleinunternehmen (mit weniger als 50 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von weniger als 10 Millionen EUR). Diese Kunden würden dann das Recht auf Gas und Elektrizität einer spezifischen Qualität zu angemessenen, leicht und klar vergleichbaren, transparenten und gerechten Preisen haben.

Wenn auch in anderem Zusammenhang, so ist das Ziel der Minderung von Energie-Armut für die Sozialdemokraten über die gesamten Legislaturaktivitäten eine Priorität gewesen. Der sozialdemokratische Berichterstatter hat darauf bestanden, dass, wenn die Mitgliedsländer ihre nationalen Aktionspläne aufstellen, um die Anforderungen der Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden zu erfüllen, sie auch Maßnahmen vorsehen sollen für Haushalte, denen Energie-Armut droht.

Unsere künftigen politischen Ziele

Als Sozialdemokraten werden wir auch weiterhin die Verbraucherinteressen schützen und das Problem der Energiearmut lösen.

FREIZÜGIGKEIT: MEHR SICHERHEIT UND RECHTE

• Das Schengener Informationssystem der zweiten Generation

Die Freizügigkeit ist ein Grundrecht und ein Eckpfeiler der Unionsbürgerschaft. Wichtige Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieses Rechts sind sichere Außengrenzen und ein effektives Handeln der Polizei- und Justizbehörden über Ländergrenzen hinweg.

Die Erweiterung des Schengen-Raums um zehn neue Mitgliedstaaten im Dezember 2007 wurde ermöglicht durch die Festlegung verstärkter Kontrollen an den Grenzen, die ab Ende 2008 durch das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) besser gewährleistet sind. Das von den Mitgliedstaaten gespeiste System beinhaltet biometrische Daten und Publikationen europäischer Haftbefehle, Angaben zu vermissten und gesuchten Personen und gestohlenen Fahrzeugen.

Unser Erfolg

Die Sozialdemokratische Fraktion hat die rasche Verabschiedung der Verordnung und des Beschlusses zur Schaffung dieses wichtigen Instruments befürwortet und erfolgreich dafür geworben, dass:

- **hohe Anforderungen an die materielle Sicherheit des Systems** und der in ihm gespeicherten sensiblen Daten gestellt werden,
- **strenge Kriterien für den Schutz der personenbezogenen Daten** festgelegt sowie Rechtsschutzinstrumente für die betroffenen Personen eingeführt werden,
- eindeutig **festgelegt wird, welche Grenzbehörden Zugang zum System haben** und welchen Einschränkungen der Zugang von Strafverfolgungsbehörden unterliegt, der über die Grenzbehörden und auf Grund einer gerichtlichen Ermächtigung erfolgt,
- **auf EU-Ebene eine zentrale Behörde zur Kontrolle** der Einhaltung der Sicherheits- und Datenschutzvorschriften eingerichtet wird.

Das SIS II ist erst ab 2008 funktionsfähig, weil es bei der Kommission zu einer erheblichen Verzögerung der Ausschreibungs- und Vergabeverfahren gekommen ist. Die Sozialdemokratische Fraktion wird weiterhin Druck auf die Kommission und den Rat ausüben, damit das System wie geplant in Betrieb geht und keine Änderungen ohne die Mitwirkung des Europäischen Parlaments vorgenommen werden.

• Das Visa-Informationssystem

Die Ausstellung eines Visums ist nach wie vor für zahlreiche Bürger von Drittstaaten erforderlich, die als Touristen, aus beruflichen Gründen oder zum Studium in EU-Länder reisen wollen. Mobilität über die Außengrenzen hinweg ist für die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen sowie für die politische Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittstaaten von wesentlicher Bedeutung. Das entscheidende Instrument ist dabei die Visapolitik.

Um die Verfahren für Bona-fide-Reisende zu vereinfachen und zugleich die Bewältigung der Migrationsströme zu erleichtern, hat die Sozialdemokratische Fraktion die Verabschiedung der Verordnung und des Beschlusses zur Einrichtung des Visa-Informationssystems (VIS) – einer Datenbank aller ausgestellten Visa nebst biometrischer Daten der Visa-Inhaber – in erster Lesung ausgehandelt.

Unser Erfolg

Bei den Verhandlungen im Mitentscheidungsverfahren mit dem Rat haben die Sozialdemokraten dafür gesorgt,

- dass die **Gründe für die Verweigerung der Einreise schriftlich darzulegen sind** und dass dagegen Rechtsbehelfe eingelegt werden können;

- dass **strenge Datenschutzvorschriften gelten**, insbesondere für die auf Visa gespeicherten biometrischen Daten: Diese dürfen nur verwendet werden, wenn zur Überprüfung der Identität des Visa-Inhabers striktere Kontrollen erforderlich sind;
- dass der indirekte **Zugang von Strafverfolgungsbehörden zum Visa-Informationssystem** zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung, des Terrorismus und der organisierten Kriminalität nach strengen Vorschriften und aufgrund einer gerichtlichen Ermächtigung über die Visabehörden erfolgt.

Die Sozialdemokratische Fraktion legt großen Wert darauf, dass das Inkrafttreten des Visa-Informationssystems durch die Festlegung eines neuen EU-Visakodex ergänzt wird, der präzisere und einheitliche Verfahren für die Ausstellung von Visa durch die Konsulate der Mitgliedstaaten sowie eine einheitliche und sozialverträgliche Bearbeitungsgebühr für alle vorsieht. Im Rat verzögert sich die Prüfung des Vorschlags für einen neuen Visakodex. Die Sozialdemokratische Fraktion wird weiterhin Druck ausüben, um dieses weitere notwendige Ziel zu erreichen.

- **Die richtigen Bedingungen für die Aufnahme von Fachkräften: das Blue Card-System**

Das 2008 vom EP verabschiedete europäische Blue Card-System legt einheitliche Bedingungen und Kriterien für die Einreise von Fachkräften aus Drittstaaten in die EU fest.

Unser Erfolg

Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind natürlich ein Gewinn für die EU. Die Sozialdemokraten bewirkten eine Verbesserung des Textes der Kommission, indem sie Änderungen einbrachten, die darauf abzielten, sowohl die EU-Arbeitnehmer als auch die Migranten zu schützen und eine Abwanderung von Fachkräften aus Drittländern zu vermeiden, vor allem dadurch, dass:

- die **Höhe der Vergütung ebenso hoch** wie bei einem vergleichbaren Arbeitnehmer im Aufnahmeland **oder höher** sein muss;
- **mindestens fünf Jahre Berufserfahrung** oder ein anerkannter Hochschulabschluss erforderlich sind;
- die Blue Card an **Drittstaatsangehörige vergeben werden kann, die sich legal im Mitgliedstaat aufhalten**;
- einem Inhaber der Blue Card, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, eine Frist von sechs Monaten für die Suche nach einem **anderen Arbeitsplatz** eingeräumt wird.

- **Die Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger**

Die Vorschläge der Kommission zur Schaffung einheitlicher EU-Systeme für die Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger waren sehr umstritten und fanden in der Öffentlichkeit ein geteiltes Echo.

Bedenken hatten die Sozialdemokraten vor allem im Zusammenhang mit:

- der maximalen Haftdauer (wir wollten eine maximale Dauer von 3 Monaten);
- den Haftbedingungen;
- dem Vorrang der freiwilligen Rückkehr;
- der Definition des Begriffs „Fluchtgefahr“;
- dem Schutz von Minderjährigen;
- der speziellen Situation schwerkranker Personen;
- der Verfügbarkeit von Prozesskostenhilfe; und
- dem Wiedereinreiseverbot.

Als der Vorschlag das EP durchlief, erzielte der Berichterstatter der EVP-ED eine Einigung mit dem Rat (die wir nicht mittragen konnten) und versuchte unter Verletzung des parlamentarischen

Verfahrens zu verhindern, dass im Plenum über unsere Änderungsanträge abgestimmt wurde. Es gelang uns, diese Manöver zu durchkreuzen.

Die Fraktion erkannte zwar an, dass ein EU-System für Einreisen und Rückführungen erforderlich ist, setzte sich aber mit Nachdruck für die **Achtung der Grundrechte und der Menschenwürde sowie für den Schutz von hilfsbedürftigen und minderjährigen Personen** ein. Unsere Argumente waren in sich schlüssig und fanden bei diesem schwierigen und polarisierenden Thema die mehrheitliche Unterstützung der progressiv gesinnten Mitglieder des EP.

Wichtige sozialdemokratische Änderungsanträge wurden nicht angenommen (die EVP-ED und die Liberalen stimmten dagegen), und die Fraktion stimmte deshalb gegen die Vorlage, die aber aufgrund einer rechten Mehrheit das Haus passierte.

ENGAGEMENT FÜR DIE REGIONEN

Die Regionalpolitik zählt zu den am wenigsten Politikfeldern der EU – nicht nur, weil sie klar in den Verträgen verankert ist, sondern auch, weil sie direkte Ergebnisse zeitigt, von denen sich die Bürger auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene selbst überzeugen können.

In der laufenden Wahlperiode ging es den sozialdemokratischen Abgeordneten vor allem darum, dass möglichst rasch neue Regelungen für die Regionalfonds getroffen wurden, die unseren Prioritäten entsprachen. Hierbei mussten die bisherigen Erfahrungen, die globalen Herausforderungen und Fragen der Erweiterung berücksichtigt werden. Auch wenn insgesamt Einvernehmen über die politischen Grundsätze bestand, galt es, den Akzent auf die Art der Umsetzung, den Umfang und die Nutznießer der Maßnahmen sowie auf die Programme und deren Finanzierung zu legen. Prägend für unseren Beitrag waren die programmatischen Zielsetzungen der Sozialdemokraten, ihre Wertvorstellungen und die Grundgedanken der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit.

Die Sozialdemokratische Fraktion unterstützte die rasche und effektive Umsetzung der Verordnungen des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds. Besonders wichtig für uns waren die nachhaltige Entwicklung, die städtische Dimension, die Ablehnung unterschiedlicher Maßstäbe, die Verlagerung von Firmen, die Regionen mit natürlichen oder demographischen Nachteilen und die Gebiete in äußerster Randlage.

Eine sozialdemokratische Abgeordnete verfasste den Bericht über den europäischen Regionalfonds. Der Geltungsbereich der Verordnung wurde ausgeweitet und umfasst nun auch Stadt- und Landgebiete, von der Fischerei abhängige Gebiete, Regionen in äußerster Randlage, Inselgebiete, grenzübergreifende Regionen, Gebiete mit ernststen und dauerhaften natürlichen und demographischen Problemen sowie Berggebiete.

Bei der **angemessenen Mittelausstattung, beim Umweltschutz, beim Grundsatz der Partnerschaft** und bei generellen Schwerpunkten der Sozialdemokratischen Fraktion haben wir unsere Vorstellungen weitgehend realisiert. Da nach unserer Ansicht die Erreichung der Ziele regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung weiterhin im Mittelpunkt der Verordnung standen, stimmten wir in der Schlussabstimmung dafür.

Die Verordnung über den **Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)** war ebenfalls Bestandteil des Gesetzgebungspakets zur Kohäsionspolitik. Die Sozialdemokratische Fraktion befürwortete mit Nachdruck den mit dem Kommissionsvorschlag verfolgten Zweck und vertrat die Überzeugung, dass er die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit fördern und zum sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt beitragen würde.

Die Sozialdemokratische Fraktion unterstützte die **Einrichtung eines Kohäsionsfonds für Mitgliedstaaten und Inseln in Randlage**, deren Entwicklung durch natürliche und demographische Nachteile beeinträchtigt wird. Wir wollten erreichen, dass diese Verordnung den Bestimmungen des Vertrages entspricht und mit den Strategien von Lissabon und Göteborg im Einklang steht. Zudem ging es uns darum, das geltende Recht an die Erfordernisse einer erweiterten EU anzupassen, zumal der Fonds im Zeitraum 2007-2013, wenn mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten Anspruch auf entsprechende Fördermittel haben dürfte, an Bedeutung gewinnt.

Zugleich verfolgten wir aufmerksam die Entwicklung des **Solidaritätsfonds der Europäischen Union**, der nach bestimmten Vorgaben Finanzhilfen bei Naturkatastrophen, Industrie- und Technologieunfällen, Krisensituationen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und Terroranschlägen bereitstellt. Wir befürworteten eine **transparentere Handhabung des Solidaritätsfonds durch Absenkung der Schwelle für seine Anwendung und die Abschaffung komplizierter regionaler Kriterien**.

Die regionalpolitische Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion, Constanze Krehl, verfasste den Abschlussbericht zu den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013 (Kohäsionspolitik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung). Das Ziel bestand darin, den strategischen Aspekt der Kohäsionspolitik zu verstärken und die Synergien mit der neu belebten Lissabon-Agenda zu steigern. Der Bericht wurde im Ausschuss für regionale Entwicklung fast einstimmig angenommen. Wir sorgten für eine möglichst schnelle Annahme durch das EP, damit die Leitlinien den Regierungen bei der Erarbeitung der nationalen Programme für 2007-2013 zur Grundlage genommen werden konnten.

Zudem wurden in einem Initiativbericht der Sozialdemokratischen Fraktion zu bewährten Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernissen bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds die notwendigen Maßnahmen empfohlen, um regionalpolitische Vorhaben besser planen, analysieren, durchführen, bewerten, vervollkommen und zum Gegenstand des Erfahrungsaustauschs machen zu können.

Abstimmungsergebnis

Ein aufschlussreiches Ergebnis verdeutlicht die Art und Weise, in der **unsere kohäsions- und regionalpolitischen Vorstellungen vor allem von unseren Widersachern im konservativen Lager Besitz aufgegriffen wurden** und zu fast einstimmigen Ergebnissen bei der Abstimmung im Plenum über die Entschließung des Europäischen Parlaments zu den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013 führten.

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|------------|---------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 244 | 99,6 | 0 | 0 | 1 | 0.4 |
| SPE | 176 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 77 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 39 | 99,2 | 0 | 0 | 1 | 0.8 |
| GUE | 1 | 3 | 8 | 24,2 | 24 | 72,8 |

Unser Erfolg

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung verfolgten aufmerksam das Geschehen auf lokaler wie globaler Ebene und seine Auswirkungen auf das Leben der Bürger, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und das regionale Wachstum. Unser positiver Beitrag zu allen Schritten der Planung und Umsetzung dieser Politik erwies sich als grundlegend und ließ unseren politischen Kontrahenten keine andere Wahl, als den Kerngedanken unserer Schwerpunkte für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu folgen.

Namentlich vor dem Hintergrund der jüngsten Turbulenzen der **globalen Wirtschaftskrise** plädierten Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion als Berichterstatter oder Verfasser von Vorschlägen für Änderungen der allgemeinen und spezifischen Vorschriften für die Strukturfonds mit dem Ziel, **rasche und unmittelbar wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Regelungen zu vereinfachen, die Bereitstellung von Geldern und Vorschüssen zu beschleunigen** und das längerfristige Wachstumspotential Europas zu stärken.

Unsere künftigen politischen Ziele

Es war unsere politische Familie, die sich von Anfang an dafür einsetzte, eine einheitliche Regionalpolitik und Kohäsionspolitik zu gestalten, und dieses Konzept in allen Phasen der europäischen Integration verfochten hat. Eine ausgewogene und abgestimmte Entwicklung aller Regionen in Europa und der Abbau der Unterschiede sind nach wie vor unsere Ziele – vor allem in einer Zeit der globalen Instabilität und zunehmender Probleme in den Bereichen Umweltschutz, Energieversorgung, Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt.

Die Regional- und Kohäsionspolitik mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die Realwirtschaft ist ein effektives und unverzichtbares Instrument, das wir auch in Zukunft weiter ausgestalten und zum Tragen bringen wollen, und zwar unter Berücksichtigung der konkreten Erfordernisse aller EU-Regionen und der Vorgaben für den haushälterischen Umgang mit Steuermitteln.

SORGSAMER UMGANG MIT STEUERGELDERN

Mehr als jede andere politische Gruppierung im Europäischen Parlament ist sich die Sozialdemokratische Fraktion der Tatsache bewusst, dass der Steuerzahler jeden von der Europäischen Union ausgegebenen Euro hart erarbeiten muss. Daher muss die Verwendung öffentlicher Gelder gut begründet sein, transparent erfolgen und dem Steuerzahler einen Nutzen bringen.

Die Sozialdemokratische Fraktion verfolgt dieses Anliegen auch weiterhin mit Nachdruck.

Transparenz bei der Verwendung von EU-Mitteln

Die Sozialdemokratische Fraktion war Vorreiter bei der Forderung nach **umfassender Unterrichtung der Öffentlichkeit** darüber, wer in den Genuss von EU-Fördermitteln kommt. Dank des Einsatzes der Sozialdemokratischen Fraktion müssen nach der neuen Haushaltsordnung die Namen der Endbegünstigten von EU Geldern veröffentlicht werden. Andere politische Fraktionen insbesondere die EVP-ED versuchten, den Zugang der Bürger zu diesen Informationen zu begrenzen, aber die Sozialdemokraten haben sich durchgesetzt - und ab Mai 2009 müssen beispielsweise alle Empfänger landwirtschaftlicher Subventionen von ihren jeweiligen staatlichen Behörden veröffentlicht werden. Das gestattet jedem Steuerzahler zu kontrollieren, wo seine Steuergelder hingehen.

Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln

Wirtschaftliche Haushaltsführung und Effizienz sind ein wichtiges Anliegen der Sozialdemokratischen Fraktion. Es gehört zu den Befugnissen des Parlaments, der Kommission und anderen EU-Institutionen für ihre Haushaltsführung Entlastung zu erteilen. Auch wenn der Kommission in den letzten Jahren Entlastung erteilt wurde, **forderte die Sozialdemokratische Fraktion weitere Verbesserungen in der Haushaltsführung.**

Dabei geht es u. a. um folgende Punkte:

- **Strukturfonds.** Hier hat der Europäische Rechnungshof eine Fehlerquote von 12 % bei den Ausgaben festgestellt. Die Sozialdemokratische Fraktion arbeitete daraufhin in Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen einen Aktionsplan zur Verwendung der Strukturfonds aus. Er soll dazu dienen, die Kontrollmechanismen der ersten Ebene in den Mitgliedstaaten zu verbessern und damit die Hauptursache für die hohe Fehlerquote zu beseitigen.
- **Agrarfonds.** Die Sozialdemokratische Fraktion stellt sich an die Spitze der Forderungen nach vollständiger Realisierung des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (IACS), das die Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, Agrarfonds mit einer sehr niedrigen Fehlerquote zu verwalten.
- **Forschungsrahmenprogramme.** Als sich 2006/7 herausstellte, dass größere Verwaltungsprobleme aufgetreten waren, ergriff die Sozialdemokratische Fraktion sofort Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein Aktionsplan der Kommission erstellt wurde, um die Kontrolle und die Haushaltsführung zu verbessern. Die ersten Ergebnisse liegen jetzt vor.
- **Externe Politikbereiche.** Die Sozialdemokratische Fraktion tritt dafür ein, beim Einsatz von EU-Mitteln in anderen Teilen der Welt auch EU-Wertvorstellungen zu fördern. Wir befürworten eine öffentlichkeitswirksame Darstellung, eine politische Orientierung seitens der EU bei Hilfsprogrammen und eine vollständige Kontrolle der EU über die Mittel.

Der Sozialdemokratischen Fraktion war für die Entlastung des EU-Haushaltsplans 2006 zuständig (der Bericht wurde im April 2008 angenommen) und die Entlastung des Europäischen Parlaments für das Jahr 2007 (im April 2009 angenommener Bericht).

In der derzeitigen Finanzkrise fordert die sozialdemokratische Fraktion, dass Geldmittel in den Bereichen Agrar- und Kohäsionspolitik sowie Forschung unbürokratischer zu beantragen und zu nutzen sein müssen. Deshalb hat die sozialdemokratische Fraktion im April 2009 im Rahmen der Entlastungsberichte für eine Vereinfachung des Zugangs zu diesen Geldmitteln und ihrer Nutzung gestimmt.

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Kontrollen sollte zunehmend Beachtung finden. Kontrollen sollten nicht mehr kosten als der tatsächliche Nutzen, den sie bringen und sie sollten vor allem nicht zur Verlangsamung der Nutzung von Finanzmitteln führen, die insbesondere in Zeiten der Krise dringend benötigt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion war die treibende Kraft bei der Schaffung eines gemeinsamen Statuts für alle MdEP und eines Statuts für die Assistenten. Nach vielen Jahren haben wir es endlich geschafft, die Gleichbehandlung der MdEP aller EU-Mitgliedsländer sicher zu stellen sowie solide Arbeits- und Versicherungsbedingungen für alle Assistenten zu ermöglichen.

Mit der Abstimmung über die Entlastung des Europäischen Parlaments im April 2009 machte die sozialdemokratische Fraktion klar, dass das Geld der Steuerzahler nicht verwendet werden sollte, um den freiwilligen zusätzlichen Pensionsfonds für MdEP zu finanzieren.

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT - EINE EFFEKTIVE AUSGABENPOLITIK

Förderung des sozialen Dialogs in der EU

Die Sozialdemokratische Fraktion ist der festen Überzeugung, dass der Erfolg der Lissabon-Strategie unter anderem von einem lebhaften und intensiven sozialen Dialog sowohl im nationalen Rahmen als auch auf EU-Ebene abhängt. Auf Drängen unserer Fraktion entschloss sich die Europäische Kommission letztendlich, im Sommer 2008 eine wichtige Mitteilung mit dem Titel „Eine erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts“ vorzulegen, in der sie eine Reihe begrüßenswerter Maßnahmen vorschlägt und die Sozialpartner ohne Wenn und Aber auffordert, weiter an der Gestaltung der EU-Sozialpolitik mitzuwirken.

Zur Erreichung dieses Ziels benötigen die Gewerkschaften nach unserer Ansicht nachdrückliche Unterstützung, damit sie wirklich in der Lage sind, an Verhandlungen teilzunehmen, öffentliche Kampagnen durchzuführen, ihre Mitglieder schulen und weiterbilden zu lassen, und so ihrer Stimme Gehör verschaffen können.

Bei vielen Gelegenheiten sprachen sich sozialdemokratische Abgeordnete für eine bessere und angemessene Finanzierung von Gewerkschaftsaktivitäten auf EU-Ebene aus. Allerdings ist es einer starken Koalition aus liberalen und EVP-ED-Abgeordneten immer wieder gelungen, dieses berechtigte Anliegen zu durchkreuzen. Jüngstes Beispiel war die Abstimmung über den Haushaltsplan 2009, die zwei Monate nach der Veröffentlichung der oben erwähnten Mitteilung der Europäischen Kommission stattfand.

Abstimmungsergebnis

Namentliche Abstimmung zum Bericht Haug – Haushaltsplan 2009 – Einzelplan Kommission, 23.10.2008

Haushaltlinie – Vorbereitende Konsultationen der Gewerkschaften
(Erhöhung der in den Haushaltsplan 2009 eingesetzten Mittel über den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Betrag hinaus, damit zumindest das Niveau von 2008 erreicht und die Inflation berücksichtigt wird)

| | Ja- Stimmen | % | Nein- Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|---------------|------------------------|--------------|--------------------------|--------------|---------------------|-------------|
| EVP-ED | 11 | 49% | 209 | 94,5% | 1 | 0,4% |
| SPE | 162 | 99,3% | 1 | 0,7% | - | |
| ALDE | 9 | 12,1% | 65 | 87,8% | - | |
| GRÜNE | 33 | 97% | - | | 1 | 3% |
| GUE | 24 | 96% | 1 | 4% | - | |

Haushaltlinie – Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog

(Erhöhung der in den Haushaltsplan 2009 eingesetzten Mittel über den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Betrag hinaus, damit zumindest das Niveau von 2008 erreicht und die Inflation berücksichtigt wird)

| | Ja- Stimmen | % | Nein- Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|---------------|------------------------|--------------|--------------------------|--------------|---------------------|-------------|
| EVP-ED | 1 | 0,4% | 217 | 99,5% | - | |
| SPE | 162 | 98,7% | 2 | 1,3% | - | |
| ALDE | 8 | 10,8% | 66 | 89,2% | - | |
| GRÜNE | 30 | 85% | 4 | 11,4% | 1 | 2,8% |
| GUE | 24 | 96% | 1 | 4% | - | |

Haushaltslinie – Bildungs- und Informationsmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmerorganisationen

(Erhöhung der in den Haushaltsplan 2009 eingesetzten Mittel über den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Betrag hinaus, damit zumindest das Niveau von 2008 erreicht und die Inflation berücksichtigt wird)

| | Ja- Stimmen | % | Nein- Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|---------------|------------------------|--------------|--------------------------|--------------|---------------------|-----------|
| EVP-ED | 3 | 1,4% | 217 | 98,6% | - | |
| SPE | 162 | 99,3% | 1 | 0,7% | - | |
| ALDE | 8 | 10,8% | 66 | 89,1% | - | |
| GRÜNE | - | | 33 | 97% | 1 | 3% |
| GUE | 24 | 96% | 1 | 4% | - | |

Haushaltslinie – Information, Konsultation und Beteiligung der Unternehmensvertreter

(Erhöhung der in den Haushaltsplan 2009 eingesetzten Mittel über den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Betrag hinaus, damit zumindest das Niveau von 2008 erreicht und die Inflation berücksichtigt wird)

| | Ja- Stimmen | % | Nein- Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|---------------|------------------------|--------------|--------------------------|--------------|---------------------|-------------|
| EVP-ED | 3 | 1,3% | 214 | 98,6% | - | |
| SPE | 165 | 100% | - | | - | |
| ALDE | 9 | 12,3% | 64 | 87,6% | | |
| GRÜNE | - | | 35 | 97,2% | 1 | 2,7% |
| GUE | 24 | 96% | 1 | 4% | - | |

Haushaltlinie – EURES (Europäisches Netzwerk für Stellenangebote)

(Erhöhung der in den Haushaltsplan 2009 eingesetzten Mittel über den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Betrag hinaus, damit zumindest das Niveau von 2008 erreicht und die Inflation berücksichtigt wird)

| | Ja- Stimmen | % | Nein- Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|---------------|------------------------|-------------|--------------------------|--------------|---------------------|-------------|
| EVP-ED | 3 | 1,3% | 218 | 98,6% | - | |
| SPE | 163 | 100% | - | | - | |
| ALDE | 7 | 9,8% | 64 | 90,1% | - | |
| GRÜNE | 1 | 2,7% | 34 | 94,4% | 1 | 2,7% |
| GUE | 25 | 100% | - | - | - | |

- Die EU als globaler Akteur: Einsatz für Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung jenseits unserer Grenzen

Um die Entscheidungsfindung in der Außenpolitik zu verbessern, machten sich die Sozialdemokraten für die Schaffung eines Netzwerks zur Konfliktverhütung stark. Heute wird dessen Rolle im europäischen Haushalt voll berücksichtigt.

Zur Bekämpfung der Armut und zur Verhütung von Konflikten, die durch den Klimawandel bedingt sind, sorgte die Sozialdemokratische Fraktion für die Bereitstellung neuer Mittel, um die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer auf dem Gebiet der Wasserbewirtschaftung zu intensivieren.

Die Sozialdemokraten starteten eine Initiative zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen. Drei Jahre später erwies sich das Projekt als so erfolgreich, dass 2008 eine spezielle Haushaltlinie eingerichtet wurde, um die Maßnahme alljährlich zu verlängern.

- Galileo

Galileo ist ein bedeutsames Industrieprojekt der EU, das Verbesserungen für den Alltag der Bürger ermöglichen soll. Bis 2013 wird die EU über ein Satelliten-Navigationssystem verfügen, das eine breite Palette von Dienstleistungen erbringt, die sich nicht auf das Verkehrswesen beschränken, sondern auch Kommunikation und Erdbeobachtung einschließen.

Galileo wird im Gegensatz zum US-amerikanischen System von Zivilbehörden betrieben und gilt als äußerst zuverlässig. Es handelt sich hier um das erste industrielle Großprojekt der EU-27, das zahlreiche technische Neuerungen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten für die gesamte Union mit sich bringt.

Seitdem die Kommission im Jahre 1999 Galileo vorschlug, fungierten die sozialdemokratischen MdEP als Wegbereiter und unterstützten das Vorhaben in sämtlichen Phasen. Sie standen 2001 und 2002 hinter den Bemühungen, den EU-Charakter des Projekts zu erhalten, während andere einen weniger effektiven zwischenstaatlichen und diplomatischen Ansatz bevorzugten. Später spielten sie bei der parlamentarischen Prüfung der Texte, die dem Vorhaben zugrunde lagen, eine führende Rolle.

Als es schließlich um finanzielle Fragen ging und bestimmte EU-Finanzminister für eine zwischenstaatliche Finanzierung plädierten, forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten einstimmig eine Gemeinschaftsfinanzierung, da nur sie die Garantie für die rasche Durchführung eines Projekts bietet, dessen Kosten sich bis 2013 auf 3,4 Mrd. EUR belaufen werden. Nach langwierigen Verhandlungen konnten sie die Finanzminister davon überzeugen, die notwendigen EU-Mittel freizugeben und dazu auch teilweise nicht ausgeschöpfte Mittel aus dem Haushaltsplan 2007 zu nutzen.

Mit den Sozialdemokraten kann das Europa der Zukunft, das Europa der Innovation weiter voranschreiten.

- Lebenslanges Lernen: Erasmus, Leonardo, Comenius,... Neue Impulse für das Europa des Lernens und Förderung von Austauschmaßnahmen

Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten standen bei den Bemühungen um eine Aufstockung der Mittel für das „Programm für lebenslanges Lernen 2007-2013“ an vorderster Front. Alljährlich fließt eine Milliarde Euro in dieses Programm. Im Rahmen des Einzelprogramms Erasmus können dadurch über 222 000 Studenten einen Studienaufenthalt im Ausland absolvieren. Weitere 70 000 junge Europäer erhalten eine Berufsausbildung, und ca. 1 400 Lehrer können an Mobilitätsprogrammen teilnehmen.

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion wollen, dass noch mehr Menschen in den Genuss dieser Maßnahmen kommen. Sie haben die Europäische Kommission davon überzeugt, neue Ideen auszuprobieren, darunter Erasmus für Lehrlinge, Erasmus für Jungunternehmer und Erasmus für Sekundarschulen. Nach der Erprobungsphase werden daraus bald längerfristige Programme mit einem größeren jährlichen Finanzrahmen.

- Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie von Kleinstbetrieben

Handwerksbetriebe und andere kleine und mittlere Unternehmen stellen mehr als 90 % aller Arbeitsplätze in Europa. Während der Wahlperiode 2004-2009 des Parlaments brachten sozialdemokratische MdEP neue Anregungen vor, damit Europa die Besonderheit dieser Unternehmen stärker berücksichtigt und seine Politik an ihren Erfordernissen ausrichtet. Zudem unterbreiteten sozialdemokratische Abgeordnete innovative Vorschläge zum Tutoring, zum Wagniskapital, zu Kreditbürgschaften und zur Förderung umweltfreundlicher Innovationen.

FÜR VIELFALT UND SOZIALE VERANTWORTUNG IN DEN MEDIEN

In einer Zeit rasanter Veränderungen in der Medienwelt, des technologischen Wandels und der zunehmenden Eigentumskonzentration in den Händen einer kleinen Zahl mächtiger Konglomerate war die Sozialdemokratische Fraktion auf der Hut und verteidigte die Medienvielfalt, trat einer übermäßigen Eigentumskonzentration entgegen, förderte den Zugang zu neuen Kommunikationsformen und sorgte dafür, dass die Massenmedien – auch die neuen Medien – auf die Bedürfnisse und Anliegen der Europäer eingehen.

Im Dezember 2005 schlug die Europäische Kommission eine Aktualisierung der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ vor. Im Verlauf der Erörterung durch das EP (die Annahme erfolgte im Dezember 2006) erreichte die Sozialdemokratische Fraktion drei wesentliche Verbesserungen:

- neue Garantien für den Medienpluralismus, der den Verbrauchern ein breites Angebot an Inhalten als Ausdruck unterschiedlicher Standpunkte und Kulturen ermöglicht;
- die Verpflichtung der EU-Regierungen, dafür zu sorgen, dass hörgeschädigte und sehbehinderte Personen verstärkt Zugang zu den audiovisuellen Diensten erhalten;
- ein EU-weites Kennzeichnungs-, Bewertungs- und Filtersystem, das den Erziehungsberechtigten mehr Kontrolle über Programme mit pornographischem oder gewalttätigem Inhalt verleiht.

Die Sozialdemokratische Fraktion ergriff auch die Initiative zu einem Bericht des Parlaments über Medienkonzentration und -pluralismus in der EU, der von Marianne MIKKO (SPE, Estland) erarbeitet und im September 2008 vom Parlament verabschiedet wurde.

In den letzten Jahren hat sich (z. B. im Rundfunk) das kommerzielle Angebot ständig erweitert. Zugleich ist aber die Anzahl der Medienunternehmen zurückgegangen, da immer mehr unabhängige Akteure in den Besitz einer Handvoll von Konglomeraten übergangen. Auf der Grundlage des Berichts MIKKO forderte das Europäische Parlament:

- die Bekanntgabe der Medieneigentümer, um gefährliche Interessenkonflikte zwischen Eigentumskonzentration im Medienbereich und politischer Macht zu vermeiden (wie sie am augenfälligsten unter Berlusconi in Italien zu beobachten sind);
- eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Medienqualität, z. B. zur Gewährleistung der journalistischen und verlegerischen Unabhängigkeit durch geeignete Garantien und zur Unterstützung hochwertiger Dienstleistungen der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten;
- bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten.

Wo sich die anderen uneins waren

Differenzen im rechten Lager: Die EVP-ED lehnte den Inhalt des Berichts weitgehend ab, insbesondere die eindeutige Haltung zur Medienkonzentration, aber auch die Betonung der Unabhängigkeit der Medien von der Politik. Eine von den Sozialdemokraten eingebrachte und von den Liberalen und den Grünen unterstützte Entschließung wurde im September 2008 mit 307 zu 262 Stimmen angenommen, während die EVP-ED-Fraktion mit ihrer schwachen eigenen Entschließung allein auf weiter Flur stand und eine deutliche Niederlage einstecken musste.

Unsere künftigen politischen Ziele

Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich auch weiterhin für mehr Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen im Medienbereich einsetzen, sich gegen Monopole aussprechen, höhere journalistische Standards einfordern und hochwertige öffentlich-rechtliche Programme fördern sowie unsichere Arbeitsbedingungen in der Medienbranche bekämpfen. Wir werden uns für das europäische audiovisuelle Modell einsetzen, das auf der Koexistenz öffentlich-rechtlicher und kommerzieller Anbieter beruht, um den Pluralismus zu sichern und die Meinungsfreiheit zu

garantieren; den öffentlichen Zugang zu neuen Diensten (wie „Video on demand“) sicherstellen und dafür sorgen, dass kulturell und wirtschaftlich wertvolle Inhalte den ihnen gebührenden Platz erhalten.

HERAUSFORDERUNG KLIMAWANDEL

Die Zusagen der EU in Sachen Klimaschutz

Die Europäische Union hatte sich 2007 eine Reihe ehrgeiziger Ziele gesetzt, um den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 % zu senken. Für den Fall, dass im Dezember 2009 auf der UN-Konferenz in Kopenhagen eine internationale Nachfolgeregelung zum Kyoto-Protokoll zustande kommt, hat sich die EU dazu verpflichtet, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 30 % zu reduzieren.

Darüber hinaus hat die EU zugesagt, den Einsatz erneuerbarer Energien bis 2020 um 20 % zu steigern, wobei 10 % der erneuerbaren Energien auf das Verkehrswesen entfallen sollen.

EP und Rat verabschieden Rechtsakte zur Einhaltung der EU-Klimaschutzzusagen:

Im Jahr 2008 ergriffen das EP und der Rat gesetzgeberische Maßnahmen, um die Vorgaben zu erreichen und der Welt zu beweisen, dass Europa ein verantwortungsvoller und glaubwürdiger Partner ist. Das Klimaschutzpaket der EU ist weltweit ohne Beispiel, denn ansonsten hat sich kein Land rechtsverbindliche Ziele für die Senkung der Emissionen im Zeitraum 2013-2020 gesetzt.

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament half mit, einen Kompromiss auszuhandeln, der die Vorreiterrolle Europas im Kampf gegen den Klimawandel als größte Bedrohung der Menschheit mit dem Streben nach Verringerung der energiepolitischen Abhängigkeit verband. Nach unserer Ansicht ist der Schlüssel zum Erfolg die Herstellung des **richtigen Verhältnisses zwischen Umweltschutz und Sicherung der Arbeitsplätze** durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Investitionen in alternative Energieträger.

Sozialdemokratische Erfolge beim Klimaschutzpaket

Emissionshandel:

- Es gilt eine harmonisierte und sinkende Obergrenze, die dafür sorgt, dass die EU ihr Emissionsziel erreicht.
- Angehoben wurde die Höhe der Erlöse aus Versteigerungen, die für die Schaffung anspruchsvoller „grüner“ Arbeitsplätze und entsprechende Umschulungsmaßnahmen, für Forschung und Entwicklung in erneuerbare Energien und für die Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Bewältigung des Klimawandels aufgewendet werden.
- Alle Branchen werden Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Emissionen zu senken, wobei einige Industriezweige mit hohem CO₂-Ausstoß Unterstützung (in Form kostenloser Zertifikate) erhalten, um ihnen die Umstellung zu erleichtern.

Lastenteilung:

- Die Mitgliedstaaten müssen bis 2020 bei der Emissionssenkung die Zielmarke von 20 % erreichen, sich zugleich aber auf eine Zielvorgabe von 80 % für das Jahr 2050 einstellen. Das System basiert auf einer Lastenteilung, bei der die einzelnen Länder entsprechend ihren Möglichkeiten zur Erreichung des Ziels beitragen.
- Das EP hat einen Sanktionsmechanismus für Mitgliedstaaten eingeführt, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Wenn ein Mitgliedstaat das Jahresziel verfehlt, wird die Messlatte im Folgejahr noch höher angesetzt.

Erneuerbare Energieträger:

- Es wurden Anreize für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger gesetzt, was dazu beitragen wird, dass bis 2020 in diesem Bereich 1,6 Millionen „grüne“ Arbeitsplätze entstehen.
- Die Herstellung von Biobrennstoffen muss Nachhaltigkeitskriterien entsprechen, die angemessene soziale Standards für die Arbeitnehmer und einen fairen Preis für die lokalen

Erzeuger von Biobrennstoffen gewährleisten sowie Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise und die Zerstörung des Regenwaldes ausschließen.

- Anreize für die Verbreitung neuer Technologien und für die Entwicklung von Biobrennstoffen der zweiten Generation werden befürwortet.
- Es werden Elektrofahrzeuge entwickelt, bei denen unterschiedliche Arten von erneuerbaren Energien zum Einsatz kommen.

Kraftfahrzeuge und CO₂-Emissionen

- Den Autoherstellern werden Anreize geboten, ihre Produktion auf schadstoffärmere und umweltfreundlichere Fahrzeuge umzustellen.
- Neufahrzeuge werden 2020 im Durchschnitt nur noch 95g/km CO₂ ausstoßen.

Ergebnis der Abstimmung über das Paket (17. Dezember 2008):

Emissionshandel: 610 dafür; 60 dagegen, Enthaltungen: 29

| | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|---------------|-------------------|---------------------|---------------------|
| EVP-ED | 224 | 29 | 4 |
| SPE | 195 | 0 | 0 |
| ALDE | 86 | 0 | 2 |
| GRÜNE | 37 | 0 | 0 |
| GUE | 30 | 4 | 4 |

In dieser äußerst wichtigen Frage erwies sich die Sozialdemokratische Fraktion als die Fraktion mit der grössten Homogenität und ermöglichte (mit Unterstützung der Grünen) die Annahme der Entschliessung. Die EVP-ED-Fraktion war sich nicht einig – die Vorsitzende des ITRE-Ausschusses (Niebler) stimmte gegen den Vorschlag.

Lastenteilung: 555 dafür, 93 dagegen, 60 Enthaltungen

| | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|---------------|-------------------|---------------------|---------------------|
| EVP-ED | 252 | 3 | 6 |
| SPE | 181 | 11 | 7 |
| ALDE | 87 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 1 | 37 | 1 |
| GUE | 0 | 11 | 27 |

Die Grünen stimmten gegen ihre eigene Berichterstatterin (Hassi), und die GUE enthielten sich zu guter Letzt, was von mangelnder Reife oder mangelnder Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung zeugt.

Erneuerbare Energien

635 dafür; 25 dagegen, 25 Enthaltungen

| | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|---------------|-------------------|---------------------|---------------------|
| EVP-ED | 235 | 4 | 6 |
| SPE | 199 | 0 | 0 |
| ALDE | 86 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 37 | 0 | 0 |
| GUE | 32 | 3 | 3 |

Die Mitte-Rechts-Parteien waren gespalten. Ouzky (Vorsitzender des ENVI-Ausschusses) enthielt sich der Stimme. Die extreme Rechte und die Antieuropäer stimmten dagegen. Die Sozialdemokratische Fraktion, Liberale und Grüne stimmten mit Ja.

Kraftfahrzeuge/CO₂

559 dafür, 90 dagegen, 60 Enthaltungen

| | Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|---------------|-------------------|---------------------|---------------------|
| EVP-ED | 247 | 2 | 12 |
| SPE | 175 | 5 | 20 |
| ALDE | 84 | 5 | 1 |
| GRÜNE | 2 | 0 | 37 |
| GUE | 0 | 28 | 10 |

Dies war vermutlich die umstrittenste Frage des ganzen Pakets. Berichterstatter Guido Sacconi (SPE, Italien), der in unserer Fraktion die Federführung innehatte, mobilisierte im EP mit Erfolg eine große Mehrheit für eine ausgewogene und doch ehrgeizige Lösung, die umwälzende Veränderungen in der Automobilindustrie bewirken wird, womit diese sich im 21. Jahrhundert als innovative und umweltfreundliche Branche profilieren kann.

Unser Erfolg

Die Sozialdemokratische Fraktion hat in der Frage des Klimawandels kontinuierlich einen in sich schlüssigen und verantwortungsvollen Standpunkt eingenommen.

Im Gegensatz zu den Mitte-Rechts-Kräften machten wir uns für die Ausgewogenheit der Vorschläge stark, damit sie einerseits auf die Bekämpfung des Klimawandels zielten und andererseits auf die Unterstützung der europäischen Industrie bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen sowie auf die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wettbewerbsfähigkeit Europas. In schwierigen Zeiten wie diesen ist das von besonderer Bedeutung.

Unsere künftigen politischen Ziele

1. Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung über die Bekämpfung des Klimawandels nach 2012 in Kopenhagen
2. Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass die Europäische Union im Rahmen der internationalen Vereinbarungen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 30 % senken kann
3. Das Wahlprogramm der SPE für 2009 hat die „Rettung unseres Planeten“ zu einem Schwerpunktthema der Wahlen erklärt. Uns geht es dabei um:
 - die Einhaltung der Zielvorgaben für die Senkung des CO₂-Ausstoßes und die Gestaltung einer nachhaltigen, unabhängigen und sicheren Energieversorgung für Europa
 - Investitionen in anspruchsvolle „grüne“ Wachstumsbranchen
 - Maßnahmen auf allen Ebenen, damit die Bürger die Herausforderungen des Klimawandels auf kostengünstige und sozialverträgliche Art und Weise meistern können
 - eine Vorreiterrolle auf globaler Ebene, um sowohl für die Industriestaaten als auch für die Entwicklungsländer Lösungen auf der Basis einer gerechten Lastenverteilung zu finden.

REFORM DER AGRARPOLITIK

Die unter der Bezeichnung „Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)“ vorgenommene Generalüberprüfung hatte zum Ziel:

- **Bewertung** und Fortsetzung der 2003 beschlossenen grundlegenden Reform der GAP;
- **Vorbereitung** der GAP auf neue Herausforderungen wie Klimawandel, Wassermanagement und Bioenergie;
- **Anpassung** der GAP an die internationalen Handelsregelungen (WTO).

Der Gesundheitscheck brachte Veränderungen auf drei Hauptgebieten mit sich:

- dem **Direktzahlungssystem** – Beihilfen für Landwirte, als erste Säule der GAP bezeichnet
- den **Instrumenten der Marktsteuerung** – öffentliche Intervention, Milchquoten, Flächenstilllegungen und Ausfuhrerstattungen
- der **Entwicklung des ländlichen Raums** (der zweiten Säule der GAP) – zur Bewältigung neuer Herausforderungen.

Die Sozialdemokratische Fraktion spielte bei diesen Themen eine zentrale Rolle. Ihre Strategie war Gegenstand des Dokuments *„Landwirtschaft und der ländliche Raum: Konfrontation mit der Gegenwart in Vorbereitung auf die Zukunft“*, das im Oktober 2007 in Madrid beschlossen wurde. Sie bildete die Grundlage aller Verhandlungen über den GAP-Gesundheitscheck. Berichterstatter für das Gesetzgebungspaket war Fraktionsmitglied Luis Manuel Capoulas Santos, Sprecher der Fraktion im Landwirtschaftsausschuss des EP. Angesichts der Bedeutung des Themas behandelte die französische Präsidentschaft das Europäische Parlament und den Rat als gleichberechtigte Partner, obwohl es sich offiziell nicht um ein Mitentscheidungsverfahren handelte.

Die Sozialdemokraten waren tonangebend bei den Bemühungen, die liberale Position der Europäischen Kommission zu konterkarieren, indem sie dafür sorgten, dass zwischen der Anpassung der GAP an die neuen Herausforderungen und an das internationale Umfeld einerseits und dem Schutz der Landwirte und der Umwelt andererseits die Gewichte richtig verteilt wurden.

Das unten näher erläuterte Ergebnis lautete wie folgt:

1. Der Vorschlag zu den Direktzahlungen erhielt zwei Drittel der abgegebenen Stimmen (441 von 660).
2. Der Vorschlag zu den Instrumenten der Marktsteuerung vereinigte 383 der 636 abgegebenen Stimmen auf sich (60 %).
3. Der Vorschlag zur ländlichen Entwicklung erhielt 510 der 644 abgegebenen Stimmen (79 %).

1. DIREKTZAHLUNGEN

Es wurde eine Reihe grundlegender Beschlüsse gefasst, darunter folgende:

BEITRAG FÜR SEKTOREN MIT SPEZIFISCHEN PROBLEMEN

Die Sozialdemokraten sorgten dafür, dass die Mitgliedstaaten über einen größeren Spielraum verfügen und bis zu 10 % der Mittel zur Bewältigung spezifischer Probleme in Sektoren wie dem Rindfleisch-, Milch-, Schaf- und Ziegen Sektor einsetzen können.

Der Rat verwarf den sozialdemokratischen Vorschlag, zusätzlich fünf Prozent für die Versicherung gegen Pflanzen- und Tierseuchen, Klimarisiken und Naturkatastrophen vorzusehen.

➤ **Gekoppelte und entkoppelte Beihilfen**

Mit der GAP-Reform von 2003 wurde die „Entkopplung“ der Direktzahlungen an die Landwirte eingeführt und damit die Bindung dieser Zahlungen an eine bestimmte Produktion aufgehoben. Dennoch haben die Mitgliedstaaten nach wie vor die Möglichkeit, in bestimmten strukturschwachen Sektoren manche Zahlungen weiterhin an die Produktion zu „koppeln“.

Mit Unterstützung der anderen politischen Gruppierungen und des Rates bremsten die Sozialdemokraten die übertrieben marktliberalen Vorschläge der Europäischen Kommission. Diese wollte vollends mit gekoppelten Zahlungen Schluss machen und sie in die einheitliche Betriebsprämie einfließen lassen.

Schließlich einigte man sich darauf, die Mutterkuhprämie sowie die Schaf- und Ziegenprämie vom allgemeinen Grundsatz der völligen Entkopplung auszunehmen. In anderen Sektoren wurde die vollständige Entkopplung zeitlich gestreckt.

➤ **Konditionalität der Beihilfegewährung**

Die Sozialdemokraten sprachen sich dafür aus, Beihilfen für die Landwirtschaft von der Erfüllung bestimmter Anforderungen in den Bereichen Umweltschutz, Tierschutz und Lebensmittelqualität abhängig zu machen. Landwirte, die diese nicht erfüllen, müssen mit einer Kürzung der Beihilfen rechnen.

2. INSTRUMENTE DER MARKTSTEUERUNG

Die derzeitigen Instrumente zur Preisstützung, die für die ursprünglich sechs Mitgliedstaaten der EU konzipiert wurden, müssen den Erfordernissen einer aus 27 Staaten bestehenden Gemeinschaft angepasst werden, zumal Überproduktion herrscht und die Weltlage sich grundlegend verändert hat.

Die Kommission wollte anfänglich für die meisten Sektoren überhaupt keine Interventionen mehr vorsehen, und es ist den Sozialdemokraten zu verdanken, dass dieses Konzept für eine totale Liberalisierung verworfen wurde.

In der endgültigen Einigung bleibt die Rechtsgrundlage für das Interventionssystem erhalten, beispielsweise für Hartweizen, Reis, Gerste und Sorghum. Auch im Milchsektor werden weiterhin Interventionen erfolgen, wozu der offizielle Aufkauf von bis zu 30 000 t Butter und 109 000 t Milchpulver gehört.

➤ **Milchquoten**

Von Anfang an betonten die Sozialdemokraten die Notwendigkeit, bei der Abschaffung der Milchquoten, die für 2015 geplant ist, eine „weiche Landung“ sicherzustellen. Die abschließende Einigung sieht im Zeitraum 2009-2014 fünf jährliche Anhebungen der Quote um ein Prozent vor. Hinzu kommen unterstützende Maßnahmen für Erzeuger, die vermutlich von den Quotenerhöhungen betroffen sind. Einigen Mitgliedstaaten wird dabei ein gewisser Spielraum eingeräumt, so etwa im Falle Italiens die Möglichkeit, die Quote in der Anfangsphase stärker zu erhöhen.

➤ **Flächenstilllegungen**

Die Lebensmittelkrise veranlasste die Sozialdemokraten, an der Entscheidung gegen Flächenstilllegungen festzuhalten.

➤ **Ausfuhrerstattungen**

In dem Bemühen, die Agrarpolitik in Übereinstimmung mit den WTO-Regelungen zu bringen, verabschiedete das Europäische Parlament einen sozialdemokratischen Vorschlag zur Abschaffung der Ausfuhrerstattungen bei Getreide und Reis (die in den letzten Jahren ohnehin

spürbar abgenommen haben und nur einen minimalen Wert aufweisen). Der Rat akzeptierte diese Vorschläge jedoch nicht.

➤ **Risiko- und Krisenmanagement**

Unter dem Druck der Sozialdemokratischen Fraktion verständigten sich das EP und der Rat auf neue Instrumente (Versicherungen und Krankenkassen), um ein besseres Risikomanagement zu gewährleisten.

Zum Ausgleich der wirtschaftlichen Verluste, die auf Klimaextreme, Tier- oder Pflanzenseuchen oder Parasitenbefall zurückzuführen sind, wurde ein erhöhter Finanzbeitrag der EU beschlossen.

3. ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Die GAP sollte so gestaltet werden, dass sie die gegenwärtigen Veränderungen berücksichtigt und neue Herausforderungen bewältigen kann.

Der Haushaltsrahmen für die Agrarpolitik wurde bis 2013 festgelegt. Die einzige Möglichkeit, zusätzliche Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums zu erschließen, ist die Modulation, d. h. der Mitteltransfer von der ersten Säule (Direktzahlungen) auf die zweite Säule (Entwicklung des ländlichen Raums).

Mit Unterstützung des Rates haben die Sozialdemokraten den obligatorischen Modulationsfaktor um fünf Prozent über die bereits beschlossenen fünf Prozent auf zehn Prozent angehoben. Hinzu kommt eine zusätzliche Modulation von vier Prozent für Landwirte, die mehr als 300 000 EUR erhalten.

Auf diese Weise können vier neue Aufgaben finanziert werden: 1) die Bekämpfung des Klimawandels, 2) der Erhalt der biologischen Vielfalt, 3) das Wassermanagement, 4) die Nutzung von Bioenergie. Das Europäische Parlament fügte noch zwei weitere Handlungsfelder hinzu: 1) Innovationen in den genannten vier Bereichen und 2) die Anpassung des Milchsektors. Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen aus dem Gemeinschaftshaushalt wurde auf 75 % erhöht, bei den Konvergenzregionen auf 90 %.

Die im Zuge des Gesundheitschecks gebilligten Reformen werden auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die GAP mit konkreten Maßnahmen auf das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Europäische Konjunkturprogramm reagiert.

MEHR OFFENHEIT, DEMOKRATIE UND EFFIZIENZ IN DER EU

Die EU muss noch schlagkräftiger werden, wenn sie die vor uns stehenden Herkulesaufgaben bewältigen will, nicht zuletzt die globale Finanzkrise, den Klimawandel und die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Wir können nicht erwarten, dass Strukturen, die vor über 50 Jahren für einen gemeinsamen Markt von sechs Mitgliedstaaten geschaffen wurden, auch bei einer viel größeren, facettenreicheren und komplexeren Union von 27 Staaten mit insgesamt 500 Millionen Einwohnern reibungslos funktionieren.

Um eine größere Bürgernähe zu erreichen, muss die EU offener werden und ihre Entscheidungen einer klaren demokratischen Kontrolle und Nachprüfung unterwerfen. Im Zeitalter globaler Interdependenz muss sie fähig sein, mit einer Stimme zu sprechen. Nationalisten, Euroskeptiker, Isolationisten und offen europafeindliche Kräfte haben keine Antworten auf globale Fragen.

Unser Erfolg

Das geschlossene und konsequente Vorgehen der Sozialdemokratischen Fraktion hat uns in die Lage versetzt, auf die Debatte über die künftige Marschroute Europas mehr Einfluss zu nehmen, als unsere Zahl vermuten ließe. Andere Fraktionen, insbesondere die EVP-ED, sind sich in Grundfragen der Zukunft Europa uneins und gerieren sich wie bloße Zusammenschlüsse nationaler Interessengruppen.

Ein neuer Vertrag für das neue Europa

Die Sozialdemokratische Fraktion war Motor der EP-Aussprache über die Reform der EU-Strukturen. Der dem EP 2004 unterbreitete Bericht Corbett/Mendez de Vigo über den Verfassungsvertrag enthielt die Forderung nach mehr Effizienz, demokratischer Rechenschaftspflicht und Transparenz der EU. Unsere aktive Rolle (der Bericht stieß bei unseren Mitgliedern auf fast einhellige Zustimmung, während andere Fraktionen gespalten waren) sorgte dafür, dass das EP dem Vertrag sehr schnell sein Placet erteilte. Zugleich organisierten wir zur stärkeren Einbeziehung der Öffentlichkeit eine Reihe von Bürgerforen zum Reformbedarf der neuen und erweiterten Union.

Während des gesamten Prozesses ging es vor allem darum, die institutionellen Fragen möglichst rasch zu klären und die Rolle der EU bei der Bewältigung globaler Herausforderungen und bei der Gestaltung eines sozialen Europas hervorzuheben.

Der im Juni 2007 vorgelegte Bericht Baron/Brok zur Roadmap über die Fortführung des Verfassungsprozesses der Union war ein klares Signal des EP an die Adresse des Europäischen Rates in Berlin. Wir begrüßten den Durchbruch bei den festgefahrenen Verfassungsgesprächen und die Stärkung der Demokratie durch größere Befugnisse für das EP, kritisierten aber zugleich die größere Kompliziertheit der Sprache und der beschlossenen Verfahren. Der Bericht wurde mit 459 zu 141 Stimmen bei 32 Enthaltungen angenommen. Einmal mehr zeigte sich unsere Fraktion geschlossen, während andere Gruppen keine einheitliche Auffassung vertraten.

Im Bericht Corbett/Mendez de Vigo vom Februar 2008 billigte das EP den Vertrag von Lissabon und brachte zum Ausdruck, dass die Union dadurch demokratischer und zukunftsfähig wird. Überdies lobte es die effektivere Entscheidungsfindung in der EU. Der Bericht wurde mit 527 zu 113 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen.

Der Europäische Rat vom Dezember 2008 stellte die Weichen für den Fortgang der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der EP-Debatte und auch sonst die Belange der Bürger und das Anliegen eines sozialen Europas obenan stehen. Beim irischen Referendum wurde der Vertrag nicht zuletzt deswegen abgelehnt, weil man befürchtete, das soziale Europa könnte auf der Strecke bleiben.

Nach einigen Wochen des Zögerns, das aus der Sorge rührte, das in Irland anstehende Referendum möglicherweise negativ zu beeinflussen; hielt das Europäische Parlament in seiner letzten Plenarsitzung am Donnerstag, den 7. Mai 2009 eine Aussprache und Abstimmung über fünf Schlüsselberichte zum Vertrag von Lissabon ab.

Diese Berichte setzen sich mit der neuen institutionellen Balance, der neuen Rolle und den neuen Zuständigkeiten des Parlaments, der Beziehung zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten und der Implementierung der Bürgerinitiative auseinander. Das Europäische Parlament nahm alle diese Berichte mit einer klaren Mehrheit an. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich aktiv an der Erstellung und Abänderung dieser Berichte beteiligt, so dass die endgültigen Texte unsere Position in diesen wichtigen Fragen widerspiegeln.

Bericht über die neuen Aufgaben und Zuständigkeiten des Parlaments bei der Umsetzung des Vertrags von Lissabon (Leinen, SPE-DE).

Durch die Annahme dieses Berichts mit 441 Ja-Stimmen, 77 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen, begrüßten die MdEP die Tatsache, dass der neue Vertrag, das Parlament, bis auf einige wenige Ausnahmen, gleichberechtigt mit dem Rat als Gesetzgeber stellt, auch in Schlüsselbereichen wie dem Haushalt, der Landwirtschaft, und Justiz- und Inneres.

Der Bericht über die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die Entwicklung des institutionellen Gleichgewichts der Europäischen Union (DEHAENE, EVP-BE) wurde mit 363 Ja-Stimmen, 93 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen angenommen. Der Bericht formuliert zahlreiche Empfehlungen und unterstreicht, dass der Vertrag von Lisabon die Institutionen der Union in ihren jeweiligen Kompetenzen stärkt.

Der Bericht über die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon (BROK, EVP-DE) wurde mit 379 Ja-Stimmen, 65 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen angenommen. Die MdEP erhoffen sich besonders eine neue Reform des "pre-legislativen und des post-legislativen" Dialogs mit den Nationalparlamenten, sobald der Vertrag von Lisabon in Kraft tritt.

Bericht mit der Aufforderung an die Kommission zur Unterbreitung eines Vorschlags für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung der Bürgerinitiative (KAUFMANN, GUE-DE). Der Bericht wurde mit 380 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen und 29 Erhaltungen angenommen. Das Parlament ruft die Kommission dazu auf, einen Vorschlag für eine Verordnung zur Bürgerinitiative sofort nach dem der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt vorzulegen.

Weitere Beiträge unserer Fraktion

- die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments und die Förderung der Bereitschaft anderer Institutionen, noch vor Inkrafttreten des neuen Vertrags Demokratiedefizite abzubauen;
- Offenheit und Transparenz mit vollständigem Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der Institutionen, darunter solchen des Rates, wenn er als Gesetzgeber fungiert;
- Erweiterung der Rolle des Bürgerbeauftragten;
- Förderung der Transparenz durch starke Einflussnahme auf den EP-Bericht über Lobbyismus und
- Partnerschaft und Dialog zwischen nichtstaatlichen Organisationen und EU-Institutionen, insbesondere im Bericht von Genowefa Grabowska über den Ausbau des zivilen Dialogs.

Unionsbürgerschaft

Für uns bildet die Grundrechtecharta das Herzstück unseres rechtsstaatlichen demokratischen Systems. Der Bericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Jo Leinen über die Charta der Grundrechte der Europäischen Union enthielt den Auftrag, die Charta am 12. Dezember 2007 im Plenarsaal feierlich zu verkünden.

GLEICHBERECHTIGUNG IM ENTSCHEIDUNGSPROZESS: VON DER QUOTE ZUR PARITÄT

Die Fraktion ist sehr besorgt über die ungleiche Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen. Frauen sind in der Politik wie auch in der Wirtschaft unterrepräsentiert. Somit besteht auf europäischer Ebene und darüber hinaus ein Demokratiedefizit. Die EU hat seit langem die Notwendigkeit erkannt, die Gleichstellung der Geschlechter in Entscheidungsgremien zu fördern. Der Ministerrat unterbreitete den Mitgliedstaaten 1996 eine Empfehlung, Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Mitwirkung am Entscheidungsprozess einzuleiten. Die Kommission fördert grenzüberschreitende Projekte und hat eine Datenbank eingerichtet, um statistische Daten bereitzustellen, Verbesserungen zu erfassen und die Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter zu verfolgen.

Unser Erfolg

Der vom Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter vorgelegte Jahresbericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern schildert die aktuelle Lage und registriert alle Anzeichen für Verbesserungen. Im Bericht, der 2008 von der sozialdemokratischen Berichterstatterin Iratxe García Pérez vorgelegt wurde, hieß es, dass Frauen weiterhin auf allen Ebenen in den Entscheidungsgremien unterrepräsentiert seien und dass die Parteien unbedingt konkrete Maßnahmen ergreifen sollten, um die Lage zu verbessern. Besonders herausgestellt wurden die positiven Auswirkungen von politischen Quotenregelungen zur stärkeren Einbeziehung von Frauen.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Teresa Riera Madurell verfasste einen Bericht zur Umsetzung und Anwendung der Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen. Ihr Fazit lautete, dass die Richtlinie in den Mitgliedstaaten nicht vollständig umgesetzt wird, so dass die Bürger – insbesondere die Frauen – daraus nicht den vollen Nutzen ziehen können.

Die Fraktion beging den Internationalen Frauentag im März 2009 mit einer Konferenz unter dem Motto „50-50: Von der Quote zur Parität“, an der Vertreter mehrerer sozialdemokratischer Parteien sowie der Zivilgesellschaft teilnahmen, um die Lage in den Mitgliedstaaten zu erörtern und die Bedeutung dieses Themas für die Europawahlen hervorzuheben.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Unter der entschlossenen Führung von Zita Gurmai, MdEP, hat die Fraktion aktiv an der Erstellung des SPE-Wahlprogramms mitgewirkt, indem ein Schwerpunkt auf das Eintreten für die Gleichstellung der Geschlechter gelegt wird und die von Kommissarin Wallström mitgetragene „50/50-Kampagne für Demokratie“ der Europäischen Frauenlobby unterstützt wird. Im Rahmen dieser Kampagne werden die Entscheidungsträger aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer auf den Kandidatenlisten für die Europawahlen gleichgewichtig vertreten sind und dass Frauen mit hohen Positionen in den europäischen Institutionen betraut werden. Zudem unterstützt die Fraktion mit Nachdruck die von der sozialdemokratischen Abgeordneten Christel Schaldemose ins Leben gerufene Kampagne „Females in Front“. Wir werden auch weiterhin von den Regierungen fordern, die Gleichstellungsdefizite innerhalb unserer eigenen Strukturen deutlich abzubauen, damit wir mit gutem Beispiel vorangehen und andere überzeugen können.

Wo andere uneins sind

Die Sozialdemokratische Fraktion befürwortet nachdrücklich Quotenregelungen als Mittel zur Überwindung dieser Situation und plädiert für Quoten wie in Norwegen, wo laut Gesetz 40 % der

Mitglieder von Unternehmensvorständen weiblich sein müssen. Dem widersetzt sich die EVP-ED systematisch.

Unsere künftigen politischen Ziele

In der laufenden Wahlperiode hat die Fraktion den Anteil weiblicher MdEP weiter erhöht. Gegenwärtig besteht sie zu 41,4 % aus Frauen und zu 58,6 % aus Männern. Dagegen machen in der EVP-ED-Fraktion die Frauen 24 % aus, die Männer 76 %. Die SPE-Parteien mit ihren Quotenregelungen werden sich bemühen, diese Werte bei allen Wahlen zu überbieten. Diskriminierung ist noch immer an der Tagesordnung. Unsere Fraktion wird für weitgehende Verbesserungen bei der Umsetzung und Anwendung der Richtlinie zur Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes sowie der Antidiskriminierungs-Richtlinie eintreten.

NULLTOLERANZ BEI GEWALT GEGEN FRAUEN

Die Sozialdemokratische Fraktion ist gegen jegliche Form von Gewalt. Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt sind überwiegend Frauen. Dies ist eine Verletzung der grundlegenden Rechte auf Leben, Sicherheit, Freiheit und Würde. Wir sind der Ansicht, dass die Verletzung dieser Rechte weder toleriert noch entschuldigt werden darf. Es bedarf der Prävention und diese setzt Bildung und Wissen, den Aufbau von Netzwerken und Partnerschaften sowie den Austausch bewährter Verfahren voraus. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um auf Gewohnheit oder Tradition beruhende fehlgeleitete Einstellungen und Praktiken zu beseitigen, darunter weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsehen und Ehrenmorde.

Unser Erfolg

Die Fraktion drängt die Kommission beständig, die Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt noch wirksamer zu gestalten. Wir fordern bessere Rechtsvorschriften, um den Ursachen beizukommen, die Prävention und die Unterstützung der Opfer zu verbessern, die Bevölkerung zu sensibilisieren und gelungene Praxisbeispiele zu verbreiten.

Das entsprechende Förderprogramm der Kommission, DAPHNE, gewährt Finanzhilfen an NRO, die Kinder, Jugendliche und Frauen unterstützen, die Opfer physischer, sexueller und psychischer Gewalt geworden sind. Es gelang uns, den Vorschlag von Kommissar Frattini, das DAPHNE-Programm mit dem Programm zur Drogenbekämpfung zusammenzulegen, zu Fall zu bringen. Das Ergebnis ist ein schlagkräftiges Anti-Gewalt-Programm.

Die sozialdemokratische Berichterstatterin Lissy Gröner verteidigte DAPHNE III mit Erfolg und hatte bei den harten Verhandlungen mit dem Rat über das Programm für den Zeitraum 2007-2013 die Federführung inne. Der konsequenten Haltung der Berichterstatterin sind die Anhebung des Finanzrahmens auf 116 Mio. EUR sowie weitere Verbesserungen wie die Einrichtung einer Beratungsstelle und eines Expertengremiums zu verdanken.

Wo wir viel bewirkten

Die Fraktion erreichte eine gemeinsame Erklärung von EP und Rat, wonach diese ein Europäisches Jahr der Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen in Erwägung ziehen wollen. Sie wird darauf hinwirken, dass diese Absichtserklärung in die Tat umgesetzt wird.

Die sozialdemokratische Berichterstatterin Christa Prets, die mit Berichten über den Handel mit Frauen und Kindern zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung befasst war, trat aktiv gegen geschlechtsspezifische Gewalt auf und vertrat die Sozialdemokratische Fraktion sowie das Europäische Parlament bei internationalen Konferenzen und Kampagnen zu diesem Thema, so bei der 2008 vom Europarat durchgeführten Kampagne gegen häusliche Gewalt.

Überdies begeht die Sozialdemokratische Fraktion den 25. November als Internationalen Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen und sensibilisiert die Öffentlichkeit mit Veranstaltungen oder Erklärungen für dieses Thema.

Wo andere uneins waren

Die Fraktion möchte, dass die Kommission einen Straftatbestand „geschlechtsspezifische Gewalt“ schafft, damit effektiver dagegen vorgegangen werden kann. Die EVP-ED lehnt dies ab.

Unsere künftigen politischen Ziele

Wir werden uns auch künftig mit geschlechtsspezifischer Gewalt auseinandersetzen und ein wirksames Vorgehen gegen häusliche Gewalt in den Mitgliedstaaten fördern. Auch werden wir weiterhin darauf hinwirken, dass die Kommission eine Rechtsgrundlage für die Bekämpfung

geschlechtsspezifischer Gewalt schafft und dem Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder ein Europäisches Jahr widmet.

GEGEN RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Die EU gründet sich auf humanistische Werte und auf die Werte der Toleranz, des Multikulturalismus und des Schutzes der Grundrechte. Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gehört zu unseren Prioritäten, und das unter Achtung der Grundrechtecharta, in der die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit unter Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung verankert ist.

Die Kommission legte im November 2001 einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Langwierige Diskussionen waren notwendig, damit der Rat dem Druck des Europäischen Parlaments und insbesondere der sozialdemokratischen Berichterstatterin, Martine Roure, nachgab. Anfang 2007 ergriff sie die Initiative und verfasste eine Empfehlung an den Rat, die eine Definition unzulässiger Verhaltensweisen enthielt, und richtete damit eine klare politische Botschaft an den Rat. Nach der nahezu einstimmigen Annahme dieser Empfehlung durch den LIBE-Ausschuss wurde das Europäische Parlament auf der Grundlage einer politischen Einigung, die unter deutscher Ratspräsidentschaft erzielt wurde, erneut konsultiert.

Die Sozialdemokraten sind zufrieden, dass der Rat schließlich zu einer Einigung über einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gelangt ist. Die Mitgliedstaaten müssen harmonisierte strafrechtliche Sanktionen (von einem bis zu drei Jahren) für die Aufstachelung (durch eine natürliche oder juristische Person) zu Hass und Gewalt, einschließlich durch die Verteilung von Schriften, Fotografien oder anderen Materialien, gegen eine nach den Kriterien der Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft definierte Gruppe von Personen oder gegen ein Mitglied einer solchen Gruppe einführen. Auch die gröbliche Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen sollte „durch wirksame, verhältnismäßige und abschreckende strafrechtliche Sanktionen geahndet werden können“.

Ogleich dies ein erster wichtiger Schritt ist, sind die Sozialdemokraten besorgt darüber, dass der Anwendungsbereich der Rahmenrichtlinie eingeschränkt wurde.

- Anders als im ursprünglichen Vorschlag der Kommission vorgesehen, stellen Beleidigungen oder die Leitung einer rassistischen Gruppe keine Straftatbestände dar.
- Mit der Einschränkung des Anwendungsbereichs durch Hinzufügen von Artikel 1 Absatz 1f wird ein Teil des religiös motivierten Rassismus ausgenommen.
- In Bezug auf die öffentliche Billigung, Leugnung oder gröbliche Verharmlosung wurde die Notwendigkeit hinzugefügt, dass das beanstandete Verhalten „wahrscheinlich zu Hass oder Gewalt aufstachelt“ (Absatz 1 Buchstaben c und d von Artikel 1).

Die Sozialdemokraten haben vorgeschlagen, einen Absatz mit einer Absicherungsklausel hinzuzufügen, um zu gewährleisten, dass der Rahmenbeschluss nicht zu einer Aushöhlung des bestehenden Schutzes, wie er in Artikel 6 der Richtlinie betreffend die Rasse festgelegt ist, oder zu einem niedrigeren Schutzniveau als demjenigen, das im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung garantiert ist, führt.

Die Sozialdemokraten betonen, dass die EU anlässlich der nach einem Zeitraum von drei Jahren vorgesehenen Überprüfung des Rahmenbeschlusses noch einen Schritt weiter gehen muss.

EIN EUROPÄISCHES SOZIALMODELL FÜR ALLE

SCHLUSS MIT ÜBERLANGEN ARBEITSZEITEN

Durchschnittliche Arbeitswoche von 48 Stunden

Mit der Neuregelung der Arbeitszeit erzielte die Sozialdemokratische Fraktion in der laufenden Wahlperiode einen ihrer größten Erfolge. Bei der entscheidenden Abstimmung über die Arbeitszeit-Richtlinie in zweiter Lesung stimmten die europäischen Gesetzgeber mit großer Mehrheit dafür, überlange Arbeitszeiten für Millionen von Arbeitnehmern in der ganzen EU zu untersagen, womit ein Schlupfloch geschlossen wurde, das es einigen Regierungen ermöglichte, die Vorschriften durch die „Opt-out“-Regelung zu umgehen.

Unser großer Erfolg

Bei den Verhandlungen unter Federführung des sozialdemokratischen Berichterstatters Alejandro CERCAS (SPE, Spanien) gelang es, die rechtsgerichteten Fraktionen EVP-ED und ALDE zu spalten und bei den Abstimmungen im Parlament einen eindrucksvollen Sieg zu erringen. Bei jedem Änderungsantrag brachten die Sozialdemokraten eine Mehrheit zustande, die deutlich über der „qualifizierten Mehrheit“ (393) lag, wie sie zur Aushebelung der Position des Ministerrats notwendig war, wonach Millionen von Arbeitnehmern weiterhin der Schutz verwehrt geblieben wäre.

Stattdessen stimmten die europäischen Gesetzgeber für eine durchschnittliche Arbeitswoche von 48 Stunden ohne „Opt-out“-Regelung für einzelne Mitgliedstaaten. Am Tag vor der entscheidenden Abstimmung demonstrierten etwa 15.000 Arbeitnehmer aus ganz Europa zusammen mit führenden sozialdemokratischen Europaabgeordneten auf den Straßen von Straßburg und forderten Arbeitszeiten, die weder die Gesundheit noch die Sicherheit beeinträchtigen. Das Parlament änderte den Entwurf der Arbeitszeit-Richtlinie ab und sorgte für:

- den **Schutz aller Arbeitnehmer vor überlangen Arbeitszeiten**, die ihre Gesundheit und Sicherheit gefährden
- die **Anerkennung von Bereitschaftsdienst** am Arbeitsplatz als Arbeitszeit
- neue Informations- und Konsultationsrechte bei der Gestaltung der Arbeitszeit, wobei auch Tarifverhandlungen eine Rolle spielen
- **neue Rechte für Arbeitnehmer, damit sie ihre Arbeitszeit mit ihren familiären und sonstigen Pflichten in Einklang bringen können.**

Unsere politischen Ziele jenseits aller Legenden

Das historische Votum des Europäischen Parlaments entspricht dem Standpunkt der Sozialdemokratischen Fraktion, wonach Obergrenzen für die Arbeitszeit eine Frage der Gesundheit und Sicherheit sind, was auch vom Europäischen Gerichtshof anerkannt wurde. Folglich müssen sie von allen europäischen Regierungen eingehalten werden, um die Arbeitnehmer vor Erkrankungen und Unfällen zu schützen, die nachweislich mit anhaltend langen Arbeitszeiten im Zusammenhang stehen, und die europäische Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb im Binnenmarkt zu schützen. Die neue Richtlinie zielt auch auf die Steigerung der europäischen Wettbewerbskraft, denn alle Indizien sprechen dafür, dass Arbeitnehmer mehr leisten, wenn ausreichende Ruhezeiten vorgesehen sind.

Der von Alejandro CERCAS vermittelte Standpunkt des Parlaments belässt ausreichend Spielraum, um Stoßzeiten bei der Gestaltung der Arbeitszeit gebührend zu berücksichtigen. Beispielsweise nimmt die neue Regelung auf Arbeitnehmer Rücksicht, die mehrere Wochen oder

Monate lang mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiten müssen, denn die Referenzperiode für die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt jetzt 12 Monate.

Ergebnis der entscheidenden Abstimmungen – Auslaufen der “Opt-out“-Regelung (Änderungsantrag 16)

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|-----------|---------------------|------------|---------------------|------------|
| EVP-ED | 83 | 33 | 166 | 66 | 4 | 1 |
| SPE | 188 | 94 | 11 | 5,5 | 1 | 0,5 |
| ALDE | 29 | 32 | 58 | 65 | 3 | 3 |
| GRÜNE | 37 | 95 | 2 | 5 | 0 | 0 |
| GUE | 38 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| IND/DEM | 6 | 32 | 11 | 58 | 2 | 10 |
| NI | 13 | 46 | 15 | 54 | 0 | 0 |
| UEN | 27 | 71 | 10 | 26 | 1 | 3 |

Ergebnis der entscheidenden Abstimmungen – Bereitschaftsdienst (Änderungsantrag 9pc)

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|-----------|---------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 190 | 74 | 64 | 25 | 4 | 1 |
| SPE | 183 | 92 | 13 | 7 | 2 | 1 |
| ALDE | 74 | 82 | 13 | 15 | 3 | 3 |
| GRÜNE | 38 | 95 | 2 | 5 | 0 | 0 |
| GUE | 39 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| IND/DEM | 7 | 37 | 10 | 53 | 2 | 10 |
| NI | 17 | 61 | 10 | 36 | 1 | 3 |
| UEN | 28 | 72 | 10 | 26 | 1 | 2 |

Unsere künftigen politischen Ziele

Der Kampf ist noch nicht vorüber!

Nachdem sich das Parlament im Dezember 2008 auf ganzer Linie gegen die Position des Rates durchgesetzt hatte, wird damit gerechnet, dass Ende Januar 2009 Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und den EU-Ministern aufgenommen werden, um zu einer Einigung der beiden Institutionen zu gelangen und die gesetzliche Regelung über die durchschnittliche Arbeitswoche von 48 Stunden unter Dach und Fach zu bringen.

Nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen zwischen Parlament und Rat kam der Vermittlungsausschuss zur Arbeitszeitrichtlinie am Abend des Montag, 27. April 2009, zu seiner dritten Sitzung zusammen. Nach viereinhalb Stunden Verhandlung lehnte die Delegation des Parlaments das letzte Angebot des Rats mit 0 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen ab. Es sei darauf hingewiesen, dass das Parlament während der Dauer der Verhandlungen mehrere Kompromisstexte vorgelegt hat, die alle vom Rat als nicht akzeptabel zurückgewiesen wurden. Darüber hinaus ist dies das erste Mal seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam, dass im Vermittlungsverfahren zwischen Europaparlament und Ministerrat keine Einigung gefunden werden konnte.

MODERNES ARBEITSRECHT FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

Das Parlament verabschiedete 2007 einen Bericht, in dem es ausführlich seinen Standpunkt zur **Reform des europäischen Arbeitsrechts** darlegte, sowie einen damit im engen Zusammenhang stehenden Bericht über den sogenannten **Flexicurity-Ansatz** der Europäischen Kommission auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik, der theoretisch Flexibilität für die Arbeitgeber mit Sicherheit für die Arbeitnehmer kombiniert. In Wirklichkeit sahen aber rechte Politiker beide Berichte als Gelegenheiten, um die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte voranzutreiben.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten – Spaltung des rechten Lagers

Angesichts einer rechten Mehrheit im derzeitigen Europäischen Parlament erkannte die Sozialdemokratische Fraktion, dass sie im Falle dieser beiden Berichte nur dann eine Chance hatte, die Arbeitnehmerrechte zu verteidigen, wenn sie zu 100 % geschlossen auftrat. Beim Arbeitsrecht-Bericht ermächtigten alle sozialdemokratischen Abgeordneten den Sprecher der Fraktion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Stephen HUGHES (UK), Änderungsanträge im Namen der gesamten Fraktion zu stellen. Mit diesem Mandat war er in der Lage, Änderungsanträge einzubringen, die so geartet waren, dass sie das rechte Lager spalteten und bei fast allen wichtigen Abstimmungen eine Mehrheit herbeiführten. Beim Flexicurity-Bericht gelang es dem sozialdemokratischen Berichtersteller CHRISTENSEN (DK) ebenfalls, die rechten Kräfte auseinanderzudividieren und eine siegreiche Mehrheit hinter sich zu scharen.

Der Begriff „Flexicurity“ hat bei den Bürgern Ängste ausgelöst. Allzu oft war dies lediglich ein Trick, um Unternehmen den Personalabbau zu erleichtern, ohne dass den Arbeitnehmern dafür eine Gegenleistung geboten wurde. Im Jahre 2007 schlug die Europäische Kommission einen Katalog von gemeinsamen Grundsätzen für Flexicurity vor, die angeblich für einen Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sorgten, doch in Wirklichkeit hatte die Flexibilität einen viel höheren Stellenwert als die Arbeitsplatzsicherheit. Der Sozialdemokratischen Fraktion gelang es mit ihrem Erfolg im Europäischen Parlament, eine grundlegende Verbesserung des unzulänglichen Vorschlags durchzusetzen.

Rechtliche Absicherung in Kernfragen durchgesetzt

In den letzten Jahren haben sich in Europa neue und unsichere Arbeitsverhältnisse rasant ausgebreitet. Als Reaktion darauf wurde in den beiden EP-Berichten der Grundsatz verankert, dass im EU-Arbeitsrecht und in der Arbeitsmarktpolitik der Vertrag über eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung die Norm ist. Auch wurde das Bekenntnis der EU zu einer angemessenen rechtlichen Absicherung aller Arbeitnehmer bekräftigt. Hier einige Kernpunkte:

- **„...jedem Arbeitsverhältnis, ob Nichtstandard- oder anderen Arbeitsverhältnissen, unabhängig vom spezifischen Beschäftigungsstatus, [müssen] gewisse Mindestrechte zugrunde liegen...**, zu denen folgende gehören: Gleichbehandlung, Gesundheitsschutz und Sicherheit der Beschäftigten sowie Arbeitszeit-/Ruhezeitregelungen, Vereinigungs- und Vertretungsfreiheit, das Recht auf Tarifverhandlungen, kollektive Maßnahmen sowie Zugang zur Fortbildung“. – *Arbeitsrecht-Bericht*
- Förderung **sowohl der Beschäftigungssicherheit als auch der Arbeitsplatzsicherheit** (Die Kommission wollte Beschäftigungssicherheit auf der Basis von Umschulungsmöglichkeiten, Arbeitsvermittlung usw. zu Lasten der Arbeitsplatzsicherheit). – *Flexicurity-Bericht*

- Beibehaltung des **traditionellen Modells unbefristeter Arbeitsverträge**, das die Grundlage der sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten und das Kernstück der gesamten EU-Beschäftigungspolitik bildet. - *Flexicurity-Bericht*
- Förderung des Konzepts „**menschenwürdige Arbeit**“ und **Vorgehen gegen missbräuchliche Arbeitspraktiken**, insbesondere bei atypischen Beschäftigungsformen, sowie Recht auf Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung; - *Flexicurity-Bericht*

Ergebnis der Schlussabstimmung über den Arbeitsrecht-Bericht

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|-----------|---------------------|----------|---------------------|-----------|
| EVP-ED | 203 | 92 | 12 | 5 | 6 | 3 |
| SPE | 138 | 82 | 8 | 5 | 23 | 13 |
| ALDE | 79 | 95 | 4 | 5 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 27 | 84 | 1 | 3 | 4 | 13 |
| GUE | 0 | 0 | 17 | 47 | 19 | 53 |
| IND/DEM | 6 | 43 | 6 | 43 | 2 | 14 |
| NI | 6 | 86 | 1 | 14 | 0 | 0 |
| UEN | 18 | 90 | 2 | 10 | 0 | 0 |
| ITS | 2 | 17 | 10 | 83 | 0 | 0 |

Ergebnis der Schlussabstimmung über den Flexicurity-Bericht

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|-----------|---------------------|----------|---------------------|-----------|
| EVP-ED | 215 | 94 | 6 | 3 | 8 | 3 |
| SPE | 152 | 83 | 13 | 7 | 18 | 10 |
| ALDE | 81 | 98 | 2 | 2 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 1 | 3 | 24 | 68 | 10 | 29 |
| GUE | 0 | 0 | 24 | 83 | 5 | 17 |
| IND/DEM | 3 | 16 | 15 | 79 | 1 | 5 |
| NI | 10 | 40 | 8 | 32 | 7 | 28 |
| UEN | 34 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |

GEGEN 86-STUNDEN-WOCHEN FÜR SELBSTÄNDIGE KRAFTFAHRER/INNEN

Die Sozialdemokratische Fraktion hat zusammen mit einer starken Mobilisierung der Gewerkschaften im Mai 2009 Erwartungen auf eine EP-Mehrheit vereitelt, so dass der Kommissionsvorschlag zur Änderung der Richtlinie zur Arbeitszeit im Bereich des Straßentransports abgelehnt wurde. Die vorgeschlagene Gesetzgebung, die von der EVP und der tschechischen Präsidentschaft unterstützt wurde, hätte zu einer 86-Stunden-Arbeitswoche für selbständige Kraftfahrer/innen führen können. Das Europäische Parlament hat jedoch mit 332 Stimmen dafür und 307 Stimmen dagegen den Änderungsantrag der Sozialdemokraten zur Zurückweisung des Richtlinienentwurfs angenommen.

Dieser Entschluss des EPs bedeutet, dass die bestehende Richtlinie (15/2002) jetzt sowohl für angestellte als auch für selbstständige Fahrer/innen gültig ist - und die potentielle Bedrohung von Verkehrssicherheit und der Gesundheit am Arbeitsplatz, in Form übermüdeeter Fahrer/innen am Steuer von Nutzfahrzeugen, aus dem Weg geräumt wurde. Über ganz Europa haben Gewerkschaften diesen Parlamentsbeschluss als großen Sieg begrüßt.

"Für uns ist es wichtig, dass alle Kraftverkehrsunternehmer/innen gleich behandelt werden", erklärte Stephen Hughes, SPE-Fraktionssprecher für Sozialpolitik. Herr Hughes fügte hinzu: "Wenn es um die Gesundheit der Arbeitnehmer/innen und die Straßenverkehrssicherheit geht, müssen alle gleichberechtigt behandelt werden. Eine Annahme des Kommissionsvorschlags hätte zu einer nicht akzeptierbaren Diskriminierung zwischen angestellten und selbstständigen Lastwagenfahrern geführt. Es hätte den Weg für Sozialdumping geebnet".

Ergebnisse der Endabstimmung

| | Ja- Stimmen | % | Nein- Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------------------|------------|--------------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 22 | 10 | 200 | 89 | 1 | 1 |
| SPE | 187 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 18 | 26 | 50 | 70 | 3 | 4 |
| GRÜNE | 38 | 99 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| GUE | 32 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| IND/DEM | 1 | 1 | 12 | 99 | 0 | 0 |
| NI | 16 | 70 | 7 | 30 | 0 | 0 |
| UEN | 18 | 56 | 14 | 43 | 1 | 1 |

NEUE RECHTE FÜR LEIHARBEITER

Zu den sogar im Vertrag verankerten Hauptzielen der EU im Beschäftigungsbereich gehören die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer und die Bekämpfung unsicherer Arbeitsverhältnisse. Leiharbeiter machen etwa 2 % der Erwerbstätigen aus – in manchen Mitgliedstaaten wesentlich mehr – und ihre Zahl steigt ständig. Bislang werden ihnen viele Rechte verwehrt, die den meisten Arbeitnehmern zustehen. Ohne das Recht auf Arbeitsplatzsicherheit sehen sie sich mit prekären Verhältnissen und Ausbeutung konfrontiert.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Im Oktober 2008 verabschiedete das Europäische Parlament eine stark von der Sozialdemokratischen Fraktion geprägte gesetzliche Regelung, in der das Recht von Leiharbeitnehmern in der ganzen Europäischen Union auf Gleichbehandlung mit festangestellten Mitarbeitern anerkannt wird. Die Sozialdemokraten drückten dem ganzen Verfahren von Anfang bis Ende ihren Stempel auf. Der ursprüngliche Vorschlag wurde von Ieke van den Burg (SPE, Niederlande) verfasst, und bei den abschließenden Verhandlungen hatte Harlem Désir (SPE, Frankreich) die Federführung inne.

Unser Erfolg

Die Sozialdemokratische Fraktion forderte die Gleichbehandlung der Leiharbeitnehmer vom ersten Arbeitstag an, während der Ministerrat dafür war, die neuen Rechte auf Arbeitnehmer zu beschränken, die ihre Tätigkeit bereits mehrere Monate ausüben. Der Rat blockierte sechs Jahre lang den gesamten Vorschlag, weil sich die Mitgliedstaaten nicht einig waren. Intensiver Druck seitens des Parlaments und der Gewerkschaftsbewegung führte schließlich dazu, dass der Rat das Gros der Vorschläge des Parlaments aufgriff, vor allem die Gleichbehandlung von Anfang an, wobei sich die Sozialpartner in den einzelnen Mitgliedstaaten auch wahlweise auf eine begrenzte Wartezeit, und die Einbeziehung des Arbeitsentgelts in die Definition der grundlegenden Arbeitsbedingungen einigen können.

Wo andere uneins waren

Um der Gefahr einer Schwächung oder erneuten Blockade der Leiharbeits-Richtlinie durch den Rat in der nächsten Stufe des Gesetzgebungsverfahrens zu entgehen, drückte unsere Fraktion angesichts der Meinungsverschiedenheiten bei der EVP-ED und bei den Liberalen die Richtlinie ohne Änderungsanträge durch. Deshalb wurde sie dem Rat nicht erneut vorgelegt. Sie ist jetzt EU-Recht und muss bis 2011 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden.

GRUNDLEGENDE ARBEITSRECHTLICHE VORSCHRIFTEN IN DER AUFTRAGSVERGABEKETTE

Das Europäische Parlament in Straßburg forderte die Europäische Kommission auf, ein klar umrissenes Rechtsinstrument zur Einführung der gesamtschuldnerischen Haftung auf europäischer Ebene zu entwickeln. Die Sozialdemokratische Fraktion errang einen entscheidenden Sieg für die Arbeitnehmer, denn nur durch den Grundsatz der gesamtschuldnerischen Haftung können wir sicherstellen, dass die Sozial- und Arbeitsrechte der Arbeitnehmer in ganz Europa gesichert sind. Die Einführung der gesamtschuldnerischen Haftung stellt eine wichtige Rechtsetzungsinitiative bei der Vollendung des Binnenmarktes für Arbeitnehmer wie für Unternehmen dar. Ohne sie könnten diejenigen, die sich an die Regeln halten, illegalen Strukturen nicht standhalten. Kleine Unternehmen bieten hier die größte Angriffsfläche.

Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegenüber der Presse, dass er die vom Europäischen Parlament verabschiedete Entschließung nachdrücklich unterstützt. Der Vorsitzende des EGB erklärte:

„Dieses Thema ist von sehr großer Bedeutung als Bestandteil eines Pakets, mit dem dafür gesorgt wird, dass sich der Binnenmarkt für Dienstleistungen in einem Kontext der sozialen Verantwortung entwickelt. Die Festsetzung klarer Regeln, die einen unlauteren Wettbewerb in Bezug auf Löhne, Arbeitsbedingungen, Steuern und Sozialabgaben verhindern, liegt nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch der Unternehmen und insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, die derzeit unter einem derartigen unlauteren Wettbewerb leiden. Wir fordern die Kommission mit Nachdruck auf, jetzt die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“

Bei der Vergabe von Unteraufträgen war in der EU in den letzten Jahrzehnten ein Boom zu verzeichnen, und zwar nicht nur im Bausektor, sondern auch in anderen Branchen wie der Reinigungsindustrie, dem Verkehrswesen, dem Fremdenverkehr und der Schiffbauindustrie. Obwohl die Unterauftragsvergabe für ein Unternehmen häufig eine Möglichkeit ist, um Fachkräfte flexibel einzusetzen, hat sie auch zu Problemen geführt, vor allem bei grenzüberschreitenden Ketten, denn lange Ketten von Unterauftragnehmern öffnen dem Missbrauch Tür und Tor. Bei Unteraufträgen geht es nicht nur um Arbeitskräfte. Auch die damit zusammenhängenden gesetzlichen und finanziellen Verpflichtungen, so die Einhaltung der Normen für Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben werden damit ebenfalls an die Unterauftragnehmer und Beschäftigungsagenturen ausgelagert. Es ist bedenklich, dass die Vergabe von Unteraufträgen zunehmend als Möglichkeit zur Verringerung der unmittelbaren sozialen Verantwortung genutzt wird.

Die Anwendung der Vorschriften in grenzüberschreitenden Unterauftragsprozessen ist besonders schwierig, wenn in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Systeme gelten. Deshalb fordert das Parlament jetzt von der Kommission, eine Folgenabschätzung zum Mehrwert und zur Durchführbarkeit eines Gemeinschaftsinstruments zur Regelung der Kettenhaftung durchzuführen, um so die Transparenz bei der Vergabe von Unteraufträgen zu verbessern. Nach Meinung der Europaabgeordneten sollte der in einem solchen Instrument vorgesehene Haftungsumfang zumindest die Löhne, die Sozialversicherungsbeiträge, die Steuern und Schäden im Zusammenhang mit Arbeitsunfällen umfassen.

Außerdem betont das Parlament, dass Anreize geschaffen werden müssen, damit Unternehmen in guter Absicht alle angemessenen Maßnahmen treffen, um Verstöße gegen das Arbeitsrecht durch Unterauftragnehmer zu beseitigen, beispielsweise Zertifizierungssysteme und Verhaltenskodizes, was Meldungen an die Behörden ebenso einschließt wie die Kündigung eines Vertrags mit einem Unterauftragnehmer, der illegale Praktiken anwendet, um die Möglichkeit der gesamtschuldnerischen Haftung für diesen Verstoß zu umgehen.

Wo wir eine führende Rolle spielten

Der Bericht wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Lasse Lehtinen verfasst, doch nach der erfolgreichen Abstimmung im Ausschuss wurde dem Plenum von der EVP-ED-Fraktion ein alternativer Entschließungsantrag vorgelegt, in dem alle Forderungen nach Entwicklung eines klar umrissenen Rechtsinstruments für die gesamtschuldnerische Haftung gestrichen waren. Die Konservativen sind natürlich seit jeher gegen die Einhaltung grundlegender arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Kette der Auftragsvergabe!

Die Sozialdemokratische Fraktion ergriff sofort Gegenmaßnahmen und brachte mit den Grünen und der Mehrheit der ALDE (sowie mit stillschweigender Unterstützung der GUE) einen gemeinsamen Entschließungsantrag ein. Nach lebhafter Lobbyarbeit wurde schließlich der progressive Entschließungsantrag mit 321 zu 235 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Wieder einmal spielte der Fraktionszusammenhalt eine sehr wichtige Rolle bei diesem Sieg. Das im Folgenden aufgeführte **Abstimmungsergebnis weist eine deutliches Rechts-Links-Gefälle auf**.

Ergebnis der Schlussabstimmung (progressive gemeinsame Entschließung)

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|-------------|---------------------|------------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 6 | 1,9 | 203 | 86,4 | 1 | 9,1 |
| SPE | 160 | 49,8 | 1 | 0,4 | 0 | 0 |
| ALDE | 64 | 20 | 5 | 2,1 | 1 | 9,1 |
| GRÜNE | 33 | 10,3 | 2 | 0,9 | 1 | 9,1 |
| GUE | 21 | 6,5 | 1 | 0,4 | 1 | 9,1 |
| IND/DEM | 4 | 1,2 | 7 | 3,0 | 2 | 18,2 |
| NI | 5 | 1,6 | 12 | 5,1 | 4 | 36,3 |
| UEN | 28 | 8,7 | 4 | 1,7 | 1 | 9,1 |

ERMÄSSIGTE MEHRWERTSTEUER FÜR ARBEITSINTENSIVE DIENSTLEISTUNGEN

Laut Mehrwertsteuer-Richtlinie von 1999 ist es zulässig, auf eine begrenzte Zahl von arbeitsintensiven Dienstleistungen ermäßigte MwSt.-Sätze anzuwenden. Zunächst war nur eine Erprobungsphase von drei Jahren vorgesehen, in der die Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Eindämmung der Schattenwirtschaft eingeschätzt werden sollte.

Ermäßigte MwSt.-Sätze kommen in Betracht für

- Reparaturdienstleistungen an Fahrrädern, Schuhen und Lederwaren, Kleidung und Haushaltswäsche (einschl. Ausbesserung und Änderung) sowie Renovierung und Reparatur von Privatwohnungen;
- Reinigung von Fenstern und Reinigung in privaten Haushalten;
- häusliche Pflegedienste, z. B. Haushaltshilfe und Betreuung von Kindern sowie älteren, kranken und behinderten Personen;
- Friseurdienste.

Neun Mitgliedstaaten beantragten, diese Möglichkeit bis 2003 eingeräumt zu bekommen. Der Zeitraum wurde dann mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Fraktion bis Ende 2005 verlängert.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Unter Federführung der Sozialdemokratischen Fraktion verabschiedete das EP im November 2005 eine Entschließung, in der der Rat aufgefordert wurde, die Regelung noch einmal bis Ende 2006 zu verlängern. Es sollte eine umfassende Bewertung der Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und die Wirtschaft insgesamt erfolgen. Die Fraktion sprach sich auch für die Einbeziehung neuer Mitgliedstaaten in die Ausnahmeregelung aus.

Unser Erfolg

Nachdem die Kommission 2007 eine überarbeitete Richtlinie vorgelegt hatte, die eine dauerhafte Ermäßigung der Mehrwertsteuer ermöglichte, verabschiedete das EP einen Bericht, in dem es seine Zustimmung zum Ausdruck brachte und den Standpunkt vertrat, dass eine ermäßigte Mehrwertsteuer den betreffenden Unternehmen auch weniger Anreize für eine Verlagerung von Tätigkeiten in die Schattenwirtschaft bietet.

Abstimmungsergebnis

| Gegenstand | NA usw. | Abstimmung | NA/EA-Bemerkungen |
|-----------------------------|---------|------------|-------------------|
| einzigste Abstimmung | NA | + | 582, 9, 25 |

Als dann die Kommission 2008 vorschlug, den Anwendungsbereich der Richtlinie zu erweitern, damit mehr Waren und Dienstleistungen für eine ermäßigte MwSt. in Frage kommen, setzte sich die Sozialdemokratische Fraktion an die Spitze der Befürworter dieser Initiative und sorgte dafür, dass sie im EP eine breite Mehrheit fand.

Die Mitgliedstaaten verfügen jetzt über mehr Spielraum, wenn sie in Ergänzung zu anderen Maßnahmen steuerliche Hebel ansetzen wollen, insbesondere in Bereichen, in denen keine Binnenmarktgründe gegen unterschiedliche Sätze sprechen. Im Grunde geht es darum,

- dass sich jeder Bürger Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs leisten kann;
- dass die Erbringung lokaler Dienstleistungen sowie ihre Rolle in der offiziellen Wirtschaft gestärkt werden.

Unsere künftigen politischen Ziele

Wir werden natürlich auch weiterhin für diese ermäßigten Sätze eintreten und ihre Ausweitung auf alle Mitgliedstaaten fördern, die an dieser Möglichkeit interessiert sind, weil sie bestimmte Wirtschaftsbereiche unterstützen wollen.

SCHUTZ DER ARBEITNEHMER/INNEN BEI AUSLANDSAKTIVITÄTEN VON UNTERNEHMEN

Sozialdemokraten setzen bei wichtiger Abstimmung Arbeitnehmerrechte durch

Eine Reihe von Urteilen, die der Europäische Gerichtshof 2007 und 2008 fällte, hat bei den europäischen Arbeitnehmern Besorgnis ausgelöst und Unklarheiten im EU-Recht zutage gefördert. Diese haben dazu geführt, dass Binnenmarktregelungen einen höheren Stellenwert genießen als das Recht der Arbeitnehmer auf Gleichbehandlung und dass die ILO-Übereinkommen über das Recht zu Kollektivverhandlungen und den Schutz des Vereinigungsrechts ausgehebelt werden. Die Urteile in den Rechtssachen Viking, Laval, Ruffert und Luxemburg¹ stellen auch ein Kernprinzip der Subsidiarität in Frage, wonach die Mitgliedstaaten ohne äußere Einmischung die jeweiligen Systeme für Tarifverhandlungen festlegen.

Als Antwort auf diese Urteile hat die Sozialdemokratische Fraktion eine Kampagne zur Überarbeitung und Klarstellung aller einschlägigen Aspekte des europäischen Rechtsrahmens in die Wege geleitet. Wir überzeugten das Europäische Parlament davon, einen ausführlichen Bericht über den Änderungsbedarf in Auftrag zu geben, und Jan ANDERSSON (SPE, Schweden), den Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses des EP, mit der Abfassung des Berichts zu betrauen.

Wo andere uneins waren

Am 22. Oktober verabschiedete das Parlament den Bericht mit einer deutlichen Mehrheit (474 zu 106 Stimmen bei 93 Enthaltungen), da sich die EVP-ED-Abgeordneten und die Liberalen nicht einig waren. Das EP forderte die Kommission auf, vor allem die Entsenderichtlinie der EU zu überprüfen und Gesetzesinitiativen einzubringen, um einen klaren Rechtsrahmen zu schaffen, der sich an folgenden Grundsätzen orientiert:

- **Wirtschaftliche Freiheiten wie die Dienstleistungsfreiheit stehen nicht über sozialen Grundrechten** wie dem Recht der Gewerkschaften, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen.
- **Die Gewerkschaften haben das Recht, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen**, um Nichtdiskriminierung, Gleichbehandlung und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder sicherzustellen.

Im Bericht wird zudem gefordert, dass im Primärrecht das Gleichgewicht zwischen den Grundrechten und den wirtschaftlichen Freiheiten erneut festgestellt wird, um so ein Wettrennen um niedrigere Sozialstandards zu verhindern. Vor allem darf die Ausübung der Grundrechte, wie sie von den Mitgliedstaaten und in der Grundrechtecharta anerkannt sind, nicht gefährdet werden.

¹ Im Dezember 2007 befand der EuGH, dass kollektivrechtliche Maßnahmen der Gewerkschaften gegen die Viking Line, die ein Schiff ausgeflaggt hatte, um Tarifverträge zu umgehen, das Recht der Reederei auf grenzüberschreitende Tätigkeit einschränke. Im zweiten Falle hatte eine Gewerkschaft zum Streik aufgerufen, um einen Tarifvertrag zu verteidigen, den die Baufirma Laval nicht anerkennen wollte. Im dritten Fall, der Rechtssache Ruffert, wurde das Recht staatlicher Stellen, bei Ausschreibungen von Bietern zu verlangen, dass sie Löhne nach dem ortsüblichen Tarif zahlen, als Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit gewertet. Im vierten Fall verklagte die Kommission Luxemburg, weil es gefordert hatte, dass ausländische Dienstleister bestimmte inländische Beschäftigungsstandards einhalten.

Ergebnis der Schlussabstimmung

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------|-----------|--------------|----------|--------------|-----------|
| EVP-ED | 189 | 76 | 42 | 17 | 17 | 7 |
| SPE | 160 | 87 | 2 | 1 | 22 | 12 |
| ALDE | 53 | 60 | 26 | 29 | 10 | 11 |
| GRÜNE | 35 | 95 | 0 | 0 | 2 | 5 |
| GUE | 1 | 3 | 8 | 22 | 27 | 75 |
| IND/DEM | 5 | 33 | 8 | 53 | 2 | 14 |
| NI | 6 | 21 | 12 | 41 | 11 | 38 |
| UEN | 25 | 71 | 8 | 23 | 2 | 6 |

Unser Erfolg

Dass es der Sozialdemokratischen Fraktion gelungen ist, die Urteile in den Rechtssachen Viking, Laval, Rüffert und Luxemburg auf die Tagesordnung des Europäischen Parlaments zu setzen und Unterstützung für eine tiefgreifende Reform des europäischen Rechts zu gewinnen, wurde nicht nur von der europäischen Gewerkschaftsbewegung gewürdigt und begrüßt, sondern auch von NRO, von der Parteibasis und Funktionären. John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), äußerte sich der Presse gegenüber wie folgt:

„Dem EP ist es gelungen, einen Kompromiss zu finden, der das europäische Sozialmodell bewahrt und die Systeme der Arbeitsbeziehungen in den Mitgliedstaaten schützt. Ich möchte all jenen MdEP danken, die sich über die Bedeutung dieser Frage für die Zukunft Europas im Klaren sind und sich mit Nachdruck für die Annahme dieses Berichts eingesetzt haben. Ein fairer Wettbewerb zwischen den Unternehmen und die Einhaltung von Tarifverträgen sind Anliegen, die allen Gewerkschaften in Europa gemeinsam sind, sei es in den „alten“ oder „neuen“ Mitgliedstaaten. Insbesondere begrüße ich, dass das EP nach Möglichkeiten sucht, um wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Freiheiten herzustellen. Der EGB fordert die EU-Institutionen erneut auf, ernsthaft und dringlich die Möglichkeit zu prüfen, die EU-Verträge um eine soziale Fortschrittsklausel zu ergänzen.“

Unsere künftigen politischen Ziele

Der Sieg im EP war ein großer Schritt nach vorn, doch der Kampf geht weiter. Nach dem Votum des Parlaments ist jetzt die Europäische Kommission am Zuge. Zahlreiche Mitglieder der gegenwärtigen rechtslastigen Kommission lehnen den Standpunkt des Parlaments ab, und im Januar 2009 teilte die Kommission mit, sie sehe keinen Anlass für eine Gesetzgebungsinitiative. Die Sozialdemokratische Fraktion hat diese Untätigkeit aufs schärfste verurteilt und die Kommission erneut aufgefordert, noch vor den Europawahlen in diesem Jahr konsequente Schritte zu unternehmen. Andernfalls wird dies, **wenn die Sozialdemokratische Fraktion nach den Wahlen an der Bestellung der nächsten Kommission und ihres Präsidenten mitwirkt, eine Kernfrage darstellen, in der wir ein eindeutiges Bekenntnis erwarten.**

Positionspapier der sozialdemokratischen Fraktion zum sozialen Fortschritt

Als Antwort auf die jüngsten Rechtssprechungen des EuGH und den ANDERSSON-Bericht nahm die sozialdemokratische Fraktion ein weitreichendes Positionspapier zum sozialen Fortschritt in Europa an. Wie schon vorher beschrieben haben die Urteile in den Rechtssachen Viking, Laval, Rüffert und zuletzt Luxemburg bewährte Arbeitnehmerrechte und anerkannte soziale Standards der Mitgliedstaaten in Frage gestellt. In diesem Dokument gibt die SPE-Fraktion einige praktische Massnahmen vor, die notwendig sind, um Europa auf einen neuen und besseren Weg zu bringen, hin zu einem neuen, sozialen Europa. Dies ist ein wesentlicher Teil der Forderungen der SPE-

Fraktion und der SPE, die in dem SPE-Manifest 2009 "Der Mensch im Mittelpunkt: Eine neue Richtung für Europa" stehen.

Das Positionspapier erklärt:

“Die SPE-Fraktion setzt sich für eine Klarstellung im EU-Primärrecht dergestalt ein, dass weder wirtschaftliche Grundfreiheiten noch Wettbewerbsregeln Vorrang vor sozialen Grundrechten haben. Wo ein Konflikt besteht, müssen soziale Grundrechte Vorrang haben. Der Weg, um dies rechtlich klar zu verankern, ist ein Sozialprotokoll. Die SPE-Fraktion fordert zudem eine Revision der EU-Entsenderichtlinie. Die Auslegung der Entsenderichtlinie als "Maximalrichtlinie" entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Im Hinblick auf die neuere Auslegung des Europäischen Gerichtshofes muss die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Revision der Richtlinie vorlegen, um Unklarheiten im gegenwärtigen Text zu beseitigen. Ziel muss dabei die rechtliche Festschreibung des Prinzips, "Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort" sein.

Das Positionspapier sagt aus, dass *“um die Einfügung einer Sozialen Fortschrittsklausel in das EU-Primärrecht sowie die Revision der Entsenderichtlinie vorzubereiten und schon jetzt die notwendige politische Klarstellung, Anerkennung und Stärkung sozialer Rechte in der EU sicherzustellen, fordert die SPE-Fraktion alle europäischen Institutionen auf, sich zum sozialen Fortschritt in Europa zu bekennen”.*

Außerdem empfiehlt die SPE-Fraktion *“die Ernennung eines neuen Präsidenten und anderer Mitglieder der Europäischen Kommission - als eine wesentliche Bedingung - von deren Bereitschaft abhängig zu machen, sich auf diese Vereinbarung zum sozialen Fortschritt mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zu verpflichten, im einen weitreichenden Wandel im Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Zielen und Verpflichtungen der Europäischen Union herbeizuführen und dem sozialen Europa einen neuen Impuls zu geben. Der Vorrang von sozialen vor wirtschaftlichen Zielen und die Kohärenz dieser Ziele müssen sozialen und territorialen Zusammenhalt innerhalb der EU berücksichtigen und sichern, indem - unter anderem - sowohl Chancengleichheit als auch Mobilität der Arbeitskräfte ohne Protektionismus und im Geiste der Solidarität zwischen allen Europäern sichergestellt wird.”*

“Erklärungen zur Verankerung sozialer Grundrechte, ein Soziales Fortschrittsprotokoll und die Revision der Entsenderichtlinie zur Festschreibung des Prinzips "Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort" sind zentrale Forderungen der SPE-Fraktion an die neue Kommission und ihren Präsidenten. Eine gemeinsame Vereinbarung darüber wird ein erster, wesentlicher Schritt auf diesem Wege sein.”

“Die SPE-Fraktion erwartet auch eine zwischen Frauen und Männern ausgewogene Zusammensetzung der Kommission, die die Gesellschaft widerspiegelt. Ein Impuls für das neue, soziale Europa muss sich auch darin manifestieren, endlich die zögerliche Haltung im Bereich der sozialen Gesetzgebung zu beenden, die über einen Grossteil der laufenden Legislaturperiode hinweg kennzeichnend war für die Mehrheit der Kommissionsmitglieder. Die Kommission muss sich verpflichten, mit voller Kraft für eine Beendigung der Blockade von Fortschritten auf den Gebieten wichtiger Sozialgesetzgebung zu kämpfen, wie sie über Jahre seitens des Rates, der Kommission, oder beider Institutionen zu beobachten war.”

Um das vollständige Positionspapier "Für ein Europa des sozialen Fortschritts" zu lesen, öffnen Sie bitte die folgende Website:

<http://www.socialistgroup.eu/gpes/searchdisplay.do?id=129824&lg=en&targetsite=main&type=8>

SCHLUSS MIT JEDER ART VON DISKRIMINIERUNG

Die Grundsätze der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sind die Eckpfeiler unserer Grundrechte und unserer Werteordnung. Die Antidiskriminierungs-Richtlinien der EU haben für eine deutliche Anhebung des Schutzniveaus in der ganzen Union gesorgt und machten auch andernorts Schule.

Das derzeitige Antidiskriminierungsrecht der EU umfasst die direkte und indirekte Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts oder der Rasse und ethnischen Herkunft beim Zugang zu Beschäftigung, allgemeiner und beruflicher Bildung, sozialer Sicherheit, medizinischer Betreuung, Wohnraum sowie Waren und Dienstleistungen. Untersagt ist auch die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf aufgrund der Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuellen Ausrichtung („Richtlinie über die Gleichbehandlung im Bereich der Beschäftigung“). Hingegen wurden auf EU-Ebene keine entsprechenden Regelungen für Bereiche außerhalb des Erwerbslebens getroffen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat immer wieder darauf hingewiesen, dass sie in der EU keine „Hierarchie der Diskriminierung“ akzeptieren kann, bei der bestimmte Formen der Diskriminierung geahndet, andere dagegen toleriert werden. Die Fraktion legte sich besonders dafür ins Zeug, dass die Antidiskriminierungs-Bestimmungen in Artikel 13 des Vertrages ein möglichst weites Feld abdeckten.

Als José Manuel Barroso 2004 Präsident der Kommission wurde, gab er dem Europäischen Parlament die Zusage, sich für eine horizontale Rahmenrichtlinie gegen Diskriminierung außerhalb des Arbeitsplatzes einzusetzen. Diese Zusage erfolgte, nachdem offensichtlich wurde, dass die Fraktion der Kommission ihre Zustimmung verweigern würde, solange ihr Rocco Buttiglione angehörte, der mit homophoben Äußerungen hervorgetreten war. Auf Druck unserer Fraktion wurde Buttigliones Kandidatur zurückgezogen.

Barrosos Versprechen wurde ins Arbeitsprogramm der Kommission für 2008 aufgenommen, und man erwartete, dass die Kommission im Frühjahr 2008 den Entwurf einer horizontalen Richtlinie vorlegen würde. Die Sozialdemokratische Fraktion begrüßte den Vorschlag in ihrem Entschließungsantrag zum Arbeitsprogramm, während die EVP-ED-Fraktion ihn bedauerte. In Berichten hieß es, dass die Richtlinie möglicherweise wegen des Widerstands einiger Mitgliedstaaten gar nicht zustande komme. Es würde stattdessen lediglich eine Richtlinie über die Diskriminierung von Behinderten unterbreitet, während ansonsten nur Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gegeben würden.

Die Sozialdemokratische Fraktion setzte sowohl im informellen Rahmen als auch innerhalb des EP alle Hebel in Bewegung, um die Kommission zur Einhaltung der Zusage Barrosos zu bewegen. Der Bericht Lynne vom 17. April 2008 über die Fortschritte in Bezug auf Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung wurde von unserer Fraktion abgeändert, um die Bedeutung der Tatsache hervorzuheben, dass die neue Richtlinie alle bisher noch nicht berücksichtigten Diskriminierungsformen abdeckt. Der entsprechende Änderungsantrag fand die fast einhellige Zustimmung unserer Fraktion, während die EVP-ED dagegen war und die Liberalen keine einheitliche Position vertraten.

Abstimmungsergebnis

Namentliche Abstimmung zum Bericht Lynne über die Fortschritte in Bezug auf Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU (Umsetzung der Richtlinien 2000/43/EG und 2007/78/EG) am 20.5.2008:

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------|--------------|--------------|-------------|--------------|-----|
| EVP-ED | 13 | 5% | 179 | 73% | 54 | 22% |
| SPE | 191 | 99.5% | 1 | 0.5% | - | - |
| ALDE | 79 | 91% | 7 | 8% | 1 | 1% |
| GRÜNE | 38 | 97% | - | - | 1 | 3% |
| GUE | 35 | 97% | - | - | 1 | 3% |

Unser Erfolg

In Anbetracht der im EP vorhandenen progressiven Mehrheit für einen breit gefassten Text unterbreitete die Kommission am 2. Juli 2008 den Vorschlag für eine Richtlinie, die jegliche Diskriminierung außerhalb des Arbeitsplatzes aufgrund der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung untersagt.

Unsere künftigen politischen Ziele

Die Erörterung des Kommissionsvorschlags im LIBE-Ausschuss hat gerade erst begonnen, und es wird damit gerechnet, dass der Bericht im März 2009 dem Plenum vorgelegt wird. Es sind tiefgreifende politische Auseinandersetzungen mit der EVP-ED zu erwarten. Momentan haben im Rat auch verschiedene Mitgliedstaaten Vorbehalte, die entweder die Gesetzgebungsbefugnis der Gemeinschaft, die mit der Gesetzgebung verbundenen Kosten und sogar die spezifischen Gründe betreffen. Deshalb ist weiterhin eine intensive Lobbyarbeit der Sozialdemokraten erforderlich, damit diese Richtlinie zum Tragen kommt.

Derzeitige Schwerpunkte und zukünftigen Ziele

Die Arbeit zum Kommissionsvorschlag geht voran. Der LIBE-Ausschuss stimmte am 16. März 2009 über den Bericht ab und das Endergebnis fiel für uns Sozialdemokraten größtenteils positiv aus. Wir haben es geschafft, extrem wichtige Konzepte in den Text einzubringen, wie die Konzepte und Definitionen von Mehrfachdiskriminierung, Diskriminierung durch Vereine und den Vorschlag, öffentliches Auftragswesen als ein positives Instrument für Antidiskriminierung zu fördern.

Grosse politische Meinungsverschiedenheiten zwischen SPE und EVP wurden offensichtlich und das besonders in den Bereichen Ausbildung, Familienstand und reproduktive Rechte, Kollektivmaßnahmen, Versicherung und Erbringung von Finanzdienstleistungen. Im Ausschuss stimmten 34 Abgeordnete für den Bericht, sieben dagegen und vier enthielten sich.

In der Plenarsitzung vom 02.04.2009 haben wir es geschafft, unsere im LIBE-Ausschuss erreichten Gewinne zu verteidigen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung, über 1) den Vorschlag der EVP zur Ablehnung des Kommissionsvorschlags und 2) die legislative EntschlieÙung über die Gleichbehandlung von Personen ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung.

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|---|------------|-------|--------------|-------|--------------|------|
| 1) Kommissionsvorschlag | | | | | | |
| EVP-ED | 184 | 78% | 42 | 17.8% | 10 | 4.2% |
| SPE | 6 | 3.3% | 175 | 96% | 1 | 0.7% |
| ALDE | 12 | 14.1% | 71 | 83.5% | 2 | 2.4% |
| GRÜNE | 2 | 5.1% | 36 | 92.5% | 1 | 2.4% |
| GUE | - | | 27 | 93.5% | 2 | 6.5% |
| 2) Endabstimmung Gesetzesvorschlag | | | | | | |
| EVP-ED | 33 | 13.1% | 159 | 62.9% | 61 | 24% |
| SPE | 175 | 99.5% | 1 | 0.5% | - | |
| ALDE | 78 | 91.8% | 5 | 5.8% | 2 | 2.4% |
| GRÜNE | 37 | 97.3% | 1 | 2.7% | - | |
| GUE | 29 | 97% | - | | 1 | 3% |

Gegenwärtig ist der Status der Richtlinie im Rat unklar. Verschiedene Mitgliedstaaten haben Vorbehalte hinsichtlich der Zuständigkeit der EU für die Gesetzgebung, der eventuell anfallenden Kosten und sogar der spezifischen Motive für die Rechtsvorschriften. Deshalb ist weiteres Lobbying durch die Sozialdemokratische Fraktion notwendig damit diese Gesetzgebung angenommen wird.

QUALITATIV HOCHWERTIGE ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN FÜR ALLE

Ein klarer europäischer Rechtsrahmen

Die Sozialdemokratische Fraktion stand innerhalb wie auch außerhalb des EP an vorderster Front der zunehmenden Bemühungen, um einen klaren europäischen Rechtsrahmen für öffentliche Dienstleistungen zu schaffen. Ohne einen solchen Rahmen leidet die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in der EU unter einem erheblichen Maß an Rechtsunsicherheit, die vielfach aus nicht absehbaren Entscheidungen der Europäischen Kommission oder des Gerichtshofs resultiert.

Unser Erfolg

Im Mai trat die Fraktion mit Legislativvorschlägen an die Öffentlichkeit. Mit dieser beispiellosen Initiative wurde eine öffentliche Debatte mit all jenen angestoßen, die unsere Vorstellung von einem Europa teilen, das mehr als ein Markt ist und in dem hochwertige öffentliche Dienstleistungen als unverzichtbar für eine funktionierende Gesellschaft gelten.

Januar 2007: Auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit mit den maßgeblichen europäischen Partnerorganisationen – dem Ausschuss der Regionen (AdR), dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB); dem Europäischen Gewerkschaftsverband für öffentliche Dienste (EGÖD), dem Europäischen Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft, dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR), dem Internationalen Forschungs- und Informationszentrum für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (CIRIEC) und dem Europäischen Verbindungsausschuss für Leistungen der Daseinsvorsorge (CELSIG) – wurde ein informelles Netzwerk zum Thema öffentliche Dienstleistungen eingerichtet, um die Kampagne für mehr Rechtssicherheit auf dem Gebiet der öffentlichen Dienstleistungen in Europa weiterzuführen. Die Sozialdemokratische Fraktion unterzeichnete die entsprechende EGB-Petition, unter die bisher eine halbe Million Bürger ihre Unterschrift gesetzt haben, darunter die Bürgermeister von 10 europäischen Hauptstädten.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

November 2007: Die Europäische Kommission veröffentlichte ihren Standpunkt (Mitteilung und Folgemaßnahmen zu dem 2004 vorgelegten Weißbuch über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse) über die weitere Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens für die Erbringung, Organisation und Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen unter Einschluss von Sozialdienstleistungen im europäischen Binnenmarkt. Damit hat die Sozialdemokratische Fraktion erreicht, dass kein Schlussstrich unter die europäische Debatte über diese zentrale Frage gezogen wird, wie dies konservative und liberale Kreise gehofft hatten.

Ein weiteres greifbares Ergebnis besteht darin, dass sich die 27 Staats- und Regierungschefs darauf verständigten, in den neuen „Vertrag von Lissabon“ ausdrücklich eine Rechtsgrundlage für horizontale gesetzgeberische Maßnahmen aufzunehmen, die sicherstellt, dass die öffentlichen Dienstleistungen in Europa ihrem Auftrag gerecht werden können.

Unsere künftigen politischen Ziele

Sobald die neuen vertraglichen Bestimmungen, darunter das Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse, ratifiziert sind, wird die Politik der EU an Transparenz und Geschlossenheit gewinnen und werden bestimmte gemeinsame Grundsätze und Werte, die der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zugrunde liegen, zum Tragen kommen, und dies unbeschadet der Vielfalt der Leistungen und Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten.

Artikel 14 des Vertrages bringt neue Aufgaben für die EU mit sich und schafft eine neue Rechtsgrundlage für den Erlass von Rechtsvorschriften der Gemeinschaft nach dem Mitentscheidungsverfahren.

Die Sozialdemokratische Fraktion und ihre europäischen Partnerorganisation werden weiter für einen europaweiten Rechtsrahmen für öffentliche Leistungen eintreten, der den Anliegen der Bürger Rechnung trägt. Auf der Basis des Vertrags von Lissabon wird der Vorschlag der Sozialdemokratischen Fraktion für eine Rahmenrichtlinie in den Entwurf einer Verordnung umgewandelt. **Die Fraktion und die SPE werden sich auch künftig für den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen einsetzen, handelt es sich doch um ein Grundrecht und ein Wesensmerkmal des europäischen Sozialmodells.**

EINE SOZIALE DIMENSION FÜR DEN DIENSTLEISTUNGSBINNENMARKT

Nach dreijährigen Verhandlungen verabschiedeten das Parlament und der Rat im Dezember 2006 die Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Richtlinie 2006/123/EG). Diese Maßnahme, die Hemmnisse für die Erbringung von Dienstleistungen aus dem Wege räumen soll, bewirkte die größte öffentliche Kontroverse seit Beginn der Wahlperiode. Die Endfassung trägt im Großen und Ganzen den Befürchtungen Rechnung, die der ursprüngliche Vorschlag der Kommission ausgelöst hatte. Die im Parlament gefundenen Kompromisse bildeten die Grundlage für den abschließenden Kompromiss. Zweifellos war das Ganze ein Sieg für das Parlament.

Die Sozialdemokratische Fraktion und ihre Berichterstatterin Evelyne Gebhardt spielten bei der Aushandlung des Kompromisses eine zentrale Rolle. Durch die Aufnahme bilateraler Gespräche mit der EVP-ED-Fraktion nach der Abstimmung im Binnenmarktausschuss im November 2005 gelang es den Sozialdemokraten, Bewegung in die verhärteten Fronten zu bringen.

Wir erreichten eine breite Mehrheit für folgende Anliegen:

- **Beseitigung aller Risiken für das Recht auf Arbeit** und Beibehaltung der geltenden Regelung für die Entsendung von Arbeitnehmern;
- **Wegfall des Herkunftslandsprinzips**;
- Beschränkung des Anwendungsbereichs der Richtlinie durch die **Ausklammerung von Gesundheitsdienstleistungen, sozialen Dienstleistungen und audiovisuellen Diensten**;
- **Erlangung von Ausnahmeregelungen für öffentliche Dienstleistungen**, auch wenn Dienstleistungen von allgemeinem Interesse nicht ausgenommen sind.

Ermöglicht wurde dieser Erfolg durch die enge und schlagkräftige Zusammenarbeit zwischen dem EGB und unserer Fraktion.

Abstimmungsergebnis, erste Lesung

Schlussabstimmung

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|---------------|------------|------|--------------|------|--------------|------|
| EVP-ED | 186 | 79.5 | 32 | 13.7 | 16 | 6.8 |
| SPE | 136 | 75.6 | 35 | 19.5 | 9 | 4.9 |
| ALDE | 61 | 81.4 | 13 | 17.4 | 1 | 0.2 |
| GRÜNE | 0 | 0 | 38 | 100 | 0 | |
| GUE | 0 | 0 | 39 | 100 | 0 | |
| UEN | 5 | 21.7 | 15 | 65.2 | 3 | 13.1 |
| IND | 5 | 17.8 | 22 | 78.6 | 1 | 3.6 |
| NI | 1 | 4 | 21 | 84 | 3 | 12 |
| GESAMT | 394 | | 215 | | 33 | |

Wichtige Abstimmung über die Ausklammerung sozialer Dienstleistungen:

Wir setzten uns mit Unterstützung eines Teils der Liberalen durch. Dies war nicht Bestandteil des mit der EVP-ED ausgehandelten Kompromisses. Die Annahme erfolgte im endgültigen Text, der in zweiter Lesung verabschiedet wurde.

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|--------|------------|------|--------------|------|--------------|----|
| EVP-ED | 1 | 0.3 | 214 | 71.6 | 20 | 91 |
| SPE | 180 | 54.9 | 1 | 0.3 | | 0 |
| ALDE | 29 | 8.8 | 47 | 15.7 | | 0 |
| GRÜNE | 37 | 11.3 | 1 | 0.3 | | 0 |
| GUE | 39 | 11.9 | | 0 | | 0 |

| | | | | | | |
|---------------|------------|------------|------------|------------|-----------|------------|
| UEN | 9 | 2.7 | 16 | 5.4 | | 0 |
| IND | 19 | 5.8 | 8 | 2.7 | 1 | 4.5 |
| NI | 14 | 4.3 | 12 | 4 | 1 | 4.5 |
| GESAMT | 328 | 100 | 299 | 100 | 22 | 100 |

Unsere künftigen politischen Ziele

Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie bis zum 28. Dezember 2009 umsetzen. Angesichts des fein austarierten Kompromisses und der komplexen Materie müssen die Sozialdemokraten in der Umsetzungsphase weiter auf der Hut sein, damit sich die Mitgliedstaaten und die Kommission an den vereinbarten Text halten. Die Fraktion begann 2008, die Umsetzungsaktionen der Mitgliedstaaten zu verfolgen, insbesondere durch die Abhaltung eines Seminars im Oktober 2008 mit sozialdemokratischen Abgeordneten der nationalen Parlamente.

MEHR INTERKULTURELLE KONTAKTE

Um den Austausch zwischen Menschen mit unterschiedlicher kultureller, sozialer, religiöser, historischer und ökonomischer Prägung zu fördern, erklärte die Europäische Union 2008 zum Jahr des interkulturellen Dialogs.

Nach Auffassung der Fraktion muss der interkulturelle Dialog auf aktiver Bürgerschaft, Selbstbestimmung und der Einbeziehung aller – EU-Bürger und Drittstaatsangehöriger gleichermaßen – in das wirtschaftliche, soziale, kulturelle, religiöse und politische Leben beruhen.

Die Sozialdemokraten engagierten sich für drei Kernfragen:

- **einen Prozess des Dialogs und der Verständigung mit den Muslimen in Europa:** Interne Seminare, Studienreisen und parlamentarische Maßnahmen halfen der Fraktion, in einen Dialog mit europäischen Muslimen zu Vielfalt und Demokratie einzutreten, insbesondere zu Schlüsselproblemen wie Radikalisierung, Bürgerschaft, Mehrfachidentität, politische Teilhabe und Organisation, wirtschaftliche Integration und Rolle der Frau;
- **Überlegungen zu Minderheitenrechten, Populismus und Demokratie:** Es wurden interne Workshops, Studienreisen und Seminare mit akademischen Netzwerken organisiert. Dabei ging es um die Herausforderungen, die sich aus dem wachsenden Populismus und Nationalismus in Ost- und Mitteleuropa und der zunehmenden Missachtung der Minderheitenrechte ergeben. Dies veranlasste die Fraktion, ein Buch mit dem Titel „Democracy, Populism and Minority Rights“ zu veröffentlichen;
- **Eintreten für eine Roma-Strategie der EU:** Interne Workshops, öffentliche Konferenzen, Studienreisen und parlamentarische Initiativen rückten die zunehmend schwierige Situation der Roma-Minderheit in mehreren EU-Staaten in den Blickpunkt. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Integration und die Bekämpfung der Diskriminierung zu fördern. Wir sprachen uns dafür aus, dass die EU eine echte Strategie für die Roma in Europa erarbeitet. Unsere Fraktion brachte zwei vom EP angenommene Entschlüsse ein, die in der Kommission zu ersten Überlegungen über die Festlegung einer Strategie führten, deren Kernpunkte der soziale Zusammenhalt, die Beschäftigung, die allgemeine und berufliche Bildung, die Antidiskriminierung und die Freizügigkeit sind.

BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Umsetzung der Lissabon-Agenda

Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter von zentraler Bedeutung, da Frauen am stärksten von der mangelnden Familienfreundlichkeit der Arbeitswelt betroffen sind. Die damit verbundenen Probleme machen es unmöglich, das Leistungspotential der europäischen Erwerbsbevölkerung voll auszuschöpfen und sind für Frauen, die in den Arbeitsmarkt einsteigen oder dort verbleiben wollen, ein Hemmnis bzw. Hinderungsgrund.

Die Kommission legte ihren „Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010“ vor, um der Bewältigung der sozioökonomischen Herausforderungen des Vertrags von Lissabon neue Impulse zu verleihen, die Achtung der Grundrechte der Frau sicherzustellen und die internationalen Verpflichtungen der EU zu erfüllen. Im Fahrplan wird das zweigleisige Vorgehen zur Durchsetzung der Gleichstellung bekräftigt, das zum einen auf dem Mainstreaming (der durchgängigen Berücksichtigung in allen Bereichen und Handlungsfeldern) beruht, zum anderen auf spezifischen Maßnahmen zur Frauenförderung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zählt zu den dort aufgeführten Aktionsschwerpunkten.

Unser Erfolg

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter spielten bei der Abfassung von Berichten und Stellungnahmen zur Unterstützung von Maßnahmen, die Frauen und Männern die Verknüpfung anspruchsvoller Erwerbsarbeit mit Elternschaft und anderen familiären Pflichten ermöglichen, eine führende Rolle. Wir sind der Ansicht, dass derartige Maßnahmen für die Gleichstellung der Geschlechter und für Familienstrukturen jeglicher Art und damit für das Wohl der Gesellschaft insgesamt von wesentlicher Bedeutung sind. Die Frauen müssen in der Lage sein, ein Einkommen zu erzielen, das ihnen wirtschaftliche Unabhängigkeit verleiht, ohne dass sie dafür bestraft werden, dass sie vielleicht eines Tages Mutter sind und Kinder großziehen. Auch Männer müssen die Möglichkeit erhalten, Beruf und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen.

Die Fraktion setzte alles daran, das Thema Gleichstellung weiter voranzubringen und bessere Instrumente und Maßnahmen einzufordern. Die sozialdemokratische Berichterstatterin Lissy Gröner dirigierte mit Geschick ein Gesetzeswerk durch das Parlament, das zur Einrichtung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen führte. Die Aufgaben des Instituts werden darin bestehen, Daten zu sammeln und auszuwerten sowie Informationen und bewährte Verfahren zu verbreiten. Überdies bemüht sich die Fraktion, die Kommission dazu zu bewegen, die für diesen Politikbereich bestimmte Finanzierung einem „Gender Budgeting“ zu unterziehen.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Sozialdemokratische Fraktion nutzte ihre Kontakte zum Kommissionspräsidenten und zum Kommissar für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie ihre enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern dazu, um auf eine Verbesserung der gegenwärtigen Rechtslage hinzuwirken. Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, nahm doch die Kommission im Oktober ein „Einigungspaket“ an, das Verbesserungen beim Arbeitsschutz für schwangere Arbeitnehmerinnen, bei der Gleichbehandlung selbständiger Frauen und bei der Kinderbetreuung zum Ziel hat.

Wo andere uneins sind

Die Sozialdemokratische Fraktion spielt eine zentrale Rolle beim Eingehen von Bündnissen mit den Grünen und GUE. Die EVP-ED-Fraktion und die Liberalen sind oft in ihrer Meinung gespalten oder stimmen bei wichtigen Fragen mit Nein, z. B. bei der Forderung nach einer Quotenregelung, um das Ungleichgewicht der Geschlechter in politischen Parteien zu überwinden, und bei Hinweisen auf die sexuellen und reproduktiven Rechte der Frau. Bei ethischen Fragestellungen vertreten die EVP-ED-Abgeordneten keine einheitliche Linie.

Künftige politische Ziele

Edite Estrela, Berichterstatterin der Sozialdemokratischen Fraktion für die Revision der Richtlinie zum Schutz schwangerer Arbeitnehmerinnen, hat bei diesem für die Sozialdemokraten äußerst wichtigen Vorschlag die führende Rolle gespielt. In dem Bericht fordern wir die Erhöhung der Mindestdauer des Mutterschaftsurlaubs, die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs bei voller Lohnfortzahlung, die Verbesserung von Flexibilität und Zahlungen sowie die Stärkung der Arbeitnehmerrechte, die Frauen die Rückkehr in den Beruf erleichtern soll. In der letzten Plenartagung dieser Legislaturperiode haben die EVP-ED- und ALDE-Fraktionen für die Verschiebung des Estrela-Berichts gestimmt, was deutlich zeigt, dass ihre Behauptungen, sich für das Wohlergehen von Familien einzusetzen, jeglicher Glaubwürdigkeit entbehren. Stattdessen haben sie die Familien im Stich gelassen, indem sie Maßnahmen blockierten, die beiden Elternteilen die Vereinbarung von Beruf und Familienleben erleichtern, die Gesundheit und Sicherheit von schwangeren Arbeitnehmerinnen verbessern sowie erwerbstätigen Müttern einen besseren Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz bieten. Für die Sozialdemokraten stehen die Interessen der Bürger und der Gesellschaft an oberster Stelle und werden auch in der nächsten Legislaturperiode weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

ABBAU DES LOHNGEFÄLLES

Der Grundsatz „Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“ fand bereits Eingang in die Römischen Verträge und war die erste gesetzliche Regelung der EU in Sachen Gleichstellung der Geschlechter. Das Konzept wurde vom Europäischen Gerichtshof dahingehend ausgelegt, dass es gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit beinhaltet. Diese Definition findet sich in der Richtlinie von 1975, die bei der Vergütung gleichwertiger Arbeit eine Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts grundsätzlich untersagte. Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, die allein auf dem Geschlecht beruhen, sind daher nicht zulässig.

Dank der gesetzlichen Regelung haben Frauen vor Gericht den Anspruch auf gleiche Bezahlung durchsetzen können. Dennoch besteht seit über 30 Jahren noch immer ein Lohngefälle zwischen Frauen und Männern, das je nach Mitgliedstaat zwischen 4 % und 25 % differiert, ohne dass sich die Kluft verringert. In der EU verdienen Frauen in der Privatwirtschaft 15 % bis 25 % weniger als Männer. Teilzeitarbeit, die in der Regel schlechter bezahlt wird, ist bei Frauen wesentlich stärker verbreitet, denn 32,9 % der Frauen gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach, hingegen nur 7,7 % der Männer. Das Lohngefälle ist ein eklatantes Beispiel für Ungleichheit und Diskriminierung, und die Sozialdemokratische Fraktion geht davon aus, dass seine Überwindung einen differenzierten Ansatz erfordert, der konkrete Schritte zur Beseitigung der eigentlichen Ursachen einschließt.

Unser Erfolg

Die Fraktion hat die Mitgliedstaaten beständig aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, und im jüngsten Bericht des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter zur Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes auf die Entlohnung unterbreitete sie Empfehlungen für neue Maßnahmen. Dazu zählen Transparenz in Form von obligatorischen Lohnaudits bei Unternehmen mit Veröffentlichung der Ergebnisse sowie Sanktionen bei Verstößen. Vorgeschlagen werden eine Entschädigung der Opfer und der Ausschluss der betreffenden Arbeitgeber von Leistungen und Subventionen. Zudem wird empfohlen, dass Gleichstellungsgremien bei der Überwachung der Anwendung der Gleichstellungspolitik eine wesentliche Rolle spielen sollten.

Wo andere uneins sind

Die Sozialdemokratische Fraktion befürwortet mit Nachdruck Sanktionen oder Bußgelder gegen Arbeitgeber, die gegen den Grundsatz des gleichen Entgelts verstoßen. Die EVP-ED ist in dieser Frage uneins.

Wo wir viel erreichen

Die Koordinatorin der Fraktion, Lissy Gröner, die Vorsitzende der SPE-Frauen, Zita Gurmai, MdEP, und die Vorsitzende der Sozialistischen Fraueninternationale, Pia Locatelli, MdEP, arbeiten eng zusammen, um bessere Arbeitsbedingungen für Frauen zu fördern, die Frauen in die Lage versetzen, einen aktiven Beitrag zum Erreichen der Lissabon-Zielvorgaben für Wachstum und Beschäftigung zu leisten. Sie unterstützen in vollem Umfang die Barcelona-Ziele, damit mehr Frauen am Erwerbsleben teilnehmen, besser bezahlte und anspruchsvolle Tätigkeiten ausüben und sich gemeinsam mit ihren Partnern um die familiären Belange kümmern können. Sie werden gemeinsam an den Richtlinien arbeiten, die einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familien leisten sollen.

Künftige politische Ziele

Die Sozialdemokratische Fraktion drängt die Kommission, dem Parlament bis zum 31. Dezember 2009 einen Legislativvorschlag zur Überarbeitung der geltenden Regelungen vorzulegen. Dies wird mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden, denn ein spürbarer Abbau des geschlechtsbedingten Lohngefälles ist eines der Ziele, die in den politischen Leitlinien der

Europäischen Beschäftigungsstrategie verankert sind, und die Sozialdemokratische Fraktion bekennt sich uneingeschränkt zu diesem Ziel.

Für die Sozialdemokratische Fraktion ist dies ein Schwerpunktthema, das auf der politischen Tagesordnung weiterhin ganz oben rangieren soll, da es um Diskriminierungsfragen und die Gleichstellung der Geschlechter geht. Die Fraktion unterstützt Sensibilisierungskampagnen wie den Aufruf der SPE zu einem „Internationalen Tag der Lohngleichheit“, der am 22. Februar begangen werden soll, da dieser Tag den Ende des Zeitraums markiert, den Frauen zusätzlich arbeiten müssen, um den Jahresverdienst von Männern zu erreichen.

EINE BESSERE SOZIALPOLITIK FÜR ALLE

Wiedereingliederung von Arbeitnehmern, der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen

Ca. 16% der Bevölkerung sind von Armut bedroht, der Prozentsatz der davon betroffenen Kinder liegt bei 19% und die der Schulabbrecher ist immer noch hoch und liegt bei ca. 15%. Hinzu kommt, dass die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung wesentlich komplexer und charakterisiert durch Mehrfachbenachteiligungen ist: Mittellosigkeit wird zusätzlich häufig durch Familienprobleme, einen Mangel an Lernfähigkeit, einem schlechten Gesundheitszustand, eine unangemessene und weit abgelegene Wohnungen sowie einen Mangel an sozialen Begleitmaßnahmen, Diskriminierung und jetzt auch noch der weltweiten Finanzkrise erschwert.

Während der letzten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode wurde der Lambert Bericht, der seitens der SPE-Fraktion von Richard Falbr (CZ) betreut wurde, angenommen. Darin wurde unterstrichen, dass allgemein zugängliche und qualitativ hochwertige Sozialdienste ein Grundrecht darstellen (erschwingliche Unterkünfte, Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Fortbildung, Gesundheitsversorgung und andere Netzdienste) und dass es unabdingbar ist, Fortschritte bei der Gewährleistung von qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu erzielen.

Der Bericht fordert einen Aktionsplan zur Erstellung einer Rahmenrichtlinie, um diese Rechte zu garantieren.

In diesem Bericht schlägt das Europäische Parlament eine Bresche indem es den Rat auffordert, sich auf ein EU-Ziel für Mindestlöhne zu verständigen, für Einkommenshilfen in Höhe von mindestens 60% des nationalen Durchschnittseinkommens sowie einen Zeitplan zur Erreichung dieses Zieles in allen Mitgliedstaaten zu sorgen.

Die EVP versuchte diesen Bericht zum Entgleisen zu bringen indem sie einen eigenen Alternativentschließungsantrag einbrachte, doch dies wurde von der SPE-Fraktion im Plenum durch eine 100-prozentige Einstimmigkeit verhindert, in einer Abstimmung in der die gegensätzlichen sozialen Visionen zwischen der Linken und Rechten offensichtlich wurden.

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|------------|---------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 16 | 11 | 7 | 5 | 120 | 84 |
| SPE | 118 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 51 | 89 | 5 | 9 | 1 | 2 |
| GRÜNE | 33 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| GUE | 17 | 89 | 2 | 11 | 0 | 0 |
| IND/DEM | 5 | 55 | 3 | 33 | 1 | 12 |
| NI | 3 | 23 | 2 | 15 | 8 | 62 |
| UEN | 12 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |

DIE ERNEUERTE SOZIALAGENDA: ZU WENIG, ZU SPÄT

Mit der Annahme des Berichts des Europäischen Parlaments über die erneuerte Sozialagenda der EU sendet unsere Fraktion eine sehr klare Botschaft an die Europäische Kommission: ihr Vorschlag für den Zeitraum 2008 - 2010 und über das Jahr 2010 hinaus ist zu dürftig und kommt zu spät! Wir kritisieren den mangelnden Ehrgeiz der Kommission im Sozialbereich sowie ihre Führungsschwäche angesichts der Wirtschaftskrise. Der Bericht enthält Vorschläge der Sozialdemokraten für erforderliche Maßnahmen zur Stärkung des Europäischen Sozialmodells auf EU-Ebene.

In dem Bericht werden folgende dringlichen Maßnahmen gefordert:

- Schutz der Dienstleistungen und Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse;
- Schutz atypischer Arbeitnehmer vor Diskriminierung;
- Anerkennung grenzüberschreitender Tarifverträge;
- weitere Stärkung der europäischen Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung und Anhörung;
- besseres Verwalten der industriellen Umstrukturierung;
- Bekämpfung der Ausprägung von Scheinselbstständigkeit sowie der Schwächung des Sozialschutzes;
- Stärkung der europäischen Agenda für menschenwürdige Arbeit und Umsetzung der IAO-Übereinkommen.

Trotz dieses starken Aktionsprogramms für das "Soziale Europa" hat die GUE-Fraktion gegen den Bericht gestimmt während das rechte Lager, das zuvor mehrmals gegen die immer selben Forderungen der Sozialdemokraten stimmte (zuletzt im September 2008), nun unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen für den Bericht gestimmt hat.

Ergebnis der Schlussabstimmung:

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|------------|---------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 151 | 89 | 11 | 7 | 8 | 4 |
| SPE | 149 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 55 | 90 | 5 | 8 | 1 | 2 |
| GRÜNE | 30 | 98 | 0 | 0 | 1 | 2 |
| GUE | 0 | 0 | 20 | 98 | 1 | 2 |
| IND/DEM | 5 | 50 | 4 | 48 | 1 | 2 |
| NI | 1 | 2 | 11 | 98 | 0 | 0 |
| UEN | 12 | 98 | 0 | 0 | 1 | 2 |

***DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT EU
FAIRER UND EFFEKTIVER GESTALTEN***

FINANZMÄRKTE IM DIENSTE DER BÜRGER

Schutz für Sparer und Rentner in der Finanzkrise Mehr Aufsicht und Transparenz bei Hedge-Fonds und privatem Beteiligungskapital (Private Equity)

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Seit 2006 weist die Sozialdemokratische Fraktion auf die Problematik der alternativen Investmentfonds - Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds – hin und mahnt Lösungen an. Auch wenn sich diese Fondstypen nicht ähneln, zeigte sich doch immer deutlicher, dass beide aufgrund mangelnder Transparenz und Aufsicht eine Bedrohung für die Realwirtschaft und insbesondere für Arbeitsplätze darstellen. Die Sozialdemokratische Fraktion verfasste unter Leitung von Poul Nyrup Rasmussen und Ieke van den Burg sowie mit Unterstützung externer Experten einen Bericht, in dem die Vorgehensweise dieser Finanzakteure und ihre Rolle auf dem Finanzmarkt untersucht und konkrete Problemlösungen vorgeschlagen wurden. Dieser Bericht war unter anderem auch an die Europäische Kommission gerichtet, die damals noch keinen Handlungsbedarf sah.

Unser Erfolg

Unsere Bedenken erwiesen sich als berechtigt, als im März 2007 in den USA mit dem Zusammenbruch des Subprime-Hypothekenmarkts die Finanzkrise ihren Anfang nahm. Ende 2007 erhielt die Sozialdemokratische Fraktion grünes Licht für die Ausarbeitung zweier legislativer Initiativberichte. Thema des einen Berichts, der von Poul Nyrup Rasmussen verfasst wurde, waren Hedge-Fonds und Private Equity; der zweite Bericht, für den Ieke van den Burg gemeinsam mit einem rumänischen Liberalen verantwortlich zeichnete, betraf Aufsichtsfragen und die Finanzkrise. Entsprechend der Geschäftsordnung des Parlaments muss die Europäische Kommission innerhalb bestimmter Fristen Legislativvorschläge unterbreiten, wenn ein derartiger Bericht die erforderliche klare Mehrheit erlangt.

Der Rasmussen-Bericht war sehr ambitioniert und stieß im Wirtschaftsausschuss des Parlaments auf heftigen Widerstand der EVP-ED und der Liberalen. Er enthielt die Forderung nach konsequenten legislativen Maßnahmen mit dem Ziel, Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds zur Einhaltung der Grundsätze der Transparenz, Rechenschaftspflicht und angemessenen Kapitalausstattung zu verpflichten und Interessenkonflikte zu unterbinden. Mit Blick auf die Förderung leistungsfähiger und stabiler Finanzmärkte wurden auch andere Finanzakteure wie Ratingagenturen und Investmentbanken unter die Lupe genommen und Forderungen im Hinblick auf Unternehmensführung, Arbeitnehmerkonsultation und Rentenansprüche gestellt. Nach langen und schwierigen Verhandlungen und Kompromissen gewann der Bericht im Ausschuss breite Unterstützung und wurde im September 2008 vom Plenum des Parlaments angenommen (562 zu 86 Stimmen bei 25 Enthaltungen).

Ebenso weitreichende Vorschläge enthielt der Bericht von Ieke van den Burg und Daniel Daianu zur Neugestaltung der Finanzaufsicht in der EU. Ziel war die Schaffung einer hochentwickelten und leistungsfähigen Struktur zur Beaufsichtigung grenzübergreifend tätiger Finanzgruppen im Herkunfts- und Aufnahmeland. Ferner wurden die derzeitige Finanzkrise, ihre Ursachen, Lösungsmöglichkeiten und die beteiligten Akteure betrachtet. Auch dieser Bericht wurde von der EVP-ED und den Liberalen scharf angegriffen, obwohl ein Mitglied der Liberalen Mitverfasser war. Dank beharrlicher Mobilisierungsarbeit und geschickter Verhandlungen sorgte die Sozialdemokratische Fraktion jedoch sowohl im Ausschuss als auch bei der Plenartagung im Oktober 2008 für eine große Stimmenmehrheit (565 zu 74 Stimmen bei 18 Enthaltungen).

Wo andere uneins sind

An diesen beiden Berichten zeigt sich die wahre Bilanz der wichtigsten Fraktionen im EP auf dem Gebiet der Finanzmarktregulierung. Heute nehmen die EVP-ED und die Liberalen für sich in

Anspruch, seit Jahren entschiedene Befürworter einer verstärkten Regulierung gewesen zu sein. Dabei waren beide Fraktionen seit Bestehen des Europäischen Parlaments ständig bestrebt, die nachhaltigen Bemühungen unserer Fraktion um eine stärkere Regulierung und Beaufsichtigung aller Finanzakteure, insbesondere aber der Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften, zu stören oder zunichte zu machen.

Unsere künftigen politischen Ziele

Seit der Annahme der Berichte hat die Sozialdemokratische Fraktion die Europäische Kommission auf die Vorlage von Vorschlägen für Verordnungen gedrängt, die rechtliche Grundlagen für die Stabilisierung der Finanzmärkte und die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger schaffen. Am 21. April hat die Kommission einen Legislativvorschlag zu Hedge-Fonds und Private Equity unterbreitet, dessen Inhalt und Geltungsbereich die Sozialdemokratische Fraktion sehr genau prüfen wird. Unsere besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Vermeidung von Regelungs- und Aufsichtslücken gelten, die ja letztlich immer den Bürger treffen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird ihr Bestes geben, damit es in diesem Bereich zügig vorangeht, und wird für die parlamentarische Annahme dieses seit langem erwarteten Rechtsakts Sorge tragen.

ARBEIT FÜR EINE SCHNELLE WIRTSCHAFTLICHE ERHOLUNG

Wir befinden uns in der tiefsten Rezession, von der die Europäische Union je betroffen war - der ersten Rezession seit der Einführung des Euro - und den jüngsten Wirtschaftsprognosen von EZB und OECD zufolge soll es noch schlimmer kommen. Unsere Handelspartner sehen sich mit vergleichbar schwierigen wirtschaftlichen Zeiten konfrontiert.

Anfang November 2008 einigte man sich anlässlich des EU-Gipfels darauf, dass ein koordiniertes Vorgehen nötig ist. Die Europäische Kommission wurde aufgefordert, Vorschläge für das nächste Treffen vorzulegen, das einen Monat später stattfand. Das Ende November 2008 verabschiedete Europäische Konjunkturprogramm ist die Antwort der Kommission.

Angesichts des Ausmaßes der Krise braucht die EU einen koordinierten Ansatz, der schlagkräftig genug ist, um das Vertrauen der Wirtschaft und der Verbraucher wiederherzustellen. Das Programm muss alle Möglichkeiten auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten nutzen. Gerade weil die meisten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, insbesondere die zur kurzfristigen Ankurbelung der Verbrauchernachfrage, in der Hand der Mitgliedstaaten liegen, die über einen unterschiedlichen haushaltspolitischen Spielraum verfügen, ist eine effiziente Koordinierung umso wichtiger.

Als sich die Wirtschaftskrise verschärfte, aktualisierte die Kommission das Europäische Konjunkturprogramm für den Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates im März 2009, um weitere Maßnahmen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten zu bestimmen, die die Konjunktur stimulieren könnten.

Wo wir eine führende Rolle spielten

Die Arbeitslosigkeit steigt in alarmierendem Tempo. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, um die europäische und die internationale Wirtschaft anzukurbeln und einen längeren Zeitraum der Stagnation oder des negativen Wachstums und der noch größeren Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Unsere oberste Priorität, auf der unsere Forderung nach neuen Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beruht, besteht darin, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern und intelligentes nachhaltiges Wachstum zu fördern.

Da die Verflechtung unserer Volkswirtschaften enger denn je ist, werden nur stärkere, mutigere und besser koordinierte europäische und internationale Bemühungen zur Belebung der Konjunktur uns aus der Rezession herausführen. Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten allein sind nicht genug.

Nach Ansicht der Sozialdemokraten können nur durch gemeinsames Vorgehen Fortschritte erzielt werden. Auf diese Weise können wir der Konjunktur einen stärkeren Auftrieb verleihen. Indem wir auf die richtigen Prioritäten gemeinsam setzen, können wir zu einem Aufschwung beitragen, der allen zugute kommt.

Die Stärkung des europäischen Wirtschaftsaufschwungs sollte auf folgenden Schwerpunkten beruhen:

- Wir müssen vorzugsweise Investitionen tätigen, die sich unmittelbar positiv auf die Beschäftigungssituation auswirken. Dies ist erforderlich, um 2009 und 2010 neues Wachstum zu schaffen. Die EU sollte sich auf eine ehrgeizige Investitionsstrategie mit gemeinsamen, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichteten Prioritäten einigen, die passgenaue Maßnahmen auf nationaler Ebene ermöglichen. Diese Strategie sollte rechtzeitig und zielgerichtet durchgeführt werden, rasch zu mehr Beschäftigung führen und zur Erreichung der langfristigen Ziele beitragen. Öffentliche Investitionen und Anreize für

private Investitionen sollten durch eine Neuausrichtung der Finanzierungsinstrumente der EU ergänzt werden.

- Die Banken müssen wieder Kredite vergeben, um private Investitionen und Ausgaben mit Blick auf den Aufschwung zu fördern. Davon sollte die öffentliche Unterstützung für Banken abhängig gemacht werden.
- Es sollte ein neuer Beschäftigungspakt aufgelegt werden, um Arbeitsplätze zu erhalten, Arbeitslosen zu helfen, so rasch wie möglich Arbeit zu finden, und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern. Die Krise sollte als Gelegenheit betrachtet werden, die Qualifikation der Arbeitskräfte europaweit zu erhöhen. Die Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik muss verstärkt und ausgebaut werden.
- Wir müssen die sozialen Kosten der Krise in vollem Umfang angehen und eine Zunahme der Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung verhindern. Es ist von entscheidender Bedeutung, eine Einigung über einen europäischen Pakt für den sozialen Fortschritt zu erzielen. Es müssen gezielte Maßnahmen auf den Weg gebracht oder verstärkt werden, um diejenigen zu unterstützen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Dazu gehören einkommensschwache Personen, Personen, die in Gefahr sind, ihre Wohnung zu verlieren, Jugendliche, Rentner und Frauen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit alleinerziehend sind und Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor innehaben, welche von der nächsten Krisenwelle betroffen sein werden. Diese Maßnahmen könnten unter anderem die Stärkung der Sozialschutzsysteme, eine gezielte Einkommensstützung zur Erhaltung der Kaufkraft (z. B. gezielte Steuersenkungen und Kredite), Maßnahmen zur Gewährleistung der Erschwinglichkeit von Gütern des Grundbedarfs wie Strom und Gas, Maßnahmen, um Hypotheken verfügbar und erschwinglich zu halten, sowie die besondere Unterstützung der am stärksten gefährdeten Personen umfassen.
- Die Solidarität und der gemeinsame Wille müssen in der EU auch künftig im Mittelpunkt stehen. Besondere Aufmerksamkeit muss jetzt den Mitgliedstaaten gewidmet werden, die mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind, einschließlich einiger der „neuen“ Mitgliedstaaten. Wir müssen alles tun, um eine neue wirtschaftliche Spaltung in Europa zu vermeiden. Die EU muss dringend die Unterstützung für diejenigen Mitgliedstaaten verstärken, die unter erheblicher Instabilität leiden oder nicht über die Mittel verfügen, um ihre Bankensysteme zu stabilisieren und Investitionen für den Aufschwung zu tätigen. So sollten unter anderem auch die Wirksamkeit und die Kapazität der bestehenden Instrumente erhöht und die Möglichkeit neuer Finanzierungsinstrumente geprüft werden. Die Eurozone sollte sich darauf vorbereiten, weitere Mitgliedstaaten aufzunehmen, die alle wesentlichen Kriterien erfüllen und ihr beitreten möchten.
- Die Finanzmärkte müssen in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden, dürfen diese jedoch nicht beherrschen. Die langfristige Stabilität des Finanzsystems und die Wiederherstellung des Vertrauens der Menschen in den Bankensektor hängen nunmehr von der Einführung einer umfassenden, soliden Regulierung und Überwachung aller Finanzinstrumente und Akteure einschließlich der Hedgefonds und des privaten Beteiligungskapitals ab. Die Bekämpfung des konjunkturellen Abschwungs muss unsere Priorität sein, doch muss dies mit einer besseren Regulierung für stabile, transparente und effiziente Finanzmärkte in Europa und weltweit einhergehen. Darüber hinaus müssen wir nunmehr eine langfristige Strategie zur Stärkung und Entwicklung einer guten Bankpraxis mit engen Beziehungen zu den Kunden festlegen, die den realen Bedürfnissen der Bürger und Unternehmen entspricht.

Unser Erfolg

Die EU-Mitgliedstaaten haben zwar die Rhetorik eines koordinierten Konjunkturprogramms angenommen, aber sie haben den Worten keine Taten folgen lassen. Auf Initiative der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament hat das Europäische Parlament jedoch

dargelegt, was Europa tun muss, um Arbeitsplätze zu erhalten und den Wirtschaftsaufschwung in Gang zu setzen.

Im "Bericht Ferreira", den das Parlament, wenngleich er weitgehend von der Sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeitet wurde, mit großer Mehrheit angenommen hat, forderte das Parlament den für März 2009 anberaumten EU-Frühjahrgipfel auf, Führungsstärke zu zeigen, gemeinsam zu handeln und die europäischen Bürger in den Mittelpunkt der Konjunkturprogramme der EU und der Mitgliedstaaten zu stellen. Der Bericht fordert:

1. ein besser koordiniertes Vorgehen Europas, um der Gefahr der Rezession entgegenzuwirken, Arbeitsplätze zu sichern, die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft zu schützen und den Zusammenhalt zu fördern. Damit die Koordinierung funktioniert, müssen die Instrumente zur europäischen wirtschaftspolitischen Koordinierung gestärkt werden.
2. ein größeres Anreizpaket zur Förderung der Nachfrage. Auch die Sozialmaßnahmen sollten verstärkt werden, damit die „automatischen Stabilisatoren“ besser funktionieren, die die Tiefe der Rezession begrenzen. Es müssen unverzüglich Investitionsmaßnahmen der EU und der EIB umgesetzt und weitere dringende Maßnahmen getroffen werden, um der Kreditverknappung Einhalt zu gebieten.
3. eine europäische Beschäftigungsinitiative, um die Unternehmen bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, einschließlich Zeitarbeitszuschüsse, Unterstützung für die Aus- und Weiterbildung und verstärkte Hilfe für Arbeitslose bei der Arbeitsplatzsuche. Der Europäische Rat sollte hierzu konkrete Maßnahmen vorschlagen. Die entsprechenden Schritte sollten nicht bis zum Gipfeltreffen im Mai verschoben werden.
4. europäische Maßnahmen gegen die zunehmenden Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten. Es muss eine stärkere Unterstützung seitens der EU durch Bereitstellung von Mitteln über die Strukturfonds, den Globalisierungsfonds, die Europäische Investitionsbank und innovative Finanzinstrumente wie Eurobonds geben. Dabei sollten die unterschiedlichen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, Konjunkturprogramme aufzulegen, anerkannt werden.
5. koordinierte Investitionen in die Handlungsfelder der Zukunft, einschließlich einer Ökologisierung der Wirtschaft, moderner sozialer und öffentlicher Dienstleistungen sowie der Bildung und des lebenslangen Lernens, um die Arbeitskräfte des 21. Jahrhunderts bereitzustellen. Umfang und Inhalt des EU-Haushalts müssen überprüft werden, um die Ausgaben auf soziale und ökologische Ziele auszurichten.
6. einen Finanzsektor, der im Dienst der Realwirtschaft steht – einen Zeitplan für die Umsetzung der detaillierten Legislativvorschläge des EP, die mit dem Bericht Rasmussen und dem Bericht Daianu/Van den Burg angenommen und im Wesentlichen im Bericht der Larosière-Gruppe wiedergegeben wurden. Alle Steuerparadiese müssen geschlossen werden.

Wo die anderen unsere Meinung nicht teilten

Das zumeist umstrittene Thema war die von der Sozialdemokratischen Fraktion als Priorität eingestufte Sicherung der Arbeitsplätze und Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Für die EVP-ED-Fraktion und die ALDE-Fraktion kommt dieser Herausforderung und Verantwortung eine geringere Bedeutung zu als der Gewährleistung einer guten Bankpraxis und der Wiederbelebung der Kredit- und Finanzmärkte, während diese Themen nach Ansicht der Sozialdemokraten bei der Bewältigung der Finanzkrise gleichermaßen wichtig sind. Darüber hinaus sollten nach Ansicht von EVP-ED und ALDE alle wünschenswerten Maßnahmen rechtzeitig, zielgerichtet und befristet sein, während die Sozialdemokraten die Auffassung vertreten, dass die derzeitige Krise Ausgangspunkt

für einen wirklichen Wandel in der Einstellung aller wirtschaftlichen und finanziellen Akteure und das Ende des „Kasinokapitalismus“ sein sollte.

Unsere künftigen politischen Ziele

Das Ausmaß der Krise bietet eine einzigartige historische Chance für einen grundlegenden Wandel in unseren Volkswirtschaften, hin zu einer wirklich nachhaltigen und sozial gerechten langfristigen Entwicklung. Daher ist es wichtig, dass das Europäische Konjunkturprogramm diesem zentralen Anliegen gerecht wird. Die Europäische Union sollte die Initiative für eine koordinierte, stärkere Unterstützung von Mitgliedstaaten ergreifen, die in Schwierigkeiten sind. Daher sind starke europäische Solidaritätsmaßnahmen zum Schutz des Euroraums und zur Stärkung des inneren Zusammenhalts der Europäischen Union erforderlich.

Das globale Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert ein rasches gemeinsames internationales Vorgehen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich auf einen entschlossenen gemeinsamen europäischen Standpunkt im Hinblick auf internationale Verhandlungen, insbesondere im Rahmen der G20 einigen. Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Banken, die Regulierung des Finanzsystems, koordinierte steuerliche Anreize, die Unterstützung der Entwicklungsländer und die Förderung der notwendigen strukturellen Anpassungen die Hauptschwerpunkte hierbei darstellen sollten.

Generell sollte diese Diskussion den Weg ebnen für einen „Global New Deal“ zur Neugestaltung der Weltordnung, der einen koordinierten Wirtschaftsaufschwung, die Regulierung der Finanzmärkte, eine globale Übereinkunft zur Bekämpfung des Klimawandels, eine multilaterale Übereinkunft zur Öffnung der Märkte, eine entschlossenerere Entwicklungspolitik und die Ausweitung der von der ILO aufgestellten Agenda für menschenwürdige Arbeit miteinander verbindet. Die globale Ordnungspolitik sollte reformiert werden, um die Voraussetzungen für die Aushandlung und Umsetzung dieses „Global New Deal“ zu schaffen. Deshalb sollten wir zusammen mit den internationalen Partnern der EU, insbesondere im Rahmen der G20, unverzüglich ein entschlosseneres und fortschrittlicheres europäisches Programm zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise erarbeiten.

STÄRKUNG VON WACHSTUM UND INVESTITIONEN

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) ist Anfang der neunziger Jahre vereinbart worden, um die Mitglieder des Euroraums zu größerer Haushaltsdisziplin anzuhalten. Das Hauptziel des Pakts, nämlich der Abbau öffentlicher Schulden und die Vermeidung permanenter Defizite in öffentlichen Haushalten, muss weiterhin bejaht werden. Kein Mensch und auch kein Staat kann es sich leisten, dauernd über seine Verhältnisse zu leben.

Die Sozialdemokraten treten für Stabilität und Inflationsbekämpfung ein. Deshalb wollen sie einen starken Staat, der regulierend und stimulierend in die Wirtschaft eingreift. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Rezession oder drohender Depression ist der Staat gefordert, um für Wachstum zu sorgen. Der SWP bietet jedoch keine Impulse für die Wachstumspolitik. Deshalb **muss der SWP um eine Wachstumskomponente ergänzt werden.**

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Seit 2002 macht sich die Sozialdemokratische Fraktion für eine flexiblere Anwendung des Pakts stark. Man muss dem SWP vorwerfen, dass alle Staaten - ungeachtet ihrer Entwicklung und ihrer wirtschaftlichen Lage - über ein Leisten geschlagen werden. „One size fits all“ entspricht nicht der Realität. Staaten, deren Verschuldung um 60 % des BSP liegt, haben mehr Handlungsspielraum als Staaten, deren Verschuldung 100 % des BSP übertrifft. Auch zeitweilige Defizite öffentlicher Haushalte sind zumutbar, wenn sie produktiven Investitionen und der Stimulierung der Wirtschaft in rezessiven Zeiten dienen.

Die derzeitigen Wachstumsraten im Euroraum und in der EU-27 reichen keinesfalls aus, um genügend Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosigkeit wesentlich zu senken. Vom EU-Haushalt gehen kaum Wachstumsimpulse aus, zumal er bloß einem Prozent des europäischen BSP entspricht. **Das ist untragbar.** Ohne verstärktes Wachstum und Reformen vertun wir enorme Wohlfahrtschancen und laufen Gefahr, in eine lange Periode geringen Wachstums zu geraten.

Europa braucht ein neues Konzept:

- Wir brauchen eine stärkere Nachfrage, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.
- Wir brauchen Strukturreformen, um das Wachstum nachhaltig zu gestalten.

Entscheidend sind mehr Konsum und höhere Investitionen öffentlichen wie auch privaten Ursprungs. Die Nachfrageseite braucht neue Anstöße, nachdem sie über Jahre hinweg allzu restriktiv gehandhabt wurde. Dieser Nachfrageschub sollte in Form höherwertiger Investitionen vorgenommen werden, in Bereichen, die mit der Lissabon-Strategie zu tun haben, insbesondere Wissen, Innovation, Bildung, aber auch öffentliche Infrastrukturen und Sozialleistungen.

Diese Vorschläge gehen über die traditionelle haushalterische Definition von Investitionen hinaus. Es erfordert Investitionen auf nationaler Ebene, die jedoch auch eine europäische Dimension aufweisen, innerhalb derer die Länder ihre Wirtschaftspolitik koordinieren und auf diese Weise in der gesamten Union Multiplikationswirkung erzeugen.

Unser Erfolg

Die Sozialdemokratische Fraktion hat erreicht, dass die 2005 durchgeführte Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Förderung von Investitionen entsprechend den Zielen von Lissabon beiträgt. Makroökonomische Stabilität ist weiterhin ein zentrales Ziel. So bleibt die Drei-Prozent-Grenze für das Haushaltsdefizit bestehen, die Staatsverschuldung darf nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen, und eine prozyklische Finanzpolitik ist zu vermeiden. Nunmehr liegt jedoch stärkere Betonung auf der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Nachhaltigkeit der Staatsverschuldung. Außerdem haben die Mitgliedstaaten, die übermäßige Haushaltsdefizite

abbauen müssen, dank der Reform mehr Spielraum, um andere politische Ziele wie den Aufbau zeitgemäßer und leistungsfähiger Sozialschutzsysteme weiterzuverfolgen und die öffentlichen Ausgaben im Interesse von Beschäftigung und Wachstum auf Schlüsselinvestitionen auszurichten.

Entscheidend ist eine möglichst enge Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, weil ein Nachfrageanstieg weit weniger Wachstum und Arbeitsplätze schafft, wenn er auf eine einzelne Volkswirtschaft beschränkt ist. Nachfragepolitik und Strukturreformen müssen in ein und dieselbe Richtung zielen.

Unsere künftigen politischen Ziele

Wir brauchen eine koordinierte europäische Strategie für Investitionen in Humankapital, Forschung und Entwicklung sowie Bildung. Öffentliche Zustimmung zu einigen der schmerzhafteren Strukturreformen wird erheblich dadurch erleichtert, dass Regierungen sich eindeutig verpflichten, in Menschen und Projekte zu investieren. Investitionen und Strukturreformen gehen bei der Wachstumsförderung und der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie bei der Mobilisierung der Unterstützung der Öffentlichkeit für eine Neuausrichtung miteinander einher. Deshalb setzt sich die Sozialdemokratische Fraktion gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Europas weiter für eine Investitionsstrategie der EU ein, die Wachstum und Arbeitsplätze fördert.

Stabilitätspolitik bleibt eine Notwendigkeit, ist aber kein Selbstzweck. Um es überspitzt zu sagen: Ein Staat kann zwar perfekte Haushaltsstabilität und kaum Schulden haben, aber gleichzeitig verarmen. Stabilität ohne Wachstum kann kein Ziel sein. Erst Wachstum erlaubt mittel- und langfristig stabile Verhältnisse.

In der derzeitigen schweren Finanz- und Wirtschaftskrise fordert die Sozialdemokratische Fraktion eindeutige Vorgaben in Bezug auf die Auslegung der Flexibilitätsklausel des überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakts, insbesondere im Zusammenhang mit kurzfristigen Investitionsbeschlüssen, die mit den mittelfristigen Haushaltszielen vereinbar und auf ein nachhaltiges Wachstum sowie auf die langfristige Umsetzung der Ziele von Lissabon ausgerichtet sind.

FÜR EINE WISSENSGESELLSCHAFT MIT HOHEM TECHNOLOGIESTANDARD UND NIEDRIGEM ENERGIEVERBRAUCH

„Lissabon-Zyklus“ 2008-2010 – Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung

Ausgangsbasis für die praktische Umsetzung der Lissabon-Strategie der EU sind die „Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung“. Nach der Überarbeitung der Lissabon-Strategie im Jahre 2005 wurden 2007 nach Ablauf der ersten Phase neue Leitlinien verabschiedet, die bis 2010 gültig sind.

In ihrem Strategiebericht von 2007 schlug die Kommission vor, die Leitlinien unverändert zu lassen. Die Umsetzung sollte im Mittelpunkt stehen, da sich nicht alle Mitgliedstaaten gleichermaßen um Reformen bemüht hatten.

Entscheidende Abstimmungen und unser Erfolg

Die Sozialdemokratische Fraktion forderte eine echte Aktualisierung der Leitlinien und konnte dafür die Unterstützung des Europäischen Parlaments sichern.

Einen Monat vor dem europäischen Frühjahrsgipfel 2008 forderte das Europäische Parlament die Regierungen der EU-Staaten und die Kommission auf, auch neue Herausforderungen wie die Instabilität der Finanzmärkte, den Klimawandel und die Notwendigkeit sozialer Integration zu berücksichtigen. Der parlamentarische Bericht wurde mit überwältigender Stimmenmehrheit (519 zu 102) angenommen.

Mit diesem Sieg sicherte die Sozialdemokratische Fraktion Unterstützung für:

- eine stärkere Verknüpfung von wirtschaftlicher Stabilität, nachhaltiger Entwicklung und sozialer Eingliederung sowie eine Verbesserung der Beschäftigungslage und der wirtschaftlichen Koordinierung;
- hochwertige öffentliche und private Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie hochwertige Bildungssysteme, die jedermann die Chance zum lebenslangen Lernen bieten;
- eine umweltfreundliche Modernisierung der Wirtschaft durch höhere Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energieträger;
- eine bessere Regulierung von Hedge-Fonds und Finanzmärkten;
- die Berücksichtigung von Produktivitätssteigerungen bei Tarifverhandlungen;
- hochwertige und erschwingliche Sozialdienstleistungen für alle;
- eine bessere „Lissabon-Politikgestaltung“, so u. a. eine bessere Auswertung der Reformfortschritte in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene, enge Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten und eine intensive Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, regionalen und kommunalen Behörden und der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung nationaler Reformprogramme.

Ungeachtet dessen übernahm der Frühjahrsgipfel im März 2008 den Standpunkt der Europäischen Kommission mit nur geringfügigen Änderungen, die lediglich partiell den Prioritäten der Sozialdemokratischen Fraktion entsprachen.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Sozialdemokratische Fraktion setzte mit Erfolg eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit der Neuausrichtung des sozialen Europa in Gang und stellte dabei fünf Politikforderungen in den Mittelpunkt, die ihr besonders wichtig sind:

- **verbesserte** soziale Eingliederung und verbesserter sozialer Schutz;

- **verbindliche** soziale Mindeststandards, um die soziale Dimension des Binnenmarkts zu schützen - eine Notwendigkeit, die durch das Laval-Urteil des Europäischen Gerichtshofs aufgezeigt wurde;
- **größere** Beachtung der ökonomischen und sozialen Rolle von universellen, zugänglichen und nachhaltigen öffentlichen Diensten;
- **koordinierte**, hochwertige öffentliche und private Investitionen vor allem in Forschung, neue Technologien, erneuerbare Energien, Bildung und Sozialdienste;
- **volle** Transparenz und Redlichkeit in den Geldmärkten mit einer Überprüfung ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen und ihrer Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

Unsere künftigen politischen Ziele

Vor dem Hintergrund der Folgemaßnahmen der Lissabon-Strategie 2009 und der „Post-Lissabon-Strategie“ ab 2010 weist die Sozialdemokratische Fraktion darauf hin, dass die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat, dass die wirtschaftspolitischen Instrumente Europas noch nicht genügend ausgereift sind, um eine erfolgreiche Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu ermöglichen. Daher werden wir uns insbesondere einsetzen für:

- eine Überprüfung und Aktualisierung der wesentlichen Politikinstrumente, insbesondere der integrierten politischen Leitlinien, des SWP und der Strategie für nachhaltige Entwicklung, um diese Ansätze auf der Grundlage eines „New Deal“ für intelligentes Wachstum in der Europäischen Union zusammenzufassen;
- **die erforderliche Neuausrichtung der integrierten politischen Leitlinien vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Abschwungs:** Wir fordern den Rat nachdrücklich auf, kurzfristige Maßnahmen zur Wahrung der Beschäftigungsquote von 2008 sowie Investitionen in die Bekämpfung des Klimawandels zu beschließen und unter besonderer Berücksichtigung der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen für ausreichende Einkommen Sorge zu tragen; zudem erwarten wir von der Kommission, dass sie rechtzeitig vor dem anstehenden Frühjahrsgipfel in Lissabon entsprechende Initiativen ausarbeitet und Vorschläge unterbreitet;
- **ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene**, das auf einer gemeinsamen Problemsicht und gemeinsamen Folgemaßnahmen beruht, jedoch nationale Besonderheiten nicht ausschließt; mit den integrierten Leitlinien sollte ein breiter Rahmen für eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung festgelegt werden, um nationale Politikinstrumente wie die Nationalen Reformprogramme (NRP) und die nationalen Konjunkturprogramme aufeinander abzustimmen; die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und die NRP könnten zeitgleich präsentiert werden; die Grundzüge der Wirtschaftspolitik könnten gemeinsame haushaltspolitische Ziele im Einklang mit dem präventiven Arm des SWP einschließen;
- **eine „Lissabon-Plus-Agenda“, die auf der allgemeinen Architektur der derzeitigen Lissabon-Strategie beruhen sollte** (Wettbewerbsfähigkeit und Ökologisierung der europäischen Industriebereiche, zusätzliche und bessere Arbeitsplätze, soziale Einbindung und Nachhaltigkeit), wobei jedoch ein einheitlicherer und verstärkt auf Gegenseitigkeit beruhender Ansatz vorgelegt werden sollte, der die Möglichkeit bietet, die wirtschaftliche Steuerungskapazität Europas entscheidend voranzubringen; erforderlich ist ferner die Stärkung der externen Dimension der europäischen Reformagenda, mit der hohe Standards, ein angemessener Rechtsrahmen und kooperative Arbeitsweisen vorgesehen werden, um mit anderen internationalen Wirtschaftsakteuren zusammenzuarbeiten und die weltweiten Herausforderungen zu meistern.

EINE NEUE STIMME FÜR ARBEITNEHMER/INNEN - EUROPÄISCHE BETRIEBSRÄTE

Einflussnahme der Arbeitnehmer auf ihre Arbeitsbedingungen

In der 1994 erstmals angenommenen Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat wird gefordert, dass Arbeitnehmer bei Entscheidungen der Unternehmensleitung, die sich auf ihre Arbeitsbedingungen oder die Zukunft ihres Unternehmens auswirken, unterrichtet und angehört werden. Sie sieht für EU-weit tätige Unternehmen die Einsetzung eines Betriebsrates bzw. die Einführung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer vor, und zwar auf der Grundlage einer Einigung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Für den Fall, dass eine solche Einigung nicht erzielt wird, werden Mindestvorschriften festgelegt. Außerdem ist in der Richtlinie von 1994 festgelegt, dass sie bis spätestens 1999 überprüft werden sollte. Die jahrelangen Erfahrungen haben gezeigt, dass viele Bestimmungen der Richtlinie ineffektiv sind, was eine Überarbeitung dringend erforderlich macht. Die Kommission hat sich jedoch lange Zeit geweigert, einen überarbeiteten Vorschlag vorzulegen – trotz wiederholter Aufforderungen durch unsere Fraktion und die europäische Gewerkschaftsbewegung.

Abmilderung der schmerzlichen Auswirkungen von Unternehmensumstrukturierungen

Auf den Konferenzen der Sozialdemokratischen Fraktion zu Unternehmensumstrukturierungen in den Jahren 2005 und 2007, an denen die Gewerkschaften in sehr starkem Maße beteiligt waren, wurde mit verstärktem Nachdruck eine Überarbeitung der Richtlinie gefordert und auf die Schwachstellen in der Rechtsprechung hingewiesen, die außerdem durch die Welle von Unternehmensumstrukturierungen seit 2006 noch deutlicher zutage getreten sind. Im Mai 2007 gewann unsere Fraktion die Unterstützung des Europäischen Parlaments für eine Entschließung, in der die Kommission zur Vorlage eines Zeitplans für die Überarbeitung der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat aufgefordert wird. Damit wurden die Versuche der EVP-ED-Fraktion zunichte gemacht, diese Thematik nicht auf die Tagesordnung zu bringen.

Daraufhin nahm die Kommission im Juli 2008 einen überarbeiteten Entwurf der Richtlinie an, nachdem die einschlägigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gescheitert waren. Die Kommission wählte jedoch das Verfahren der Neufassung, wodurch das Recht des Parlaments auf Änderung des Vorschlags drastisch eingeschränkt war. Um sicherzustellen, dass zumindest erste Reformen rasch angenommen werden konnten, erklärte sich die Sozialdemokratische Fraktion mit der Arbeit auf dieser Grundlage einverstanden, und zwar als Gegenleistung für eine Verpflichtung der Kommission, 2009 Vorschläge für eine umfassendere Überarbeitung vorzulegen.

Unser Erfolg

Im Juli 2008 haben sich die europäischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbände informell auf eine Reihe von Änderungen zu den Kommissionsvorschlägen verständigt. Gegen den Widerstand der Kommission und des Rates, der EVP-ED-Fraktion und der Fraktion der Liberalen sowie verschiedener Arbeitgeberverbände in einigen Mitgliedstaaten hat unsere Fraktion drei weitere wesentliche Änderungsanträge eingebracht:

- eine bessere Definition des länderübergreifenden Charakters, damit Arbeitnehmervertreter auch dann zu Schließungen und Umstrukturierungen angehört werden müssen, wenn die diesbezügliche Entscheidung nicht in demjenigen Mitgliedstaat getroffen wird, in dem die betroffenen Arbeitnehmer tätig sind;
- verbindliche Sanktionen gegen Arbeitgeber, die der Richtlinie zuwiderhandeln;
- Streichung eines diskriminierenden Schwellenwertes von 50 Arbeitnehmern für die Arbeitnehmervertretung bei den Verhandlungen.

Wo andere uneins sind

Das Ergebnis der Abstimmung im Plenum zeigt deutlich die Uneinigkeit in den Reihen des rechten Lagers, dessen Abgeordnete sich mehrheitlich enthielten oder dagegen stimmten:

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|-------------|---------------------|------------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 67 | 29 | 16 | 8 | 145 | 63 |
| SPE | 177 | 99,5 | 1 | 0,5 | 0 | 0 |
| ALDE | 81 | 96 | 3 | 4 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 38 | 95 | 1 | 2,5 | 1 | 2,5 |
| GUE | 2 | 6,5 | 2 | 6,5 | 27 | 87 |
| IND/DEM | 4 | 24 | 11 | 65 | 2 | 11 |
| NI | 12 | 50 | 8 | 33 | 4 | 17 |
| UEN | 30 | 88 | 2 | 6 | 2 | 6 |

Unsere künftigen politischen Ziele

Das Neufassungsverfahren hat letztlich rasche Verbesserungen bei Schlüsselfragen ermöglicht, einige andere Fragen jedoch völlig außer Acht gelassen, wie etwa die Zahl der Sitzungen Europäischer Betriebsräte oder das Zurückhalten von Informationen aus Vertraulichkeitsgründen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich im nächsten Parlament mit großem Nachdruck für eine umfassende Überarbeitung der Richtlinie einsetzen, um den europäischen Arbeitnehmern in ihren Branchen künftig eine starke Stimme zu verleihen und die letzten noch bestehenden Rechtslücken zu schließen.

MITTEL FÜR UMSCHULUNGEN, HILFE BEI DER ARBEITSSUCHE Europäischer Fonds zur Anpassung an die Globalisierung

Fonds für Sofortmaßnahmen für entlassene Arbeitnehmer: Der 2007 eingerichtete und mit jährlich 500 Mio. EUR ausgestattete Europäische Fonds zur Anpassung an die Globalisierung hilft Arbeitnehmern, die aufgrund von Veränderungen im Welthandelsgefüge arbeitslos geworden sind, möglichst schnell eine neue Beschäftigung zu finden. Er dient also in erster Linie für Sofortmaßnahmen. Dabei ist es eine wichtige Errungenschaft, dass Mittel aus dem Fonds direkt an die Arbeitnehmer und nicht nur an Unternehmen gehen und sie somit in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine Unterstützung erhalten.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Verordnung wurde nach schwierigen Verhandlungen über ihre Haushaltsauswirkungen im Dezember 2006 angenommen. Da nur ein geringes Budget zur Verfügung stand, legten die Kommission und die Mitgliedstaaten sehr strenge Bedingungen für die Inanspruchnahme von Hilfe aus diesem Fonds fest. Unsere Fraktion kämpfte für die Einrichtung des Fonds und legte auch Änderungsanträge vor, um die Bedingungen für den Zugang zu dieser Hilfe flexibler zu gestalten. Dank der sozialdemokratischen Änderungsanträge:

- können Arbeitnehmer die Unterstützung aus dem Fonds bis zu 12 Monaten (anstatt 6) in Anspruch nehmen;
- können mehrere Mitgliedstaaten gemeinsame Anträge auf Unterstützung einreichen;
- kommt Arbeitgebern und Gewerkschaftern eine wichtigere Rolle zu;
- können mit Mitteln des Fonds Mikrokredite, die Validierung der erworbenen Erfahrung und die Einrichtung genossenschaftlicher Projekte zur Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit finanziert werden.

Die Zeit hat den Sozialdemokraten Recht gegeben

Um 2007 eine rasche Bereitstellung der Finanzbeiträge zu ermöglichen, akzeptierten wir einen Kompromiss mit dem Rat, wonach bei mindestens 1000 Entlassungen der Fonds aktiviert wird – wir hatten uns eigentlich für eine Untergrenze von lediglich 500 eingesetzt. Außerdem wollten wir eine Ausweitung der Definition der Entlassungen, bei denen Hilfe in Anspruch genommen werden kann, dahingehend, dass dies bei „aus internationalen Handelsentwicklungen herrührenden“ Entlassungen der Fall ist. Die Verordnung in der vorliegenden Form fand im Parlament eine große Mehrheit.

Nunmehr jedoch, nach einer zweijährigen Erfahrung mit dem Fonds, hat die Kommission Vorschläge zur Änderung der Verordnung angekündigt, die genau das vorsehen, was wir vor zwei Jahren gefordert haben: die Bewilligung von Finanzbeiträgen bei mindestens 500 Entlassungen, eine Ausweitung der Zeitspanne, in der Arbeitnehmer den Fond in Anspruch nehmen können von 12 auf 24 Monate und die Ausweitung der bislang nur „aus Handelsentwicklungen herrührenden“ Entlassungen, um auch die entsprechenden Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise mit zu berücksichtigen. Das Europäische Parlament hat die neuen Regeln, die ab dem 1. Mai 2009 Anwendung finden, mit dem folgenden Resultat angenommen:

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|------------|---------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 215 | 95 | 6 | 3.5 | 3 | 1.5 |
| SPE | 174 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 70 | 89 | 7 | 9 | 2 | 2 |
| GRÜNE | 36 | 97 | 0 | 0 | 1 | 3 |
| GUE | 2 | 7 | 0 | 0 | 26 | 93 |
| IND/DEM | 6 | 37 | 10 | 63 | 0 | 0 |
| NI | 13 | 60 | 5 | 23 | 4 | 17 |
| UEN | 23 | 74 | 7 | 23 | 1 | 3 |

INVESTITIONEN IN DAS EU-WISSENSDREIECK

Die Wettbewerbsfähigkeit Europas lässt sich am besten dadurch verbessern, dass verstärkt in Bildung, Forschung und Innovation investiert wird. Dieses Wissensdreieck ist ein zentrales Anliegen der Lissabon-Strategie und erfordert wesentliche Impulse.

Nach Ansicht der europäischen Sozialdemokraten kann ein modernes europäisches Sozialmodell nur bei starkem und nachhaltigem Wachstum gesichert werden. Forschungspolitik ist für Wettbewerbsfähigkeit und bessere Arbeitsplätze von entscheidender Bedeutung.

Schlüsselemente

Das Siebte Forschungsrahmenprogramm (RP7) ist das wichtigste Instrument der EU zur Finanzierung der Forschung. Es läuft von 2007 bis 2013 und ist mit 50,5 Mrd. EUR sowie 2,7 Mrd. EUR für die Euratom-Kernforschung und Ausbildungsmaßnahmen ausgestattet.

Das RP7 ist ein Eckpfeiler der Wissens- und Wachstumspolitik der EU. Im Hinblick auf die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraumes (EFR) baut es auf dem vorangegangenen Programm auf und setzt die positiven Erfahrungen der Forschungskooperation, die Marie-Curie-Mobilitätsaktionen und die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen fort.

Das RP7 enthält außerdem wichtige neue Elemente. Es verfügt über ein deutlich aufgestocktes Budget und vereinfachte Teilnahmeregelungen, sieht die Einrichtung eines Europäischen Forschungsrates vor und enthält das spezifische Programm „Kapazitäten“.

Die Ziele des RP7 sind in vier Kategorien untergliedert: Zusammenarbeit, Ideen, Menschen und Kapazitäten. Für jede Zielsetzung gibt es ein spezifisches Programm entsprechend den Hauptbereichen der EU-Forschungspolitik, die im Zusammenspiel dazu beitragen, die wissenschaftliche Exzellenz in Europa zu fördern.

Zusammenarbeit

Das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ umfasst 10 thematische Forschungsprioritäten, die für Europa zukünftig mit großen Herausforderungen verbunden sind: Gesundheit, Lebensmittel, Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologien, Energie, Umwelt, Verkehr, Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften, Weltraum und Sicherheit.

Die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern erfolgt durch gemeinsame Forschungsprojekte, koordinierte Forschungsprogramme und Technologie.

Ideen

Das Programm „Ideen“ ist die wichtigste Neuerung im RP7. Erstmals stellt Europa Zuschüsse für die Grundlagenforschung bereit. Ziel des Programms ist es, Exzellenz, Dynamik und Kreativität der europäischen Forschung zu stärken und die Attraktivität Europas für Spitzenforscher aus europäischen Ländern und Drittländern zu erhöhen.

Anliegen des Europäischen Forschungsrates ist die Unterstützung bestmöglicher wissenschaftlicher Arbeit in allen wissenschaftlichen Bereichen, das heißt sowohl in den Natur- als auch in den Geisteswissenschaften. Er stellt die Exzellenz in den Mittelpunkt der europäischen Forschung und verhilft der Pionierforschung zu einem neuen Status und höherem Ansehen. Bei einer Mittelausstattung von 7,5 Mrd. EUR werden Zuschüsse an junge wie auch an erfahrene Forscher vergeben.

Menschen

Die Marie-Curie-Maßnahmen, mit denen im RP6 so positive Erfahrungen gemacht wurden, werden im RP7 weiterentwickelt. Durch sie wird das Humanpotenzial in der EU-Forschung sowohl quantitativ als auch qualitativ gestärkt, und junge Leute werden ermutigt, eine berufliche Laufbahn in der Forschung einzuschlagen. Sie werden die Mobilität innerhalb der EU fördern und den Braindrain verringern, wobei Forscher aus der ganzen Welt für die Arbeit in Europa gewonnen werden.

Zu den spezifischen Maßnahmen dieses Programms gehören die Erstausbildung von Forschern, lebensbegleitendes Lernen und Laufbahnentwicklung, Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen Industrie und Hochschulen und die Vermittlung internationaler Erfahrungen.

Kapazitäten

Ziel dieses Programms ist die Verbesserung der Forschungs- und Innovationskapazitäten in ganz Europa. Es legt den Schwerpunkt auf Aspekte wie Forschungsinfrastrukturen, Forschung zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen, Schaffung von wissensorientierten Regionen, Wissenschaft und Gesellschaft und internationale Zusammenarbeit.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Dank der Kenntnisse und des guten Rufes des ehemals für Forschung zuständigen Kommissionsmitglieds Philippe Busquin konnte die Sozialdemokratische Fraktion im EP und auch bei der Aushandlung des RP7 mit der Kommission und dem Rat eine entscheidende Rolle spielen.

Der sozialdemokratischen Initiative sind die Schaffung des Europäischen Forschungsrates wie auch die beträchtliche Aufstockung des RP7-Haushalts zu verdanken (wir kämpften hart um die Sicherung der von der Kommission vorgeschlagenen 72 Mrd. EUR).

Wir haben die Regeln für die Teilnahme am Programm vereinfacht. Wir haben den bürokratischen Aufwand für Forscher, die EU-Mittel in Anspruch nehmen wollen, verringert. Und wir haben für die Beibehaltung der Forschungsfinanzierung im sensiblen Bereich der Stammzellenforschung gekämpft.

DIE ROLLE DER EU IN DER WELT

EINE SICHERERE WELT

Ungeachtet der Medienberichte über die Eskalation aller Formen von Krieg und Gewalt dürfen wir nicht vergessen, dass die Zahl der kriegerischen Konflikte und der Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich zurückgegangen ist, nämlich um rund 80 %.

Dadurch hat sich die Rolle der Streitkräfte der EU-Staaten grundlegend gewandelt.

Die **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)** muss auf humanitäre Hilfe, Konfliktverhütung, Friedensschaffung und Friedenserhaltung ausgerichtet sein, und zwar – wie wir als Befürworter des Multilateralismus meinen - auf der Grundlage eines UN-Mandats.

Aus diesem Grunde hat die Sozialdemokratische Fraktion in dieser Wahlperiode darauf bestanden, dass **der Schutz von Menschen Vorrang vor dem Schutz von Territorien** haben muss. Sie schlug die Schaffung einer europäischen schnellen Eingreiftruppe mit zivilen und militärischen Ressourcen vor, um eine möglichst rasche Reaktion auf **Naturkatastrophen** zu ermöglichen. Als wir jedoch im Juni 2008 einen entsprechenden Änderungsantrag in den Bericht des SPE-Abgeordneten Helmut Kuhne über die Umsetzung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufnahmen, wurde unser Vorschlag leider von den rechtsgerichteten Fraktionen und einigen Europagegnern in der Vereinigten Europäischen Linken (GUE) abgelehnt (312 zu 307 Stimmen).

Bei der Friedensschaffung und Nationenbildung im Anschluss an die Konfliktbeilegung steht für die Sozialdemokraten die Schutzverantwortung im Mittelpunkt, während die Konservativen den Akzent auf die Souveränität der Staaten legen. Wir stehen voll und ganz hinter dem Konzept der Schutzverantwortung, in dem die Vereinten Nationen ein Instrument zur Förderung der Sicherheit des Menschen sehen. Allerdings ist der Schutz vor Völkermord, Kriegsverbrechen und ethnischer Säuberung in erster Linie Aufgabe der Regierungen der Staaten, in denen derartige Verbrechen begangen werden.

Dass die Sozialdemokratische Fraktion das Konzept der Schutzverantwortung befürwortet und der menschlichen Sicherheit Vorrang einräumt, bestätigten im Februar 2009 die Änderungsanträge der SPE im Bericht von Wogau, die mit 293 (SPE, V, ALDE) zu 286 Stimmen (EVP, GUE, Front National, UEN) angenommen wurden.

Unser Erfolg

Die Sozialdemokratische Fraktion unterstützte sämtliche Maßnahmen, die sich auf den Schutz von Menschen bezogen. Dies betraf folgende Themen:

- das Verbot von **Antipersonenminen**;
- ein Moratorium für die Verwendung von Waffen mit abgereichertem Uran;
- **den Raketenabwehrschild**: ein Änderungsantrag unserer Fraktion, in dem wir Vorbehalte gegen den geplanten US-Raketenabwehrschild in Europa geltend machten, wurde mit 325 zu 303 Stimmen angenommen (Bericht Kuhne zur ESVP 2008). In dem angenommenen Text vertritt das EP die Auffassung, „dass der Plan der Vereinigten Staaten, zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Raketenabwehrsystem in Europa einzurichten, die internationalen Abrüstungsbemühungen behindern könnte“.
(**Leider** wurde ein Änderungsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion mit der Forderung nach **Demilitarisierung und Denuklearisierung der Arktis** abgelehnt (281 zu 351 Stimmen), weil die Liberalen, die EVP und die Union für ein Europa der Nationen vehement dagegen stimmten).
- **die Kontrolle der Waffenexporte**, indem der EU-Verhaltenskodex für Waffenexporte rechtsverbindlich gemacht wird:

Im Dezember 2008 wurden auf EU-Ebene endlich klare und rechtsverbindliche Regeln für Waffenexporte aufgestellt. Ab sofort sind Waffenexporte in Länder, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, gegen Menschenrechte verstoßen oder an der Weiterverbreitung von Waffen beteiligt sind, grundsätzlich verboten.² Dies ist eine große Errungenschaft der Sozialdemokraten, die seit mehr als zehn Jahren für eindeutige Vorschriften gekämpft haben.

- den Einsatz der EUFOR (European Union Force) im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik; den Schutz von Flüchtlingen, Vertriebenen und Hilfspersonal in Darfur. Die Fraktion befürwortet prinzipiell alle ESVP-Missionen, deren Ziel die **(Wieder-) Herstellung der Rechtsstaatlichkeit** ist;
- die **Satellitenbeobachtung** als Instrument zur Früherkennung von Naturkatastrophen, Unterstützung von Friedensmissionen, Überwachung der Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags und Terrorismusbekämpfung;
- Die Sozialdemokratische Fraktion stand an der Spitze einer Kampagne zur Stärkung des **Atomwaffensperrvertrags** und Einbeziehung von Nuklearmächten, die ihre Nuklearwaffen abbauen wollen;
- Die Sozialdemokratische Fraktion ist für ein ausgewogenes partnerschaftliches Verhältnis zwischen der NATO, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem multilateralen Sicherheitssystem im Rahmen der UN.

Um zu verdeutlichen, dass der Schutz der Bevölkerung weiterhin ihr vorrangiges Ziel ist, betonte die Sozialdemokratische Fraktion in ihren Änderungsanträgen, dass „die internationale Gemeinschaft unbedingt erneut die gegenwärtige Strategie in **Afghanistan** prüfen muss“, und verwies auf die Notwendigkeit, „die Mittel für die Wiedereingliederung der Flüchtlinge aufzustocken“. Diese Änderungsanträge wurden angenommen. Gleiches gilt für den Änderungsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion, in dem unterstrichen wurde, dass das US-Programm geheimer Inhaftierungen gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte verstößt. Abgelehnt wurden jedoch die von uns eingebrachten Änderungsanträge mit der Forderung an die Vereinigten Staaten, „ihr Programm geheimer Inhaftierungen zu beenden“ (248 zu 323 Stimmen) bzw. mit der Aussage, dass „die Truppen der Koalition ... keine Gefangenen an die afghanischen Strafverfolgungsbehörden ausliefern sollten“.

Mit Blick auf die **Einsparung von Steuergeldern** unterstützte die Sozialdemokratische Fraktion Maßnahmen zur Förderung der Konvergenz, operationellen Kompatibilität, **Standardisierung** von Verfahren, der Zusammenlegung von Ressourcen und gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Von diesem Anliegen zeugte auch ein Änderungsantrag der SPE zum Bericht Vatanen über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU vom Februar 2009, in dem wir „im Interesse der Synergie eine bessere und effizientere Koordinierung der Investitionen in die Verteidigung auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten“ forderten (ursprünglicher Text: „...dass auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten unbedingt mehr in die Verteidigung investiert werden muss“) und der mit 302 zu 274 Stimmen angenommen wurde (EVP, UEN, GUE enthielten sich der Stimme). Wir wollen sicherstellen, dass EU-Missionen mit europäischer Ausrüstung durchgeführt werden und dass die Möglichkeit zu autonomen Entscheidungen und Aktionen besteht. Dazu gehört auch, dass sicherheitsrelevante Projekte (Galileo) sowie bestimmte Operationen aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Die Sozialdemokratische Fraktion ist dagegen, sämtliche Kosten auf die Länder abzuwälzen, die sich an ESVP-Einsätzen beteiligen.

² Im Zusammenhang mit dem Thema Waffenexporte ist auf eine aktuelle SIPRI-Studie (<http://books.sipri.org/files/insight/SIPRIInsight0803.pdf>) hinzuweisen, wonach die EU-Flugsicherheitsregeln (Schwarze Liste, EG-Verordnung Nr. 474/2006) einen merklichen Rückgang der Waffenlieferungen zur Folge hatten. Der Waffenschmuggel auf dem Luftweg lässt sich am besten bekämpfen, indem gezielte Flugsicherheitsregeln mit außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen sowie mit Entwicklungshilfe und technischer Unterstützung kombiniert werden.

FÜR DIE ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER WELT

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat sich stets für Menschenrechte und Demokratie in der Welt stark gemacht. Mit ihren Entschlüssen, Berichten, Missionen und Anfragen an die Kommission hat sie sich kontinuierlich für die Wahrung grundlegender Menschenrechtsstandards auch in den schlimmsten Krisengebieten eingesetzt.

Sozialdemokratische Abgeordnete waren an der Ausarbeitung der jährlichen Berichte des Parlaments über die Menschenrechtssituation in der Welt und über die Menschenrechtspolitik der EU beteiligt. In diesen Berichten erging an die EU wiederholt die Forderung nach einem verstärktem Engagement für:

- **die Abschaffung der Todesstrafe**

Bei einer Abstimmung im Februar 2007, bei der es um die Unterstützung des UN-Moratoriums für die Todesstrafe ging, stimmten die Fraktionen wie folgt:

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|------------|---------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 194 | 86 | 16 | 7 | 15 | 6,5 |
| SPE | 185 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 88 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 38 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| UEN | 18 | 49 | 12 | 32 | 7 | 19 |
| GUE | 34 | 97 | 0 | 0 | 1 | 3 |
| IND/DEM | 3 | 19 | 8 | 50 | 5 | 6 |
| ITS | 10 | 60 | 5 | 29 | 2 | 11 |
| NI | 8 | 62 | 4 | 31 | 1 | 8 |

Dazu ist anzumerken, dass die britischen Konservativen als eine der größten Delegationen im Europäischen Parlament in der Frage der Todesstrafe nicht mit der EVP-ED konform gingen und sich auch klar gegen ihre britische Parteilinie stellten. Tatsächlich stimmten acht Tories (darunter der fraktionslose Helmer) gegen das Moratorium, und acht enthielten sich bei dieser bedeutsamen Thematik der Stimme. **Die Sozialdemokratische Fraktion war einmütig für eine sofortige Abschaffung der Todesstrafe in allen Ländern.**

- **den wirksamen Einsatz von Sanktionen gegen Schurkenregimes**

Im August 2008 stimmte die Sozialdemokratische Fraktion für wirksamere Sanktionen der EU gegen Schurkenstaaten, um zu verhindern, dass die dortige Bevölkerung bestraft wird.

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|-------------------|------------|---------------------|----------|---------------------|----------|
| EVP-ED | 199 | 89 | 0 | 0 | 24 | 11 |
| SPE | 176 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 74 | 98 | 0 | 0 | 1 | 2 |
| GRÜNE | 35 | 97 | 0 | 0 | 1 | 3 |
| UEN | 31 | 94 | 0 | 0 | 2 | 6 |
| GUE | 7 | 26 | 19 | 70 | 1 | 4 |
| IND/DEM | 3 | 30 | 7 | 70 | 0 | 0 |
| NI | 3 | 14 | 10 | 45 | 9 | 41 |

Auch hier folgten die britischen Konservativen nicht der EVP-ED, sondern enthielten sich in dieser bedeutsamen Frage – in der die EU in der Welt ein gewichtiges Wort mitzureden hat – der Stimme

und brachten damit deutlich ihre Geringschätzung für die Menschenrechte in der Welt zum Ausdruck. **Die Sozialdemokratische Fraktion trat vollkommen geeint auf.**

Auch folgende Anliegen setzten wir mit Erfolg durch:

- systematische Berücksichtigung der Menschenrechtspolitik bei allen Abkommen der EU mit Drittländern
- Verbot aller Formen der Rassendiskriminierung
- Ausbau der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- Beseitigung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen
- Verhinderung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
- Schutz der Rechte des Kindes
- Verhinderung von Menschenhandel
- Ausbau der Rechte von Minderheiten
- Aufstockung der Mittel für demokratische Basisorganisationen in politisch unruhigen Ländern durch das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)
- bessere Vollstreckung der Entscheidungen des Internationalen Strafgerichtshofs, insbesondere in Darfur.

Die Sozialdemokratische Fraktion war die treibende Kraft hinter den Bemühungen zur Verbesserung der Menschenrechtsdialoge und -konsultationen mit Drittstaaten. In dem Bericht von Elena Valenciano (SPE, Spanien) über die Funktionsweise der Dialoge und Konsultationen mit Drittstaaten zu Menschenrechtsfragen (2007) wurde die EU aufgerufen, sich im Umgang mit Drittstaaten stärker für zivile, politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Rechte einzusetzen. Es erging sogar die Forderung, diese Fragen auf höchster politischer Ebene zu behandeln.

Außerdem haben wir uns für eine aktivere und konstruktivere Rolle der EU im Rahmen der Vereinten Nationen eingesetzt.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich stets dafür ausgesprochen, die Europäische Nachbarschaftspolitik zur Förderung von Menschenrechtsstandards in den Nachbarländern zu nutzen, indem die finanzielle Zusammenarbeit von der Einhaltung bestimmter Mindeststandards abhängig gemacht wird.

DIE EU UND DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER

Für eine wirksame Hilfe und faire Partnerschaft

Das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit

Die EU ist in politischer wie auch wirtschaftlicher Hinsicht ein Hauptpartner der UN bei der Bekämpfung von Armut und der Förderung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Sie leistet mehr als die Hälfte der weltweit gewährten offiziellen Entwicklungshilfe, verfügt über die erforderlichen Kapazitäten, um zum effizientesten Geber zu werden, und sollte daher weiterhin eine führende Rolle bei der Förderung von Reformen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Hilfe übernehmen.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Sozialdemokraten trugen maßgeblich dazu bei, dass die Kommission das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit annahm, das bessere Grundlagen für die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft schuf, indem es die verschiedenen geografischen und thematischen Instrumente unter einem Dach vereinte. In der betreffenden Verordnung wird hervorgehoben, dass die Millenniums-Entwicklungsziele die Richtschnur für die politische Strategie der Gemeinschaft bei der Entwicklungszusammenarbeit darstellen und dass die Ziele dieser Politik in der Bekämpfung von Armut, der Schaffung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und einer harmonischen, schrittweisen Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft bestehen. Dem Drängen der Sozialdemokraten ist es zu verdanken, dass das Instrument eine demokratische Kontrolle der Entwicklungsprogramme der Kommission durch das Parlament vorsieht, um sicherzustellen, dass die Mittel tatsächlich für das oberste Ziel - die Armutsbekämpfung - eingesetzt werden.

Die Bemühungen der EU um die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele dienen als wichtiger Katalysator und Beispiel für andere Geber. Im Jahr 2007 war jedoch zum ersten Mal ein Rückgang der EU-Entwicklungshilfe zu beobachten. Wenn dieser Trend nicht umgekehrt wird, besteht die ernsthafte Gefahr, dass die EU ihre Zielvorgabe für 2010 nicht erreicht und damit ihre Zusage nicht einhält. Außerdem könnten der enorme Anstieg der Lebensmittelpreise und der weltweite Wachstumseinbruch die bereits erzielten Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichte machen, wenn in den Entwicklungsländern keine weiteren Investitionen in die Agrar- und Ernährungsindustrie erfolgen.

Unser Erfolg

Um diesen negativen Trends entgegenzuwirken, forderte die Sozialdemokratische Fraktion verbindliche nationale Zeitpläne für die Aufstockung der realen Hilfe, damit der zugesagte kollektive Zielwert von 0,56 % des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2010 bzw. 0,7 % im Jahr 2015 erreicht wird. Das Europäische Parlament trug diese Forderung mit.

Auch für die folgenden Forderungen gewann die Sozialdemokratische Fraktion Unterstützung:

- gemeinsame Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Kommission mit dem Ziel, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht, dass ihre Hilfeleistungen auf die Prioritäten der Partnerländer abgestimmt sind und dass ihre Maßnahmen generell in stärkerem Maße harmonisiert, transparent, vorhersehbar und kollektiv wirksam sind;
- Nutzung angemessener Mechanismen zur Einbeziehung der neuen Mitgliedstaaten in zunehmend koordinierte internationale Konzepte für die Entwicklungspolitik und die Entwicklungshilfe;
- mehr Engagement für die Millenniums-Entwicklungsziele im gesundheitlichen Bereich;
- größere Teilhabe von Frauen und Frauenbewegungen an Konzeption und Durchführung von Maßnahmen und Programmen; Umsetzung, Überwachung und Evaluierung sollten als

integraler Bestandteil jeder Maßnahme zur Garantie einer echten Teilhabe gesehen werden, vor allem in Anbetracht der überproportional großen Auswirkungen der Armut auf Frauen;

- verstärkte Finanzierung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zu seiner Begrenzung in den Entwicklungsländern, insbesondere im Rahmen der Globalen Allianz gegen den Klimawandel, unter besonderer Betonung der Notwendigkeit, dafür zusätzliche Mittel aufzubringen und nicht den Europäischen Entwicklungsfonds für diese Zwecke zu verwenden;
- enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, regionalen und kommunalen Behörden und der Zivilgesellschaft.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen: ein Entwicklungsinstrument für die AKP-Länder

Die Sozialdemokraten haben sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Ländern (Afrika, Karibik und Pazifik) entwicklungsfreundlich sind und wirklich den Bedürfnissen der AKP-Länder entsprechen. In der Frage der gegenseitigen Marktöffnung von EU und Entwicklungsländern zeigt sich jedoch eine klare ideologische Trennlinie zwischen den fortschrittlichen Kräften im EP und dem liberal-konservativen Lager. Die Sozialdemokratische Fraktion ist konsequenter Befürworter dieses neuen Handelsinstruments, das die Entwicklung fördern kann, indem es einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum, zur regionalen Integration, zur wirtschaftlichen Diversifizierung und zur Verringerung der Armut leistet.

Wir sind der Auffassung, dass die WPA folgende Zielsetzungen haben sollten: Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung der AKP-Staaten durch verbindliche Entwicklungszusagen, Förderung ihrer Beteiligung am Welthandel, Stärkung des Regionalisierungsprozesses, Wiederbelebung des Handels zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten und Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung der AKP-Staaten. Ein detaillierterer Bericht über unsere Arbeit zu WPA ist im Kapitel "Kampf für fairen Handel und globale Wirtschafts- und Finanzierungsformen" zu finden.

Die EVP und die Liberalen sind dagegen, die Abkommen auf den Warenhandel zu beschränken. Sie wollen den AKP-Ländern Verhandlungen zu den Bereichen Dienstleistungen, geistiges Eigentum, öffentliches Auftragswesen und Wettbewerbspolitik aufzwingen. Nach Ansicht der Sozialdemokraten sollte der Dienstleistungssektor nur auf Wunsch von AKP-Ländern in die Abkommen einbezogen werden, die zudem stets eine Entwicklungsorientierung aufweisen müssen. Wichtig sind auch solide aufsichtsrechtliche Regelungen, um die Erbringung von Universaldienstleistungen zu gewährleisten und eine Ausbeutung der gewinnträchtigsten Sektoren dieser Länder zu verhindern.

Während die Sozialdemokratische Fraktion den Standpunkt vertritt, dass die AKP-Staaten genügend Zeit für eine umfassende Beteiligung an allen Verhandlungen sowie die Möglichkeit zur Neuverhandlung strittiger Fragen bekommen müssen, lehnen die EVP und die Liberalen dies ab.

Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Mitgliedstaaten auf, die „Aid for Trade“-Zusagen einzuhalten und zu gewährleisten, dass diese Handelshilfe zusätzlich zu den Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) bereitgestellt wird. Es kommt darauf an, die Prioritäten der AKP-Länder unbedingt zu berücksichtigen und eine zeitnahe und berechenbare Auszahlung der Finanzhilfe sicherzustellen, die auf die Durchführungszeitpläne nationaler und regionaler strategischer Entwicklungspläne abgestimmt ist. Die EVP und die Liberalen dagegen legen keinen Wert auf die Beachtung der Prioritätenliste der AKP-Staaten.

Abstimmungsergebnisse

Bei der namentlichen Abstimmung zum Bericht Schröder im Februar 2009 erzielte die Sozialdemokratische Fraktion keine parlamentarische Mehrheit für ihr Konzept. Die EVP und die Liberalen ließen die Entwicklung außer Acht und konzentrierten sich ganz auf den Freihandel und den kommerziellen Aspekt, womit sie das Europäische Parlament in ein schlechtes Licht rückten.

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------|----------|--------------|-----|--------------|----------|
| EVP-ED | 222 | 99 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| SPE | 4 | 2 | 159 | 97 | 1 | 1 |
| ALDE | 61 | 97 | 2 | 3 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 1 | 3 | 32 | 94 | 1 | 3 |
| GUE | 0 | 0 | 28 | 100 | 0 | 0 |

Kampf gegen die globale Lebensmittelkrise

Die Sozialdemokraten haben sich wegweisend für die Bekämpfung der globalen Lebensmittelkrise engagiert, in deren Folge die Zahl der Hungernden in der Welt sprunghaft angestiegen ist (auf mehr als 900 Millionen). Dank ihrer Anstrengungen genehmigte das Europäische Parlament zusätzlich 1 Milliarde Euro für die Entwicklungsländer, um die Auswirkungen der hohen Lebensmittelpreise abzumildern.

2. Die Millenniums-Entwicklungsziele – klare Spaltung zwischen fortschrittlichen und konservativen Kräften

Das deutlichste Beispiel für die ideologische Trennlinie zwischen dem progressiven und dem konservativen Lager ist die Einstellung zur Frage der Rechte und Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, die ein wesentliches Millenniums-Entwicklungsziel darstellt. Die Sozialdemokratische Fraktion will erreichen, dass die EU auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik eine starke politische Führungsrolle übernimmt und sich dem bislang vernachlässigten Thema der sexuellen und reproduktiven Gesundheit der Frauen und der damit verbundenen Rechte zuwendet.

Während sich die Sozialdemokraten dabei vor allem für die Rechte der Frauen einsetzen, ist die EVP-ED sogar dagegen, dass in Berichten und Entschließungen die Begriffe „Rechte“ und „Dienste“ verwendet werden. Grund für diese Ablehnung ist die ideologische These, dass die Befürwortung dieser Rechte der Befürwortung von Abtreibung gleichkommt. Würde das Parlament diesem Argument der Konservativen folgen, dann sähen der Rat und die Kommission keine Veranlassung, die Hilfe für das Gesundheitswesen in den Entwicklungsländern – und eben auch für die Förderung dieser Rechte - aufzustocken. Es wäre empörend gewesen, wenn das Parlament tatsächlich einen solchen Standpunkt bezogen hätte, denn Müttersterblichkeit kann durchaus verhindert werden, wenn den Frauen eine entsprechende gesundheitliche Betreuung geboten wird. Bislang konnten die Sozialdemokraten im Bündnis mit den Liberalen, den Grünen und der Vereinigten Linken ein solches Abstimmungsergebnis verhindern.

Die Frage muss im Zusammenhang mit der generellen Einstellung zur Lage der Frauen in den Entwicklungsländern gesehen werden. Die Konservativen nehmen den geringen Status und geringen Wert der Frauen in diesen Ländern offenbar einfach hin und sind daher der Ansicht, dass der Westen ihnen nicht „seine Normen und Werte aufzwingen sollte“, da dies „umstritten“ und „moralisch fragwürdig“ sei. Insgesamt tendiert der rechte Flügel dazu, geschlechterspezifischen Fragen weniger Bedeutung beizumessen, besonders wenn es um sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte geht.

Abstimmungsergebnisse

Dass die Sozialdemokratische Fraktion für sexuelle und reproduktive Gesundheit (SRG) und SRG-Rechte eintritt, zeigte auch ihr Abstimmungsverhalten bei verschiedenen Berichten und Entschlüssen zu dieser Thematik. Die namentlichen Abstimmungen zu diesen Berichten ergaben, dass die gemäßigeren Konservativen (die in der EVP-ED in der Minderheit sind) ebenso wie wir für SRG-Rechte votieren, während die stärker konservativ und religiös orientierten Mitglieder gegen eine verbesserte Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von SRG-Angeboten sind. Bei der namentlichen Abstimmung trat innerhalb der EVP-ED kein einheitliches Muster zutage, was die nationale Einstellung zu diesen Fragen anbelangt. Sogar innerhalb ein und derselben nationalen Delegation gibt es Für- und Gegenstimmen (ein Beispiel ist die spanische *Partido Popular*). Im Allgemeinen werden SRG-Rechte von den skandinavischen EVP-ED-Mitgliedern befürwortet, während die Abgeordneten aus den neuen Mitgliedstaaten (insbesondere Polen und Slowakei), die britischen Tories und die deutschen Christdemokraten sie in der Mehrheit ablehnen. Da jedoch die anderen Fraktionen - mit Ausnahme der UEN und einiger IND/DEM-Mitglieder – für die SRG-Rechte stimmen, gehen die Abstimmungen über entsprechende Änderungsanträge bzw. Berichte und Entschlüsse aus Sicht der Sozialdemokraten positiv aus.

Namentliche Abstimmung über den Bericht „Gleichstellung und Teilhabe – die Rolle der Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit“, 13. März 2008 - Schlussabstimmung

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------|-----|--------------|----|--------------|----|
| EVP-ED | 71 | 35 | 90 | 44 | 42 | 21 |
| SPE | 134 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| ALDE | 67 | 94 | 3 | 5 | 1 | 1 |
| GRÜNE | 30 | 99 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| GUE | 31 | 99 | 0 | 0 | 1 | 1 |

Namentliche Abstimmung im Plenum über den Bericht „Millenniums-Entwicklungsziele: Zwischenbilanz“ (Berichterstatteerin Glenys Kinnock), 20. Juni 2007 - Schlussabstimmung

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------|-----|--------------|-----|--------------|-----|
| EVP-ED | 123 | 52 | 15 | 6 | 101 | 21 |
| SPE | 190 | 98 | 1 | 0,5 | 2 | 1,5 |
| ALDE | 92 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| GRÜNE | 38 | 99 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| GUE | 31 | 84 | 0 | 0 | 6 | 16 |

Namentliche Abstimmung im Plenum über den Bericht „Millenniums-Entwicklungsziel 5“ (Müttergesundheit), 4. September 2008

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------|-----|--------------|----|--------------|----|
| EVP-ED | 63 | 27 | 142 | 62 | 23 | 11 |
| SPE | 176 | 99 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| ALDE | 75 | 99 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| GRÜNE | 35 | 99 | 0 | 0 | 1 | 1 |
| GUE | 27 | 100 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Unser Erfolg

Wir gewannen bei allen Berichten und Entschlüssen, in denen es um Millenniums-Entwicklungsziele, Gesundheit, Geschlechtergleichheit und die Machtteilhabe von Frauen ging, Unterstützung für die Rechte der Frauen im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit.

Wo andere uneins sind

Bei zwei Fragen zeigte sich die Spaltung innerhalb der Rechten mit besonderer Deutlichkeit.

Zum einen waren dies die Rechte und Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Wie bei mehreren Aussprachen ersichtlich wurde, treten nicht nur alle sozialdemokratischen Abgeordneten für diese Rechte ein, sondern es stellen sich auch einige EVP-ED-Mitglieder hierbei gegen die konservative Mehrheit in ihrer Fraktion.

Bei der Aussprache zum Bericht Uca am 13. März 2008 wurde die Linke von dem polnischen EVP-ED-Abgeordneten Filip Kaczmarek offen bezichtigt, „Abtreibung zu fördern“: „Wer Restriktionen gegenüber der Bevölkerung in armen Ländern sowie die Förderung von Verhütung oder Abtreibung befürwortet, sollte sich nicht hinter Begriffen wie Gesundheit und reproduktive Rechte verstecken... Mutet es nicht etwas seltsam an, wenn Europäer jenseits der europäischen Grenzen Empfängnisverhütung und Abtreibung fördern und finanzieren?“

Ein weiterer EVP-ED-Abgeordneter, der Ire Gay Mitchell, zog Parallelen zwischen der Ablehnung von Änderungsanträgen, in denen die Streichung sexueller und reproduktiver Rechte gefordert worden war, und der Machtübernahme der Nazis: „In der gesamten Geschichte haben Mehrheiten geirrt, beispielsweise in den dreißiger Jahren in Österreich und in Deutschland.“

Die Schattenberichterstatteerin der Sozialdemokratischen Fraktion Anne Van Lancker erwiderte: „Ich halte es für unerhört, dass Kollegen der EVP- und der UEN-Fraktion die klare Sprache über sexuelle und reproduktive Gesundheit in dem Bericht streichen möchten. Wenn Frauen nämlich über ihren Körper selbst bestimmen und selbst entscheiden können, ob sie Kinder haben wollen, werden damit nicht nur Millionen Frauenleben gerettet, sondern werden auch Kindern größere Chancen geboten und die Gemeinschaften stärker. Wer dies in Abrede stellt, unterläuft damit den 1994 von der internationalen Gemeinschaft unterschriebenen Konsens zu Bevölkerung und Entwicklung, und das werden wir nicht zulassen.“

Bei der Aussprache zur Zwischenbilanz der Millenniums-Entwicklungsziele am 19. Juni 2007 sprach der britische EVP-ED-Abgeordnete Nirj Deva den Frauen sexuelle und reproduktive Rechte ab: „Noch haben diese Ziffern etwas mit sexuellen oder reproduktiven Rechten zu tun, denn Abtreibung hat keinen Bezug zur Sexualität: Sie ist nicht gesund, sie hat natürlich nichts mit Reproduktion zu tun – ganz im Gegenteil – und sie ist meines Erachtens keinesfalls ein Recht.“

Allerdings sind nicht alle EVP-ED-Abgeordneten ein und derselben Meinung. Die finnische Konservative Pii-Noora Kauppi führte aus: „Ich halte die Gesundheitsfürsorge für Frauen im Allgemeinen für einen sehr wichtigen Teil der Menschenrechte, und diese erstrecken sich ganz gewiss auch auf Leistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. ... Bei den Angeboten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit in den Entwicklungsländern geht es auch nicht um Abtreibung, sondern vielmehr darum, dass Frauen wissen, welche Möglichkeiten sie haben und dass sie das Recht haben, eigene Entscheidungen zu treffen.“

In der Aussprache zur Entschlüsselung über das MDG 5 (Müttersterblichkeit) sagte der italienische EVP-ED-Abgeordnete Carlo Casini: „Ich kann jedoch nicht verhehlen, dass es mir Unbehagen bereitet, wenn ich höre, wie in internationalen Kreisen der Begriff ‚reproduktive Gesundheitsdienste‘ missbraucht wird: Wir wollen reproduktive Gesundheitsdienste, können es aber nicht zulassen, dass dazu auch die freiwillige Abtreibung gehört und die tragische Vernichtung menschlicher Wesen im Anfangsstadium ihrer Existenz damit zu einem sozialen Dienst wird.“

Anne Van Lancker entgegnete: „...jährlich werden 50 Millionen Frauen ungewollt schwanger, weil sie keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. 42 Millionen dieser Frauen unterziehen sich einer unsicheren Abtreibung, 80.000 sterben daran. Das sind die harten Fakten. Die allermeisten dieser Frauen leben in Afrika südlich der Sahara...“

In derselben Aussprache meinte der polnische EVP-ED-Abgeordnete Filip Kaczmarek: „Bedauerlicherweise herrscht in einigen entwickelten Ländern noch immer die Tendenz, das Problem zu ideologisieren und sich auf ein wirklich recht kontroverses Thema zu konzentrieren, nämlich die reproduktiven Rechte. ... Darum fällt es schwer, der Behauptung zuzustimmen, reproduktive Gesundheit sollte eine vorrangige Stellung in der Entwicklungspolitik einnehmen.“

Glenys Kinnock hielt entgegen, man solle sich dessen bewusst sein, „dass 19 % der Todesfälle von Müttern auf unsichere Abtreibungen zurückzuführen sind ... Wenn wir den Blick auf die Rechte der sexuellen und reproduktiven Gesundheit lenken, hören wir von der anderen Seite, sie habe Probleme mit dem Vokabular dieser Entschließung. Offensichtlich wollen sie nicht einmal das Wort ‚Rechte‘ benutzen; ebenso wenig das Wort ‚Dienste‘. Ich fürchte, diese Wortklaubereien würden keinen großen Anklang finden bei den Tausenden und Abertausenden trauernder mutterloser Kinder in den Entwicklungsländern oder bei den Kindern, deren Mütter qualvoll gestorben sind, weil kein Narkotikum zur Hand war...“.

Uneinigkeit herrschte in den Reihen der Konservativen auch in Bezug auf die Rolle der Union in der Entwicklungszusammenarbeit. Wie sich bei mehreren Abstimmungen im Entwicklungsausschuss zeigte, gibt es in der EVP-ED-Fraktion zwei Lager: diejenigen, die eine stärkere Rolle der Union befürworten, und diejenigen – meist britische Konservative -, die ein eher nationalstaatliches Konzept bevorzugen. So lehnten die meisten EVP-ED-Mitglieder im Entwicklungsausschuss die Änderungsanträge eines britischen EVP-ED-Kollegen zur **Stellungnahme zu den Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die Entwicklung des institutionellen Gleichgewichts der EU** ab: Der konservative Euroskeptiker wollte die Rolle der Union in der Entwicklungszusammenarbeit beschneiden und forderte ein Referendum zum Lissabon-Vertrag. Auch bei der Stellungnahme zum **Gemeinsamen Europäischen Asylsystem** lehnte die Mehrheit der EVP-ED-Mitglieder die Änderungsanträge eines britischen Konservativen ab, die sich gegen das System richteten.

Unsere künftigen politischen Ziele

- Die Sozialdemokratische Fraktion will dafür sorgen, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit den AKP-Ländern entwicklungsfreundlich sind und den Belangen und Interessen der AKP-Länder umfassend Rechnung tragen. Die WPA sind mehr als nur ein Freihandelsinstrument.
- Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich auch weiterhin um klare Zeitpläne und verbindliche praktische Zusagen für die Einlösung der Entwicklungshilfeversprechen der reichen Länder bemühen und sich dafür einsetzen, dass trotz Wirtschaftskrise keine Abstriche an der Entwicklungshilfe vorgenommen werden.
- Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich für einen positiven Wandel in afrikanischen Krisengebieten wie z. B. Simbabwe, der Demokratischen Republik Kongo, Sudan und Somalia engagieren.

FÜR EIN EINFORDERBARES RECHT AUF NAHRUNG

Angesichts des Anstiegs der Lebensmittelpreise, der für Millionen Menschen dramatischen Folgen hat, gab die Sozialdemokratische Fraktion entscheidende Anstöße für eine diesbezügliche Aussprache im Europäischen Parlament im April 2008 - noch ehe die Lebensmittelkrise begann Schlagzeilen zu machen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass 850 Millionen Menschen Tag für Tag Hunger leiden müssen. Deshalb stellten wir das Recht aller Menschen auf Nahrung in den Mittelpunkt der EP-Entschießung vom Mai 2008 zum weltweiten Preisanstieg bei Lebensmitteln.

Unser Erfolg

Wir waren die treibende Kraft hinter der Forderung des Parlaments an den Rat, sein Engagement für die Millenniums-Entwicklungsziele zu verstärken und ständig die Fortschritte bei ihrer Erreichung zu überwachen, was insbesondere für das erste dieser Ziele – die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger - gilt.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Sozialdemokratische Fraktion setzte sich für ein Verbot der ihrer Meinung nach skandalösen Investment- und Versicherungsprodukte ein, die von Preisspekulationen bei Lebensmitteln profitieren. Aufgrund fehlender Unterstützung durch den rechten Flügel des Parlaments, d. h. die große Mehrheit der EVP-ED und der Liberalen, konnte die Forderung nach angemessenen Regelungen zur wirksameren Eindämmung der Spekulationstätigkeit nicht durchgesetzt werden. Außerdem stellte sich dieser Flügel gegen eine Überprüfung der Befugnisse einzelstaatlicher Aufsichtsgremien im Lebensmittelbereich. Obwohl unsere Fraktion einstimmig für diese Maßnahmen votierte, konnten wir im Plenum keine Mehrheit erlangen.

Allerdings konnten wir das Parlament davon überzeugen, dem Thema Spekulation einen vorrangigen Platz auf der Tagesordnung einzuräumen und die Verbindung zwischen Lebensmittel- und Finanzkrise anzuerkennen. Unsere Fraktion war einstimmig für einen Verweis auf diese Verbindung, aber nur acht EVP-ED-Mitglieder schlossen sich uns an.

Die Sozialdemokraten stellten klar, dass die Lebensmittelkrise eng mit den spekulativen Investitionen in Lebensmittelrohstoffe zusammenhängt und dass dies bei der Suche nach globalen Lösungen berücksichtigt werden muss.

Unsere künftigen politischen Ziele

Die Sozialdemokratische Fraktion wird ihre Aufforderung an die Kommission wiederholen, konkrete Maßnahmen zur Verhinderung von Preisspekulationen bei Lebensmitteln und zur stärkeren Regulierung von spekulativen Geschäften vorzuschlagen. Die Mitgliedstaaten und die EU müssen dafür Sorge tragen, dass die Märkte stabil und sicher sind und das Recht auf Nahrung nicht durch Spekulationen verletzt wird.

Wir werden uns auch weiterhin für eine nachhaltige EU-Lebensmittelpolitik sowie für eine Regulierung der globalen Agrarmärkte einsetzen, die den Interessen der Verbraucher, der Landwirte und der verarbeitenden Industrie Rechnung trägt.

FÜR FAIREN HANDEL UND GLOBAL GOVERNANCE FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Angesichts der zunehmenden Globalisierung besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Fraktion (auch im Rahmen der SPE) darin, auf eine Reform der **Regeln der Weltwirtschaft** zu drängen. Wir wollen eine Umkehrung des globalen Kräfteverhältnisses, das sich in den letzten 30 Jahren immer mehr verschoben hat - von Arm zu Reich, von Arbeit zu Kapital und von demokratisch gewählten Regierungen zu privaten Machtblöcken, vor allem jedoch zugunsten der internationalen Finanzakteure.

Die EU als weltweit größter Wirtschaftsraum, größter Exporteur und Importeur, größter Geber von Entwicklungshilfe und einer der größten Investoren bringt alle Voraussetzungen mit, um bei der Festlegung der Regeln der Weltwirtschaft ein sehr gewichtiges Wort mitzureden. Ein einzelnes europäisches Land hätte in dieser Hinsicht nicht die geringste Chance. Die Sozialdemokraten müssen die Europäische Union – als bedeutendste Alternative zum US-Modell der relativ freien Marktwirtschaft mit seiner tiefen Kluft zwischen Arm und Reich, aber auch zu autoritären Wirtschaftsmodellen wie in China, Russland usw. – um ihrer selbst willen bewahren und verteidigen, denn sie ist unsere größte Hoffnung auf eine weltweite Förderung demokratischer Werte.

Handel

Trotz aller Mängel stellt die WTO einen Fortschritt für die internationale Rechtsordnung und den Grundsatz des Multilateralismus dar und ist der zentrale Orientierungspunkt für die Handelspolitik der EU. Sie ist die einzige internationale Organisation, in der die EU mit einer Stimme verhandelt und geschlossen agiert. Aus diesem Grunde hat unsere Fraktion in der gesamten Wahlperiode großen Wert auf die **Steigerung des Durchsetzungsvermögens der EU in internationalen Wirtschaftsforen** gelegt und sich dafür eingesetzt, **dass dies auf der Grundlage sozialdemokratischer Werte geschieht.**

Im Bereich der Handelspolitik weist die EU ein eklatantes Demokratiedefizit auf. Ein Großteil der politischen Entscheidungen fällt hinter verschlossenen Türen in Ausschüssen, die aus Beamten bestehen. Daher hat sich die Sozialdemokratische Fraktion für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags stark gemacht, der die demokratische Kontrolle der europäischen Handelspolitik wesentlich stärken würde, da er eine gleichberechtigte Rolle des Europäischen Parlaments und des Ministerrats bei der Gestaltung und Überwachung dieser Politik vorsieht.

Obwohl ihr legislativer Einfluss gering ist (nach dem geltenden Vertrag unterliegt die EU-Handelspolitik nur einer sehr schwachen parlamentarischen Kontrolle), hat die Sozialdemokratische Fraktion einen erheblichen Beitrag zur Neuformulierung und Anpassung dieser Politik geleistet. Sie nutzte die Öffentlichkeitsarbeit, parlamentarische Anhörungen und Bündnisse mit der Zivilgesellschaft, um **die Aufmerksamkeit auf vorrangige Anliegen der Bürger wie die Lebensmittel- und Verbrauchersicherheit oder die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards im Welthandel sowie auf die Interessen der Entwicklungsländer zu lenken.** Bei der neuen Generation von Freihandelsabkommen, die derzeit z. B. mit Korea und der ASEAN ausgehandelt werden, wie auch bei den seit langem andauernden Verhandlungen mit dem Golfkooperationsrat und Kolumbien konnte die Sozialdemokratische Fraktion einige Verbesserungen bei **sozialen, ökologischen und Menschenrechtsbestimmungen** durchsetzen – aber es bleibt noch viel zu tun.

Die Doha-Entwicklungsrunde

Die Sozialdemokratische Fraktion ist der festen Überzeugung, dass der Handel einen positiven Beitrag zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen

Entwicklung leisten kann - vorausgesetzt, die internationalen Handelsregeln tragen auch den Bedürfnissen der Armen Rechnung und nicht nur den Interessen der Reichen und Mächtigen. Ein zentrales Anliegen muss daher sein, die **Doha-Entwicklungsrunde zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen und dabei die Entwicklung wie ursprünglich zugesagt zum zentralen Ziel zu machen.**

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich äußerst aktiv in die Arbeiten zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen eingebracht, die die EU derzeit mit 79 Entwicklungsländern aushandelt, die 2000 das Abkommen von Cotonou unterzeichnet haben. Diese Abkommen, die im Grunde die nachhaltige Entwicklung in den Cotonou-Staaten und ihre regionale Integration fördern sollen, sind zum Gegenstand erbitterter Streitgespräche geworden. Viele Cotonou-Staaten haben – unterstützt durch Entwicklungsorganisationen – der Europäischen Kommission vorgeworfen, dass sie europäische Handelsziele auf Kosten von Entwicklungszielen verfolgt und eine brutale Verhandlungstaktik anwendet. Bei diesen Abkommen besitzt das Parlament jedoch ein Vetorecht, von dem die Sozialdemokratische Fraktion Gebrauch machte, um die WPAs zu Handelsabkommen so umzugestalten, dass sie tatsächlich der Entwicklung dienen und im Interesse der Cotonou-Staaten sind. Dank der führenden Rolle, die die SPE-Fraktion im Fall des WPA-Pakets eingenommen hat (sie stellt die Berichterstatter für 4 von 8 Berichten), konnten die Sozialdemokraten sicherstellen, dass alle WPA Entwicklungshilfe beinhalten sowie die Verpflichtung, einen Beitrag zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten. Es wird garantiert, dass den Partnerstaaten weder die Liberalisierung von Dienstleistungen noch Verpflichtungen im Bereich der Singapur-Themen auferlegt werden und dass die AKP-Staaten die Möglichkeit zur Neuverhandlung von heiklen Themen wahren. Nicht zuletzt gewährleisteten die Änderungsanträge der Sozialdemokraten dem Europäischen Parlament und den AKP-Parlamenten weitreichende Befugnisse zur genaueren Überprüfung der weiteren Verhandlungen und der Umsetzung der Abkommen.

Internationaler Währungsfonds und Weltbank

Die Fraktion hat Kritik an der Überrepräsentation europäischer Länder bei IWF und Weltbank und dem effektiven Vetorecht der USA in diesen Gremien geübt, die eine angemessene Vertretung der Entwicklungs- und Schwellenländer verhindern. Zugleich haben wir auf die mangelnde Abstimmung europäischer Standpunkte und das Fehlen einer formellen Rolle der EU hingewiesen, in deren Folge Europa – ganz im Gegensatz zur WTO – nicht in der Lage ist, im IWF und in der Weltbank geschlossen aufzutreten und sich wirksam für die europäischen Bürger einzusetzen. **In der gesamten Wahlperiode haben wir an vorderster Front darauf hingearbeitet, die Frage der globalen Governance im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich auf die Agenda des EP zu setzen.**

Vor dem Hintergrund der Finanz- und Bankenkrise äußerte die Sozialdemokratische Fraktion ihre Bedenken und Erwartungen auch anlässlich des G20-Treffens, das am 15. November 2008 in Washington stattfand und bei dem die Staats- und Regierungschefs übereinkamen, die globale Finanzarchitektur zu überdenken, womit sie den Weg für eine tiefgreifende Reform des Regelungs- und Aufsichtsrahmens ebneten.

Die Sozialdemokratische Fraktion:

- unterstrich ihre Überzeugung, dass globale Antworten auf die Krise gefunden werden können, indem die Schaffung einer neuen internationalen Finanzordnung gefördert wird, darunter auch eine Reform der Bretton-Woods-Institutionen; ferner unterstützte sie im Dezember 2008 den Ansatz des Europäischen Rates;
- forderte eine potenzielle Rolle eines reformierten IWF bei einer stärkeren globalen Finanzaufsicht und als Schiedsstelle in Währungsfragen;

- wies in ihrer Botschaft an die G20 nachdrücklich darauf hin, dass die Finanzkrise nicht die Verantwortung der EU gegenüber den Armen der Welt oder gegenüber den Millenniums-Entwicklungszielen schwächen darf;
- befürwortet eine potenzielle Rolle des IWF bei der globalen Finanzaufsicht und als Schiedsstelle in Währungsfragen.

EU-ERWEITERUNG - GLAUBWÜRDIGKEIT UND EINHALTUNG VON ZUSAGEN

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament ist ausdrücklicher Befürworter der Erweiterungspolitik und steht fest auf dem Standpunkt, dass die Erweiterung den alten wie auch den neuen Mitgliedstaaten Vorteile bringt.

Für alle, die an einer EU-Mitgliedschaft interessiert sind, sollten strenge, aber faire Vorgaben gelten. Entscheidend ist die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Mit der simplen Übernahme von Rechtsvorschriften durch die Beitrittskandidaten ist es nicht getan, es muss auch eine Anpassung an europäische Standards erfolgen. Die Erweiterung darf nicht dazu führen, dass ein „Wettlauf nach unten“ im sozialen Bereich beginnt oder die EU auf eine Freihandelszone reduziert wird. Daher kommt es darauf an, dass die EU vor künftigen Erweiterungen ihre Fähigkeit zur Integration neuer Mitgliedstaaten ausbaut.

Zugleich **muss die EU ihre gegebenen Zusagen einhalten**, was insbesondere für den Westbalkan und die Türkei gilt.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Westbalkan: Die Sozialdemokratische Fraktion ist der festen Überzeugung, dass dem westlichen Balkan besondere Bedeutung zukommt. Die EU-Außenpolitik wurde im Gefolge der dortigen Konflikte konzipiert, und in dieser Region lässt sich am besten nachweisen, dass die **EU über die normative Macht verfügt, um in den Ländern in ihrem „Hinterhof“ einen Wandel herbeizuführen**. In dieser Region werden die Bemühungen der EU, in der Weltarena eine konstruktive Rolle zu spielen, ständig unterlaufen. Daher ist die Sozialdemokratische Fraktion in der Wahlperiode 2004-2009 konsequent dafür eingetreten, **die Aussicht der Westbalkanländer auf EU-Mitgliedschaft trotz der Erweiterungsmüdigkeit und der Schwierigkeiten mit der institutionellen Reform der EU weiterhin ganz oben auf die Tagesordnung der EU zu setzen**. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hannes Swoboda trug als EP-Berichterstatter für Kroatien maßgeblich dazu bei, dass an dem Ziel festgehalten wurde, die Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** 2009 abzuschließen und so ein **Beispiel für andere Westbalkanländer** zu geben, das ihnen den **Weg nach Europa** weist.

Türkei: Die Sozialdemokratische Fraktion lässt sich nicht davon abbringen, dass **das Ziel der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei die Vollmitgliedschaft in der EU ist**. Bislang hat sie alle Versuche der Konservativen und des rechten Flügels im EP vereitelt, in die jährlichen EP-Fortschrittsberichte zur Türkei den Gedanken einer „privilegierten Partnerschaft“ als Alternative zur EU-Mitgliedschaft einzubringen.

Die Sozialdemokratische Fraktion möchte, dass die **Türkei** ein modernerer, demokratischerer und stabilerer Staat wird, da sie strategische Bedeutung als **Stabilitätsgarant** hat und **für die muslimische Welt als Prüfstein für Demokratie** fungieren kann.

Jede EU-Erweiterung muss von allen bestehenden Mitgliedern gemeinsam beschlossen werden. Wie die jüngste Eurobarometer-Umfrage zum Thema Erweiterung ergab, lehnen 69 % der Deutschen, 54 % der Franzosen sowie sage und schreibe 81 % der Österreicher einen Beitritt der Türkei ab. Deshalb auch der ständige Aufruf unserer Fraktion an die **EU-Regierungen, den Bürgern die Vorteile der Erweiterung eindringlicher vor Augen zu führen**.

Wo andere uneins sind

Fortschrittsbericht zur Türkei 2007, 21. Mai 2008

Die namentliche Schlussabstimmung wurde von der rechtsgerichteten IND/DEM-Fraktion gefordert, um die Mainstream-Konservativen (EVP-ED) in Verlegenheit zu bringen, die von

Berichterstatterin Ria Oomen-Ruijten (moderate niederländische Konservative) aufgefordert worden waren, eine positive Haltung zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzunehmen. Die überwiegende Mehrheit der EP-Abgeordneten, darunter die Mehrheit der EVP-ED-Fraktion, stimmte für die Entschließung. Wie jedoch die namentliche Abstimmung zeigte, waren einige prominente EVP-ED-Abgeordnete nicht der Fraktionslinie gefolgt, darunter vor allem die französischen Konservativen von der UMP – sie stimmten entweder dagegen oder enthielten sich der Stimme. Aufschlussreich ist auch, dass während der französischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 kein weiteres Kapitel in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet wurde. Interessant an der namentlichen Abstimmung war auch, dass sich die GUE-Fraktion der Stimme enthalten hatte. Sie begründete das mit der Ablehnung ihrer Änderungsanträge, in denen sie für die Sache der Kurden eingetreten war.

| | Ja-Stimmen | % | Nein-Stimmen | % | Enthaltungen | % |
|------------|------------|-----------|--------------|----------|--------------|----------|
| EVP-ED | 168 | 82 | 19 | 9 | 18 | 9 |
| SPE | 161 | 96 | 3 | 2 | 4 | 2 |
| ALDE | 82 | 97 | 1 | 1 | 2 | 2 |
| GRÜNE | 34 | 94 | 1 | 3 | 1 | 3 |
| GUE | 1 | 3 | 1 | 3 | 29 | 94 |

MASSGEBLICHE AUSSPRACHEN

Einige Mitgliedstaaten stellen sich offen gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft und warten mit alternativen Plänen auf. Ein Beispiel dafür ist die Mittelmeerunion des französischen Präsidenten Sarkozy, deren eigentlicher Zweck es ist, die Türkei aus der EU herauszuhalten. In ähnlicher Manier forderte der prominente EVP-ED-Abgeordnete Elmar BROK ein „neues Instrument“ nach dem Beispiel des Europäischen Wirtschaftsraums, das nicht nur der Türkei, sondern auch den Westbalkanländern mit Ausnahme Kroatiens als Alternative zum EU-Beitritt angeboten werden sollte.

Bei der **Aussprache im Plenum zum Strategiepapier der Kommission zur Erweiterung 2007** am 9. Juli 2008 in Straßburg sagte Elmar Brok: „Aus diesem Grunde brauchen wir neue Instrumente zwischen Vollmitgliedschaft und Nachbarschaftspolitik, damit die Menschen in diesen Ländern die europäische Perspektive nicht nur als Hoffnung haben, sondern konkret jetzt schon Fortschritte sehen: Freihandelszonen, Schengen und anderes. Wir brauchen Instrumente nach dem Beispiel des europäischen Wirtschaftsraumes mit den EFTA-Staaten. ... Das heißt, wir können sehr enge Beziehungen entwickeln, und dann muss in jedem einzelnen Fall festgestellt werden, ob dies nach dem Willen beider Seiten ein Dauerstadium oder eine Zwischenstation auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft ist. Das heißt, auch auf dem Westbalkan – in Kroatien beispielsweise wäre das jedoch völliger Unsinn – könnten Länder, bei denen es länger dauert, wenn sie es wollen, diese Zwischenstation als Instrument wahrnehmen, um es zu nutzen. Es muss ihnen freigestellt sein.“

Jan Marinus Wiersma (SPE) erwiderte: „...dass wir, wie der Kommissar erklärte, an den Zusagen, die wir gegenüber der Türkei und den westlichen Balkanländern abgegeben haben, in unserer Diskussion über die Erweiterungsstrategie festhalten. Die Strategie wird also gegenüber diesen Ländern nicht geändert, mehr Beachtung findet jedoch die Art und Weise, wie die Beitrittskriterien in dem Verhandlungsprozess angewendet und erfüllt werden.“

DIE KLUFT ZWISCHEN LINKS UND RECHTS

Wenn Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf Ablehnung oder Widerwillen stoßen, so liegt das meist daran, dass die Türkei als großes muslimisches Land als nicht zur EU gehörig angesehen wird, weil sie – so die europäische Rechte – nicht die „europäischen Werte“ teilt. Die Sozialdemokratische Fraktion will nicht, dass die EU zu einem exklusiven „christlichen Klub“ wird,

und betrachtet Beitrittsgespräche mit der Türkei als eine Chance zur Förderung der gegenseitigen Toleranz und der Verständigung mit der muslimischen Welt.

Ein beredtes Beispiel für den Graben zwischen linkem und rechtem Flügel war die Aussprache im Plenum über den Fortschrittsbericht 2007 zur Türkei am 21. Mai 2008 in Straßburg:

Jacques Toubon (EVP-ED): „Hören wir auf, uns Illusionen zu machen, hören wir auf, den Türken alles vorschreiben zu wollen und sie glauben zu machen, dass wir bereit sind, ihren Beitritt zu akzeptieren, ohne dass sie die Kriterien von Kopenhagen tatsächlich erfüllen, oder aber, dass wir ihn wegen ebendieser Kriterien ablehnen, wenn es doch in Wirklichkeit um uns geht, darum, was wir mit unserem europäischen Projekt verbinden. Lassen Sie uns außerdem eine dauerhafte Partnerschaftsstruktur festlegen, die für beide Seiten von Vorteil ist und es der Türkei ermöglicht, ihre Rolle als regionale Macht zu übernehmen, und der Europäischen Union gestattet, ihre globale Identität weiter zu festigen.“

Richard Howitt (SPE): „An Herrn Claeys, Herrn Langen, Herrn Belder, Herrn Toubon und andere, die vorsätzlich versuchen, die öffentliche Unterstützung für den EU-Beitritt der Türkei mit der Sprache und den Drohungen, die wir in der heutigen Aussprache gehört haben, zu unterminieren: Die türkische Öffentlichkeit soll wissen, dass Sie keine Mehrheit darstellen, nicht im Namen dieses Parlaments sprechen und es auch nicht schaffen werden, der Türkei ihre Europa-Perspektiven zu verbauen.“

Künftige politische Ziele

- **Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Eröffnung neuer Kapitel bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, insbesondere des Energie-Kapitels.** Die Unterstützung der Türkei für die geplante Erdgaspipeline Nabucco ist für die EU von großem Interesse, denn die Pipeline ist der Schlüssel zur Diversifizierung der Energieversorgung.
- **Die Türkei kann eine ausschlaggebende Rolle als Unterhändler im Nahost-Friedensprozess spielen.**
- Die Sozialdemokratische Fraktion wird ihre Initiative „**Union für das Schwarze Meer**“ weiterverfolgen, die sie 2008 als Gegengewicht zu Sarkozys Mittelmeer-Union ins Leben rief. **Die Türkei könnte ihre Bedeutung demonstrieren, indem sie der EU und anderen Schwarzmeeranrainern gegenüber eine aktive und konstruktive Rolle übernimmt.** Dies würde den Beitrittsprozess der Türkei erheblich fördern. Ferner wünscht sich die Fraktion eine möglichst weitgehende **Einbindung Russlands** in diese Initiative. Einige Probleme in der Region (namentlich verhärtete Konflikte und mangelnde Energieversorgungssicherheit) lassen sich nur lösen, wenn alle Beteiligten mit Russland an einem Tisch sitzen.

BEDEUTUNG DER GEOPOLITISCHEN ROLLE DER SCHWARZMEERREGION

Die Sozialdemokratische Fraktion hat eine Union für das Schwarze Meer vorgeschlagen und damit auf die von Präsident Sarkozy vorgebrachte Forderung nach einer Mittelmeerunion reagiert, an der ursprünglich nur einige EU-Mittelmeerländer beteiligt werden sollten. Die Sozialdemokraten waren der Ansicht, dass in Anbetracht der Beschränkungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) das Schwarze Meer als eine weitere geopolitisch und strategisch wichtige Region nicht die erforderliche Aufmerksamkeit erhält.

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Schwarzmeerpolicy der EU steht die sogenannte „Synergie-Initiative“. Ihr Ziel ist eine verbesserte Koordinierung ähnlich gelagerter Projekte im Rahmen der ENP unter besonderer Berücksichtigung spezifischer Maßnahmen und Aktionen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat die Kommission wiederholt gebeten, eine umfassende langfristige Strategie für die Schwarzmeerregion zu entwickeln. Sie glaubt, dass **die EU den Mittelmeerraum nicht auf Kosten der Schwarzmeerregion in den Vordergrund stellen sollte**, sondern der Region im Rahmen einer echten Partnerschaft der Weg in eine gemeinsame Zukunft gewiesen werden muss.

Die Fraktion beabsichtigt mit ihrem Vorschlag die Schaffung eines Rahmens für die Zusammenarbeit, der größere Möglichkeiten zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU bietet, die bestehenden Strukturen ergänzt, über die ENP hinausgeht und dabei gleichzeitig mit der EU-Erweiterungsstrategie verknüpft ist. Die Besonderheit der Schwarzmeerregion besteht darin, dass sie **zwei der wichtigsten strategischen Partner der EU – die Türkei und Russland – einschließt, die in der geplanten Initiative eine klare Rolle erhalten sollten**. Ohne deren uneingeschränkte Beteiligung wird es nicht möglich sein, dauerhafte Lösungen für bestehende Konflikte, Energiefragen und Sicherheitsrisiken zu finden.

Die Sozialdemokratische Fraktion ist der Ansicht, dass eine **Union für das Schwarze Meer** einer leichten und flexiblen institutionellen Struktur bedarf. Diese sollte weitestgehend auf den bestehenden Gremien basieren, müsste allerdings eine parlamentarische Dimension beinhalten, wobei das spezifische Ziel darin besteht, zur Demokratisierung der Region beizutragen.

Gemäß dem Grundsatz der gleichberechtigten Partnerschaft sollten die EU und die teilnehmenden Länder aus der Region gemeinsam die Prioritäten für die Zusammenarbeit innerhalb der Union für das Schwarze Meer festlegen. Neben den bereits durch die „Synergie-Initiative“ abgedeckten Bereichen müssten dazu nach Meinung der Sozialdemokraten die Zusammenarbeit im Energiebereich, Migration, regionale Sicherheit, Konfliktlösung und der Kampf gegen den Terrorismus gehören.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Bei der Überprüfung des ersten Umsetzungsjahres der Schwarzmeersynergie im Jahr 2008 wurden deren Grenzen aufgezeigt, wodurch die **Forderung der Sozialdemokratischen Fraktion nach einer substanzielleren Politik für die Region** sogar noch an Bedeutung gewann. Weder die ENP noch die Östliche Partnerschaft als jüngstes Projekt der Europäischen Kommission bieten einen strategischen Ansatz in Bezug auf die Region.

Nach dem bewaffneten Konflikt zwischen Georgien und Russland wurde es umso dringlicher, die Frage von Sicherheit und Stabilität im Schwarzmeerraum zu stellen. Der rechte Flügel im Europäischen Parlament war bisher nicht in der Lage, eine kohärente Strategie für die Region vorzulegen. Die sozialdemokratische Initiative ist und bleibt daher die einzig umfassende Strategie, die ein langfristiges Konzept vorgibt und eine klare Einschätzung zum politischen Kontext, den zu erreichenden Zielen sowie zu den Instrumenten und zur zeitlichen Abfolge vornimmt.

Unsere künftigen politischen Ziele

Unsere Idee von der Union für das Schwarze Meer wurde im Manifest 2009 von der gesamten sozialdemokratischen Familie befürwortet und gewinnt auf europäischer Ebene immer mehr an Unterstützung. Wir wollen noch vor den Wahlen 2009 konkrete Schritte zu ihrer Realisierung festlegen, wofür zahlreiche Veranstaltungen mit allen wichtigen Akteuren in der Region geplant sind.

AUFBAU KONSTRUKTIVER UND VERTRAUENSVOLLER BEZIEHUNGEN MIT RUSSLAND

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Sozialdemokratische Fraktion hat als erste im Europäischen Parlament eine **Verbesserung der Beziehungen EU-Russland durch einen konstruktiven, offenen und vertrauensvollen Dialog gefordert**. Das fand seinen Niederschlag in einem veränderten Ton in unseren öffentlichen Erklärungen zu Russland, während der rechte Flügel an seinem Konfrontationskurs festhielt. Aufgrund des wachsenden Bewusstseins für die wirtschaftliche und politische Bedeutung Russlands kam es zu einer Intensivierung der Kontakte mit russischen Politikern, Sachverständigen und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Unser Erfolg

Im Mai 2007 weilte der Fraktionsvorsitz zu einem ersten Besuch in Moskau, der von beiden Seiten als äußerst erfolgreich eingeschätzt wurde. Bei Zusammenkünften mit dem Außenminister, der Präsidentsverwaltung und Führern beider Kammern des Parlaments machten die Vertreter der Fraktion deutlich, dass sie so eng wie möglich mit ihren russischen Partnern zusammenarbeiten möchten. Ziel war die **Intensivierung der Debatte über ein breites Themenspektrum, darunter die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Wirtschaft**.

Eines der unmittelbaren Ergebnisse war die Einrichtung von regelmäßigen Treffen. Die Fraktion fand einen neuen parlamentarischen Partner in der Partei „Gerechtes Russland“, die sozialdemokratische Ansichten vertritt und die Mitgliedschaft in der SI anstrebt. Im April 2008 **unterzeichneten die führenden Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion und die Fraktion von „Gerechtes Russland“ in der Staatsduma eine Absichtserklärung**, die eine solide Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit bildet.

Im Oktober 2008 war es das Anliegen eines weiteren Besuches, unsere strategische Partnerschaft auszubauen und einen gemeinsamen Standpunkt zu den globalen Herausforderungen zu erarbeiten. In Gesprächen mit Premierminister Putin, den Kabinettsministern und führenden Parlamentariern bekräftigten beide Seiten ihren **Willen, in Anbetracht unserer zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit und gemeinsamer Interessen den Energiedialog weiter zu intensivieren**. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass die Problematik der globalen Sicherheit nach der Georgienkrise unbedingt neu überdacht werden muss. Die Sozialdemokraten betonten zudem die schwerwiegenden negativen Auswirkungen der Instabilität auf den weltweiten Finanzmärkten. Sie halten eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland für unerlässlich, auch mit Blick auf die Festlegung neuer Regelungen für die Weltmärkte.

Unsere künftigen politischen Ziele

Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich auch weiterhin für eine engere Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen zwischen der EU und Russland und den Abschluss eines neuen strategischen Partnerschaftsabkommens einsetzen, da sie für die Stabilität, die Sicherheit und den Wohlstand in den gemeinsamen Nachbargebieten und der Welt insgesamt von großer Wichtigkeit sind. In diesem Sinne unterstützen wir die Initiative der neuen US Regierung zu einem offenen und konstruktiven Dialog mit Russland. Trotz der starken politischen Belastungen, denen die Beziehungen EU-Russland ausgesetzt sind, bleibt die Fraktion für Russland ein stabiler und solider Partner. **Wir sind die einzige der großen Fraktionen im Europäischen Parlament, die den Dialog befürwortet und im Hinblick auf die Beziehungen mit Russland ein schlüssiges Konzept verfolgt**.

FRIEDENSFÖRDERUNG IM NAHEN OSTEN

Der Friedensprozess im Nahen Osten und die politische Situation im erweiterten Nahen Osten standen in der Wahlperiode 2004-2009 ganz oben auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments.

Der israelisch-palästinensische Konflikt - und dabei insbesondere die Folgen der palästinensischen Wahlen 2006, die politische Lage und die humanitäre Krise im Gaza-Streifen, die Konferenz von Annapolis, die Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern und die israelischen Militäroperationen in Gaza - war eines der wichtigsten politischen Themen während dieser Wahlperiode. Auch die politische Lage in Libanon und die Rolle Syriens in der Region sowie die Kriege in Irak und Afghanistan fanden die Aufmerksamkeit des Parlaments. Weitere wichtige Dimensionen erhielten die Debatten durch den Umstand, dass 2008 zum Jahr des interkulturellen Dialogs erklärt worden war.

Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion erarbeiteten mehrere wichtige parlamentarische Berichte, darunter zum Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen mit Syrien, zur Rolle der Europäischen Union im Irak, zu *„Reformen in der arabischen Welt: Welche Strategie verfolgt die Europäische Union?“*, zur Teilnahme Israels an Gemeinschaftsprogrammen und zum *„Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“*.

Sozialdemokratische Abgeordnete spielten zudem eine wichtige und konstruktive Rolle in interparlamentarischen Delegationen, wobei insbesondere auf Initiativen der Vorsitzenden der Delegation für die Beziehungen mit den Maschrek-Ländern sowie der Delegation für die Beziehungen zu den Golfstaaten, einschließlich Jemen, zu verweisen ist. Auch spielten sie eine entscheidende Rolle bei Wahlbeobachtungsmissionen, wie z.B. die von sozialdemokratischen Fraktionsmitgliedern geleitete EU-Wahlbeobachtungsmission 2006 in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Die Sozialdemokratische Fraktion unterstützte die Einrichtung einer hochrangigen EP-Arbeitsgruppe für den Nahen Osten, die ihre Arbeit 2008 mit dem Ziel aufnahm, der europäischen Politik wesentliche Impulse zu verleihen. Es wurde eine Ad-hoc-Erkundungsmission, der Mitglieder der Arbeitsgruppe angehörten und die unter anderem von einem sozialdemokratischen Abgeordneten geleitet wurde, nach Israel und in die besetzten israelischen Gebiete entsandt. Sie bewirkte neue politische Initiativen.

Die **Sozialdemokratische Fraktion veranstaltete mehrere Konferenzen, Seminare und Workshops zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den Ländern des Nahen Ostens**. Auf einer Konferenz 2007 zum Thema *„Moving Towards an International Peace Conference for the Middle East“* wurden die wichtigsten politischen Herausforderungen und Friedensaussichten in der Region debattiert. Die Teilnehmer kamen aus Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Palästina, Syrien, EU-Mitgliedstaaten, Russland, den Vereinigten Staaten, von der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen. Aufgrund der positiven Ergebnisse dieser Konferenz organisierte die Fraktion 2008 eine *„Second Socialist Group Conference on the Middle East: Challenges and Perspectives“* auf der Grundlage von Rundtischgesprächen mit Beteiligung von Politikern, hochrangigen Experten, NRO-Vertretern aus der Region und aus Europa sowie Vertretern aus anderen Ländern und betreffenden internationalen Organisationen.

Darüber hinaus haben in den letzten Jahren noch eine Reihe anderer Seminare und Workshops der Sozialdemokratischen Fraktion zum Thema Naher Osten stattgefunden. Gegenstand der Debatten waren beispielsweise die Rolle Europas in der Region, die Bedeutung der Sozialagenda in der Politik der Länder des Nahen Ostens, die Rolle der neuen Generation von Israelis und Palästinensern bei der Suche nach Frieden und die Rolle der palästinensisch-arabischen Bürger Israels bei der Lösung des Konflikts. Mit Hilfe dieser Veranstaltungen ist es uns gelungen, ein solides Netz von Partnerorganisationen aufzubauen. Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-

Stiftung (FES) und dem National Democratic Institute for International Affairs (NDI) hat sich als besonders nützlich erwiesen.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die genannten Themen waren Gegenstand verschiedener Berichte und zahlreicher Entschlüsse, die einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen wurden. Das zeugt davon, dass alle Fraktionen bestrebt sind, klare Botschaften an externe politische und institutionelle Akteure zu senden.

Dennoch gingen manchmal, vor allem im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt, die Meinungen sehr weit auseinander, so dass keine gemeinsame Position gefunden werden konnte. Das geschah beispielsweise im Falle der **Entschlüsselung zur Lage der palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen**, die mit 416 zu 136 Stimmen bei 61 Enthaltungen angenommen wurde. Die **Sozialdemokratische Fraktion unterstützte die Entschlüsselung nachdrücklich, während die EVP-ED-Fraktion völlig gespalten war**.

Ein weiterer Fall, der nicht unerwähnt bleiben sollte, ist die Abstimmung über die Vertagung der Entscheidung des EP über den *Avis conforme* und die Entschlüsselung über die weitere Teilnahme Israels an Gemeinschaftsprogrammen, deren Entwurf von einem Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion erarbeitet worden war. In Anbetracht der humanitären Krise im Gaza-Streifen unterstützte die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Vertagung dieser Abstimmungen. Die EVP-ED-Fraktion war dagegen, während bei den Liberalen die Meinungen auseinandergingen. Schließlich gab es 194 zu 173 Stimmen bei 10 Enthaltungen, so dass die Abstimmungen tatsächlich vertagt wurden. Das verleiht natürlich den Standpunkten des Parlaments und der Sozialdemokratischen Fraktion zu den aktuellen Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt eine zusätzliche Glaubwürdigkeit.

Unsere künftigen politischen Ziele

Die Sozialdemokratische Fraktion ist der Überzeugung, dass **Europa im Nahen Osten eine aktivere Rolle spielen könnte und sollte**. Ausgehend von einem kohärenten strategischen Ansatz sollte die Europäische Union als der größte Geber von humanitärer Hilfe in der Region – auch im Rahmen des Quartetts – ganz wesentlich zu den politischen Anstrengungen beitragen, mit denen eine umfassende Lösung für die verschiedenen Konflikte und Herausforderungen im Nahen Osten gefunden werden soll.

BARCELONA-PROZESS: UNION FÜR DEN MITTELMEERRAUM

Stärkung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialogs

Der Mittelmeerraum und der Nahe Osten sind für die EU von strategischer Bedeutung. In Anbetracht der Tragweite unserer historischen und kulturellen Bindungen sowie der Dringlichkeit der gemeinsamen Herausforderungen gründen wir unsere Mittelmeerpolitik auf Solidarität, Dialog, Zusammenarbeit und gegenseitige Entwicklung, um letztendlich einen Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands zu schaffen.

Der Europäische Rat billigte am 13. und 14. März 2008 die Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“. Am 20. Mai 2008 legte die Kommission detaillierte Vorschläge für ihre Umsetzung vor, wodurch den Beziehungen der EU mit ihren Mittelmeerpartnern neue politische Impulse verliehen wurden.

In Anbetracht dessen wie auch unter Berücksichtigung neuer politischer und wirtschaftlicher Gegebenheiten ist die Sozialdemokratische Fraktion der Ansicht, dass **der Barcelona-Prozess - wiederbelebt durch die Union für den Mittelmeerraum - auch weiterhin den einzigen Rahmen für die Zusammenarbeit bilden muss**. Dadurch wird eine gegenseitige Ergänzung aller Politiken und Instrumente gewährleistet, vor allem bei gemeinsamen Maßnahmen.

Die Sozialdemokraten wollen eine Konsolidierung der bestehenden Strukturen durch eine Stärkung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialogs. Die Fraktion hat von Anbeginn betont, dass die Vorhaben im Zusammenhang mit der Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses sämtlichen an einer Teilnahme interessierten EU-Mitgliedstaaten und Mittelmeerpartnern offenstehen müssen. Auf den Gipfeltreffen am 13. Juli 2008 in Paris und am 3./4. November 2008 in Marseille wurde bei der Festlegung der neuen Strukturen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer dieser Ansatz bestätigt.

Nach Ansicht der Sozialdemokratischen Fraktion kann es ohne Frieden, Stabilität und Solidarität keine dauerhafte Entwicklung geben. Außerdem bedarf es einer verantwortungsvollen Staatsführung zur Konsolidierung der Partnerschaft auf der Grundlage demokratischer Prinzipien und der Achtung der Menschenrechte, des Kampfes gegen den Terrorismus sowie gemeinsamer Anstrengungen zur Herbeiführung einer dauerhaften Lösung für die Konflikte im Nahen Osten.

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) ist das einzige parlamentarische Gremium, das die 27 EU-Mitgliedstaaten und Partner aus dem Süden zusammenführt. Sie wird bereits als ein integraler Bestandteil des institutionellen Rahmens des Barcelona-Prozesses angesehen. Dieses Gremium muss in den neuen Strukturen der Union für den Mittelmeerraum eine Rolle spielen, indem es Vorschläge unterbreitet und Projektbewertungen vornimmt.

Wo wir eine maßgebliche Rolle spielten

Die Sozialdemokratische Fraktion betont, dass sich die **Partnerschaft EU-Mittelmeer nicht nur auf Wirtschafts- und Handelsfragen beschränken kann**. Die Errichtung einer Freihandelszone darf keinen Selbstzweck darstellen, sondern muss mit einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit sowie mit sozialer Integration und Umweltschutz einhergehen. Das ist der Kerngedanke, der im Bericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Kader Arif (Ausschuss des EP für internationalen Handel) zur Errichtung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer zum Ausdruck gebracht wurde und die darin vertretene Position kennzeichnet.

Die Sozialdemokraten streben eine Entwicklungsstrategie an, bei der der örtlichen Erzeugung oberste Priorität beigemessen wird. Wir wollen eine Partnerschaft, die dem lokalen und regionalen Bedarf Rechnung trägt. Die Strategie spricht Aspekte an wie die Entvölkerung des ländlichen Raums, die Bereitstellung von Bildungs- und Ausbildungsangeboten, den Ausbau der Verkehrs- und Energieinfrastruktur, den Schutz der Umwelt und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, die Ankurbelung der Produktion und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Sozialdemokratische Fraktion unterstützt zudem eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an

den vorrangigen Aktivitäten der Partnerschaft Europa-Mittelmeer, darunter die Förderung des Dialogs und des Friedens, die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Bekämpfung der Armut und die Achtung der Menschenrechte.

Alle diese Vorschläge wurden von der Fraktion in dem im April 2008 angenommenen und auf einer Konferenz in Neapel am 11./12. Juni 2008 veröffentlichten Dokument „Die Zukunft der Europa-Mittelmeer-Beziehungen“ noch einmal bekräftigt. Die Sozialdemokratische Fraktion hat außerdem mit dafür Sorge getragen, dass diese Standpunkte in zwei Entschlüsseungen des Europäischen Parlaments vom März 2007 und Juni 2008 ebenso ihren Niederschlag fanden wie in dem von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Pasqualina Napoletano für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verfassten Bericht „Der Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“, der im Februar 2009 angenommen wurde.